

Erscheint täglich außer Montags. Preis pro Nummer 1 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1,10 Pf., wöchentlich 25 Pf. ...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile ...

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1008. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Mittwoch, den 21. November 1894. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Des Bußtages wegen erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung Freitag früh.

Der Berliner Bierboykott.

Von dem Bierboykott wird jetzt in den Kreisen unserer Genossen wenig gesprochen. Daraus ziehen die Gegner den Schluß: der Boykott ist verpufft, er wird allmählich absterben.

Nein, ihr Herren. Nicht „verpufft“ ist der Boykott, sondern erstarrt, verhärtet — zu einer festen Einrichtung geworden. Wir haben uns an ihn gewöhnt, und von Altem und Gewohntem redet man natürlich nicht so viel wie von Neuem und Ungewohntem.

Und absterben? Abwarten! Freilich, auch unsere Gegner glauben nicht an die Verpuffung. Sie lügen und pfeifen sich nur etwas vor, wie ängstliche Kinder, die ins Dunkle geschickt werden.

Freilich, auch unsere Gegner glauben nicht an die Verpuffung. Sie lügen und pfeifen sich nur etwas vor, wie ängstliche Kinder, die ins Dunkle geschickt werden. Sie wissen nur zu wohl, daß die Kraft des Boykotts nicht abgenommen hat. Das Gegentheil macht sich zu kräftig fühlbar.

Vergebens suchten wir die Reptilien des Herrn Rösche damals zu belehren, daß der Boykott kein Sturmangriff sei, sondern eine regelmäßige Belagerung, und daß der Boykott-Ring sich von Tag zu Tag fester und enger um den Brauer-Ring schließen werde.

Die Reptilien des Herrn Rösche schreien Peter über die Freiheit der Arbeiter, den Arbeitgebern Vorschriften in bezug auf Arbeiter- und Arbeitsverhältnisse machen zu wollen.

Arbeitgebern befehlen. Hat doch das jüngst für die englische Kohlenindustrie eingeführte königliche Schiedsgericht offiziell über die Arbeiter- und Arbeitsverhältnisse mitzentscheiden, ohne daß es den englischen Grubenbesitzern einsele, von Beeinträchtigung ihrer Rechte zu reden.

Die deutschen Bourgeois im allgemeinen und die Berliner Biermagnaten im besonderen werden sich in diesem Punkt an englische Anschauungen und Sitten gewöhnen müssen.

Und was nun? Soll der Boykott denn ewig dauern? Uns ist es gleichgültig, soweit das Partei-Interesse in Frage kommt. Nicht gleichgültig ist uns das Schicksal der Opfer des Brauer-Rings.

Wir können ruhig zusehen und brauchen um die Zukunft nicht zu sorgen. Stets bereit, einen ehrlichen Frieden zu schließen, sehen wir, des Enderfolges sicher, den Boykott fort, und drehen die Schraube immer fester.

Die Gegner haben den Frieden, sobald sie ihr Unrecht wieder gut machen, das den Boykott uns aufzwang. So lange sie es nicht thun, haben sie den Krieg.

Und der Krieg kostet ihnen Millionen, und nichts! Ob der Boykott siegen wird? Er hat gesiegt, denn er hat unseren Gegnern gezeigt: wer den Arbeitern den Handschuh hinwirft, empfängt die verdiente Strafe!

Feuilleton.

Am Exil.

Roman von Georges Renard. Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Dann folgten die Toaste einander ohne Ende, politische Reden wechselten mit humoristischen, dann folgten Bravos. Wer nicht ausreichend applaudirte, mußte Wein zum Besten geben.

Erinnerung weht mit leiser Hand Den Traum vom trauten Heimathland. Das Lied vom schönen Ranton Wallis. René wollte den Namen des Sängers wissen.

Den Traum vom trauten Heimathland. Das Lied vom schönen Ranton Wallis. René wollte den Namen des Sängers wissen. Man nannte ihm den Vizepräsidenten des Bundes, der schon als der Präsident für das nächste Jahr bezeichnet wurde.

Doch war das Banket nach all diesen guten Dingen noch nicht zu Ende. Nach mehreren Stunden wurde der erste und ernste Theil des Bankets für beendet erklärt. Der zweite begann sofort.

viden Qualm der Zigarren sah René, obgleich er sich Kopf und Verstand frei erhalten wollte, schließlich seine ganze Umgebung nur noch in einem phantastischen Nebel.

Endlich entschlossen sich auch die eifrigsten Zecher für den Ausbruch, und alle verließen den Saal. Jetzt braucht man also nur noch Adieu zu sagen, dachte René. Weit gefehlt! Er mußte einer der gewichtigsten Persönlichkeiten der Stadt noch in den Weinkeller folgen.

Als René seine Erlebnisse bei diesem nächtlichen Trinkgelage noch einmal an seinem Gedächtniß vorüberziehen ließ, fragte er sich, durch welches Wunder es möglich war, daß er sich hier im Lande Rabelais' und Calvin's, im Lande des göttlichen Weines und des protestantischen Rigorismus befand.

Gewiß waren die Eingeborenen des schönen Kantons Wallis von Natur fröhlich und lebenslustig, und huldigten leichten Sitten. Aber die Reformation hatte diese ursprüngliche Anlage mit einer Schicht düsterer Strenge überzogen.

Frau Koveray stand deutlich unter dem Einfluß einer kalvinistischen Vererbung. Sie stammte aus einer Hugonottenfamilie, die durch die Aufhebung des Edikts von Nantes aus Frankreich vertrieben worden war.

in der Wüste Opfer der Dragonaden geworden. Und in der That, diese standhaften, starken Seelen, die mit aller Kraft für die Beibehaltung ihres Glaubens eintraten, schienen in ihrer herben, unbeugsamen Frömmigkeit fortzuleben. Die Tradition oder vielmehr Jahrbunderte alte Vererbung führte sie instinktiv auf das, was streng und beschränkt war.

Da sie wie die meisten strenggläubigen Protestanten die Gewohnheit hatte, von ihrem Glauben zu sprechen, Bibelstellen auszulegen, über die Lehren der Kirche zu diskutieren, so trug ihr Glaube einen kampfesmuthigen, eisernen Charakter.

Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag

sendet uns Genosse Ledebour die folgende Erklärung:
Genosse Kautsky schließt seine im gestrigen „Vorwärts“ abgedruckten Zitate aus seinem Kommentar zum Erfurter Programm mit dem Ausruf:

„Das ist wohl deutlich genug.“
Nein, das ist nicht deutlich genug zur Klarstellung seiner agrarpolitischen Haltung. Denn in seiner widerspruchsvollen Schrift sind außer solchen Allgemeinheiten an der einzigen Stelle, an der er sich über die praktischen Maßnahmen zur Durchführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ausspricht, Ausführungen enthalten, in denen er das Fortbestehen der Kleinbürgerlichen Einzelwirtschaften neben dem sozialistischen Kollektivbetrieb, ebendrei unter günstigeren Existenzbedingungen, auf undefinierbare Zeit, und zwar so lange es den Kleinbauern beliebt, in Aussicht stellt. Ich muß die ganze Stelle im Zusammenhange mit allen von Kautsky selbst gewählten Druckvorbelegungen hier anführen. Nachdem er — meines Erachtens ganz zutreffend — in der Polemik gegen Unterstellungen unserer Gegner betont hat, daß die Expropriation der Konsumartikel durch die Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht bedingt werde, sagt er weiter S. 150:

Aber der Uebergang zur sozialistischen Produktion bedingt nicht nur nicht die Expropriation der Konsumtionsmittel, er erfordert auch nicht die Expropriation sämtlicher Befehle von Produktionsmitteln.

Es ist der Großbetrieb, der die sozialistische Gesellschaft notwendig macht. Die genossenschaftliche Produktion erfordert auch das genossenschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Aber so wie das Privateigentum an den Produktionsmitteln im Widerspruch steht zu der genossenschaftlichen Arbeit im Großbetrieb, so ist das genossenschaftliche oder gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln im Widerspruch zum Kleinbetrieb.

Dieser erfordert, wie wir gesehen, das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die Aufhebung desselben für die Kleinbetriebe wäre um so zweckloser, da ja die Tendenz des Sozialismus dahin geht, die Arbeiter in den Besitz der nötigen Produktionsmittel zu setzen. Für die Kleinbetriebe ließe also die Expropriation der Produktionsmittel darauf hinaus, daß man sie ihren bisherigen Besitzern nähme, um sie ihnen wieder zu geben, ein sinnloses Vorgehen.

Der Uebergang zur sozialistischen Gesellschaft bedingt keineswegs die Expropriation der Kleinhandwerker und Kleinbauern. Dieser Uebergang wird ihnen nicht nur nichts nehmen, er dürfte ihnen wieder große Vorteile bringen. Denn da die sozialistische Gesellschaft die Tendenz nach Erzeugung der Waarenproduktion durch Produktion für den direkten Verbrauch mit sich bringt, wie wir gesehen, muß sie auch das Bestehen haben, alle Leistungen an die Gesellschaft, die Steuern oder die etwaigen Zinsen der in gesellschaftliches Eigentum übergegangenem Hypotheken, so weit diese nicht ganz aufgehoben werden, aus Geldleistungen in Leistungen an Naturalien — Getreide, Wein, Vieh und so weiter — zu verwandeln. Das bedeutet aber für die Bauern eine ungeheure Erleichterung. Sie streben dieselbe heute schon vielfach an. Aber sie ist unmöglich unter der Herrschaft der Waarenproduktion. Nur die sozialistische Gesellschaft kann sie bringen und damit eine Hauptursache des Ruins der ländlichen Wirtschaft beseitigen.

Die Kapitalisten sind es, welche hauptsächlich Bauern und Handwerker expropriieren, wie wir gesehen. Die sozialistische Gesellschaft macht dieser Expropriation ein Ende.“

Um den Gedankengang Kautsky's kurz zu rekapitulieren, wird die Sozialdemokratie, wenn sie die Möglichkeit von organisatorischen Neuschöpfungen großen Stils erlangt hat, also etwa in der Periode der „Diktatur des Proletariats“, wohl die Großbetriebe expropriieren, aber halt machen vor den Kleinbetrieben, insbesondere den kleinbäuerlichen Wirtschaften, die sogar noch geträugelt werden. Das Weitere soll dann ruhig der wirtschaftlichen Entwicklung überlassen bleiben. Die markanteste Wendung für Kautsky's Auffassung ist die, wo er behauptet, wenn man (verkehrter Weise) die Kleinbetriebe expropriert hätte, würde man sie sogar restituieren müssen.

Wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, so deckt sich Kautsky's agrarpolitische Spekulation vollständig mit der Bismarck'schen Taktik.

Auch Bismarck hegt gewiß die „wissenschaftliche Ueberzeugung“, daß zu irgend einer Zeit auf irgend eine unbestimmte Weise die Kleinbäuerlichen Einzelwirtschaften schmerzlos in das bessere Jenseits einer sozialistischen Gesamtproduktion hinüberzuschummern werden, da er aber dieses Jenseits nicht zu schildern vermag — ebenso wenig wie Kautsky —,

jedes Mal besonders feierlich. Als René an einem Sonntag Vormittag in seinem Zimmer einen Nagel einschlug, machte sie ihn sanft darauf aufmerksam, daß ein solches Geräusch an einem solchen Tage störend sei, und ohne ein Wort zu erwidern, legte René seinen Hammer nieder. Durch diese Nachgiebigkeit ermuthigt, lud sie ihn später zu einem Vortrag des Herrn Pastors ein. Ohne mit einer Wimper zu zucken, war René mitgegangen. Ja, er lobte sogar das Talent des Redners. Schon hegte Frau Roveray schüchterne Hoffnungen, ihn zu belehren. Sie wagte es, von den Missionen zu sprechen, welche es sich zur Aufgabe gemacht hatten, Frankreich und besonders Paris dem Evangelium zu gewinnen. Ganze Dörfer wären, wie sie sagte, schon zum Protestantismus übergetreten. Sie prophezeite der Sache die glänzendsten Erfolge und wünschte zu wissen, was Herr Messant davon dachte.

René lächelte und antwortete, daß nach seiner Ansicht die Missionen bei den Botokuden eher Erfolge erzielen würden als bei den Parisern; er machte auch kein Hehl daraus, daß ihm diese Bestrebungen hundert Jahre nach Voltaire etwas verspätet erschienen.

Frau Roveray seufzte. Augenscheinlich war also auch Herr Messant von dem freidenkerischen Giste angesteckt, und das wunderte sie nicht. Der katholische Götzendienst mußte ja zum Unglauben führen. Aber jetzt, da René im Schooße der wahren Religion war, konnte, ja mußte er zu besseren Ansichten bekehrt werden. Sie streckte die Waffen noch nicht; sie gab ihm Bücher, welche die Freigeister mit Reulenschlägen niederschmettern, Gedichte, Kritiken, philosophische Werke, Romane, die alle die Theologie nur in verschiedener Einleitung zum Gegenstande hatten. So oft sie Gelegenheit hatte, in René's Gegenwart laut zu beten, bat sie den Herrn, diejenigen zu erlöschten, die noch so unglücklich wären, an sein Wort nicht zu glauben, wie er es früher mit Sankt Paulus auf dem Wege nach Damaskus gesügt.

Eines Tages endlich, als sie sich durch seinen stummen, bei aller Höflichkeit unbegreiflichen Widerstand gereizt fühlte, sagte sie in bitterer Tone, daß es nur gerecht wäre, wenn die Franzosen, dieses gottlose Volk, von soviel Schicksalschlägen heimgesucht seien. Diesmal schweig René nicht. Er gab Frau Roveray zu verstehen, daß, wenn er alle Ueberzeugungen achtete, er auch dieselbe Achtung für die seinigen verlange.

schildert er den Bauern die Vorteile, die ihnen in der heutigen Gesellschaft der Ansehens an die sozialdemokratische Partei bringt. Sicher er ihnen sicher zu, daß ihr Grundbesitz nicht angefaßt werden soll, so kann er sich dafür mit Fug und Recht auf Kautsky berufen.

Ich weiß gar nicht einmal, ob Bismarck so weit geht, wie Kautsky, der dem Bauern für den Fall der Durchführung des Sozialismus die absolute Sicherheit seines Grundbesitzes gegen Expropriation und „eine ungeheure Erleichterung“ für seinen Einzelwirtschaftsbetrieb in Aussicht stellt.

Indes könnte Kautsky in seinem Kommentar ja völlig das Richtige getroffen haben, auch wenn seine Agrarpolitik für Bismarck's Taktik den Wegweiser abgegeben hat. Nach meinem persönlichen Urtheil ist es indes ein „grober Irrthum“, wenn Kautsky annimmt, daß in einer sozialistischen Gesellschaft neben dem kollektivistischen Großbetrieb in der Industrie und der Landwirtschaft die kleinbäuerliche Einzelwirtschaft fortbestehen könnte. Zunächst würde es praktisch außerordentliche Schwierigkeiten machen, die Grenze festzustellen, wo der zu exproprirende bäuerliche Großbetrieb aufhört und der erhaltungswürdige Kleinbetrieb anfängt. Dann aber sind unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die verschiedenartigen Betriebe durch persönliche und wirtschaftliche Beziehungen (Lohnarbeiter u. s. w.) so eng miteinander verflochten, daß es unmöglich wäre, ohne die Lebensfähigkeit der meisten Kleinbetriebe zu unterbinden, sie von den genossenschaftlichen Großbetrieben völlig zu trennen.

Nicht ein Jahr lang würden sie nach einem solchen Kaiserschnitt sich am Leben erhalten können. Denn nur bei einem Bruchtheil der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe decken sich infolge der Zufälligkeiten der Familiengestaltung die in der Familie vorhandenen Arbeitskräfte mit dem Bedarf an Arbeitskräften.

Häufig muß auch der Kleinbauer einen Knecht oder eine Magd oder Tagelöhner zur Aushilfe annehmen; in der Mehrzahl der Fälle ist er aber zur Aufrechterhaltung seiner Existenz selbst auf Nebenverdienst durch Lohnarbeit für größere Betriebe angewiesen. Das alles wäre indes nach Durchführung der sozialistischen Ordnung abgeschnitten. Genosse Kautsky kann und doch nicht die Ungeheuerlichkeit zumuthen, daß die sozialistischen Betriebe bäuerliche Tagelöhner als Lohnarbeiter nebenbei beschäftigen, oder gar, daß Mitglieder jener Betriebe zeitweilig als Tagelöhner bei den Kleinbauern arbeiten sollen. Ueber solche Schwierigkeiten kann sich Genosse Kautsky bei Ausmalung seines agrarpolitischen Programms nicht klar geworden sein, denn sonst würde seine Ankündigung des Fortbestehens bäuerlicher Kleinwirtschaften mit „ungeheurer Erleichterung“ neben dem sozialistischen Großbetrieb auf plumpen Bauernfang hinauslaufen.

Der Grundfehler seiner Deduktionen scheint mir darin zu liegen, daß er über einen Theil der neuen Ordnung ganz bestimmten Ausschluß ertheilen wollte, ehe er sich über die Gesamtorganisation klar geworden war. Er sagt an anderer Stelle: „Das geht nicht.“ Schön, dann darf er sich auch nicht verteilen lassen, Ausschüsse aus der Zukunftsordnung zu stützen, denn er kann nicht ermeßen, wie weit sie beeinflusst werden durch diejenigen Abschnitte, die ihm noch in Nebel gehüllt sind.

Bill Kautsky, daß sein widerspruchsvolles Werk anders aufgefaßt wird, so muß er sich zunächst selbst größere Klarheit verschaffen und es dann einer gründlichen Umarbeitung unterziehen. Ein Schriftsteller kann nur immer nach dem beurtheilt werden, was er gesagt hat, und nicht nach dem, was er gern gesagt haben möchte.

Georg Ledebour.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 20. November.

Ein englisches Urtheil. Der „Standard“, das Hauptorgan der englischen Konservativen, urtheilt über die Vera Lukanus wie folgt:

„Man fühlt, daß die Krone, von welcher Sicherheit, Stabilität und Konsequenz erwartet werden sollte, jetzt selber der Mittelpunkt und die Ursache der Veränderungen ist, denen Deutschland und die Freunde Deutschlands unterworfen worden sind, und zum größten Theil ohne genügenden und erkennbaren Grund (without any adequate and apparent reason).“

Wenn die englischen Freunde Deutschlands sich zu einem solchen Urtheile gezwungen sehen, kann man sich nicht wundern, daß die englische Regierung auf die Freundschaft des Deutschen Reiches einen geringen Werth legt.

Der Entwurf des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches. Von den fünf Büchern des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuches zweiter Lesung liegt nun auch das dem Familienrecht gewidmete vierte Buch in der durch die Redaktionskommission festgestellten Fassung vor. Die

Er behauptete nicht, über den Ursprung und das Ende aller Dinge besondere Erleuchtung zu besitzen; er gestehe seine Unwissenheit in bezug auf diesen Punkt ein, allein er glaube, daß dieses Verhalten vielleicht religiöser, und jedenfalls bescheidener wäre, als wenn er sich wie so viele andere einbildete, der Vertraute, der Liebling und der Auserwählte des Höchsten zu sein. Das ließ Frau Roveray sich gesagt sein. Sie kniff die schmalen Lippen zusammen und verächtelte auf die Eroberung dieses rebellischen Geistes. Doch seit sie wußte, daß ihr Hausgenosse kein hoffnungsvoller Neophyt mehr für sie war, bewies sie ihm nur eine widerwillige Aufmerksamkeit und eifrige Höflichkeit.

René tröstete sich leicht über den Verlust dieser Sympathie. Er besaß dafür die warme Zuneigung der beiden Kinder. Der kleine Henri, der auf dem Gymnasium sein Schüler war, betrachtete alles nur durch seine Augen, schwor nur auf ihn, so daß seine Mutter schließlich beinahe eifersüchtig auf den Lehrer wurde. Wenn der Knabe bei irgend einem Streit rufen konnte: Herr Messant hat es aber gesagt, — dann war dies ein Argument, an dem alle Einwendungen abprallten. Frau Roveray war zuweilen benürrigt über diesen Einfluß eines Fremden, dessen sie nicht sicher war. Aber ihr Sohn machte doch so glänzende Fortschritte! Er hatte sich mit einem Reifeisen an das Studium der Geschichte und des Französischen begeben.

Worüber sollte sie sich eigentlich beklagen? Wehlich war René's Einfluß auch auf die übrigen Gymnasialisten. Sie hatten erklärt, daß ihr neuer Lehrer „ein famoser Mensch“ sei, was für sie den Ausdruck ihres höchsten Lobes bedeutete. René hatte sich die Herzen seiner Schüler gewonnen, weil er ihnen viel von dem seinigen gab, weil er wirklich jung, ernst und heiter, milde und bestimmt zugleich war, und vor allem, weil er sich hütete, jemals das Gefühl der Gerechtigkeit zu verletzen, das einer wilden Blume gleich, kräftig und doch zart auf dem jungfräulichen Boden der kindlichen Seelen entsteht. Ohne jede Begeisterung hatte er einen Beruf ergriffen, von dem er fürchtete, daß er undankbar sein werde; und nun fand er eine ungeahnte Freude daran, die Saat der Ideen auszustreuen und das beste seines Selbst diesen werdenden Männern der Zukunft zu geben.

(Fortsetzung folgt.)

amtliche Ausgabe desselben ist soeben im Verlage von J. Guttentag erschienen. Derselbe enthält außer dem Texte des Familienrechts zahlreiche Verweisungen und Anmerkungen, eine Nachweisung der Paragraphen des Entwurfs I. Lesung im Entwurf II. Lesung und ein Verzeichniß von Abänderungen der ersten drei Bücher. Das Erscheinen von Buch V, Erbrecht, steht bis Frühjahr nächsten Jahres zu erwarten. Die drei ersten Bücher sind bereits im Frühjahr dieses Jahres auf Veranlassung des Reichs-Justizamts in einer amtlichen Ausgabe im Buchhandel erschienen. —

Zur Frage der Steuerreform. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Am nächsten Donnerstag werden, wie wir erfahren, im Reichsamt des Innern mit Kommissarien des letzteren solche des Reichsbankpräsidiums und des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe zusammentreten, um eine Verständigung über die Formulierung des Gesetzes, betreffend die Börsenreform, herbeizuführen. Wenn in verschiedenen Blättern behauptet wird, an der Ausarbeitung der Börsenreform-Vorlage sei der Reichsbank-Präsident Dr. Koch in hervorragender Weise betheilig gewesen, so sind wir in der Lage, festzustellen, daß die direkte Betheiligung des Herrn Dr. Koch an den Arbeiten für die Börsenreform mit dem Auseinandergehen der Börsen-Enquete-Kommission, deren Vorsitzender der Reichsbank-Präsident bekanntlich war, ihren Abschluß gefunden hat. —

Aus unseren Kolonien. Aus Dar-es-Salam wird telegraphirt:

Gouverneur v. Schele meldet, daß er am 30. Oktober die Hauptstadt Kuirenga im Uhegegebiet gestürmt und nach mehrstündigem Kampfe genommen habe. Auf deutscher Seite fielen Lieutenant Maas und acht Askaris. Der Verlust der Wahehe war sehr bedeutend. Eine große Menge Vieh, beträchtliche Eisenbeimorräthe, Geschütze und Gewehre der Jelenzli-Expedition, sowie große Pulvervorräthe fielen den Siegern in die Hände. 1500 geraubte Weiber und Kinder wurden befreit.

Ob die Weiber und Kinder, die mit schweren Opfern an Gut und Blut befreit worden sind, hierüber sehr erfreut sein werden, wenn sie von der Behandlung der Dahomeerweiber durch unseren Kanzler Leift erfahren haben werden, lassen wir dahingestellt. —

Der deutsche Professorenmuth ist bekannt. Hier und da wird wohl mit einem freisinnigen Ausspruch kokettirt, der jedoch in eine so glatte Form gebracht ist, daß er, wenn man ihn greifen will, aus den Händen entslüpft, oder so unbestimmt gehalten ist, daß man ihm im Nothfall auch die entgegengesetzte Meinung unterlegen kann. Hier und da entschlüpft auch einem Professor bei seiner Unwissenheit über die tatsächlichen Verhältnisse eine Aeußerung, mit der er in ein Wespennest greift; possirlich ist es dann anzusehen, wie er hinterher das Gesagte abzuschwächen und sich gleichsam die Verzeihung des von ihm angegriffenen Gegners zu erbetteln sucht. Gegenwärtig macht in der bürgerlichen Presse der Fall Meitzen von sich reden.

Professor Meitzen hatte in einem Kolleg sich zu einer matt-liberalen Aeußerung über die jüngste Generalsynode und über die Mäßigkeit, den Predigern und Gemeinden das apostolische Bekenntniß aufzuzwingen, verfliegen. Darüber großes Galloß in der orthodox-konservativen Presse, die sich gegenwärtig obenauf wie nie fühlt, und Mahregeln gegen die liberalen, umstürzlerischen Professoren verlangt. Professor Meitzen, der nicht gewußt zu haben scheint, wie sich die Zeiten geändert haben, sodas in der letzten Generalsynode sich nicht die leiseste liberale Stimme auch nur noch vernehmen ließ, erschall vor den sich gegen ihn richtenden Angriffen und wählte der Tapferkeit besseren Theil, indem er selbst das von ihm Gesagte so abschwächte und umdeutete, daß vor allem ersichtlich, ein wie orthodox-gläubiger Mann er sei, der dem Volke vor allem die Religion erhalten wissen wolle. Die liberale Presse aber erhebt ein Zetergeschrei über das Denunziantenthum, welches die Worte eines Professors aus dem Kolleg in die Presse trage, und schreit über die bedrohte Lehrfreiheit, die von den Hohenzollern stets als ein rocher de bronze, als ein unerschütterlicher Felsen angesehen sei. Nun, wenn die freisinnige „Vossische Zeitung“ für die Lehrfreiheit keine sicherere Zuflucht als die Hohenzollern'schen Traditionen kennt, wogu dann die Angst vor den Drohungen der „Kreuz-Zeitung“ und des Stöcker'schen „Volk“? Der Kampf gegen den Umsturz steht jetzt auf der Tagesordnung und da ist es nicht mehr als billig, daß die liberalisirenden Professoren, welche doch nicht genug diesen Kampf predigen konnten, sich auch den Luxus liberaler Phrasen verneinen. Wenn heute alle Professoren auf das apostolische Bekenntniß verpflichtet werden sollten, gäbe es in Deutschland wohl kaum 10, die, um sich dieser Verpflichtung zu entziehen, ihre Professur opfer würden. —

Die „Kreuz-Zeitung“ ärgert sich, daß die Zeitungen (natürlich spricht sie von der „Judenpresse“) bei dem schändlichen Verbrechenspaare Gerlach dessen Religions-Zelotismus betont haben. Sie meint, für die Verbrechen dieser zwei frommen Angehener könne man doch die Religion oder „Orthodoxie“ nicht verantwortlich machen.

Die „Kreuz-Zeitung“ hat nicht verstanden, warum es sich handelt. Das Menschen, welche die Religion im Munde führen, Verbrechen begehen, ist kein Beweis gegen die Religion, das wird kein vernünftiger Mensch behaupten. Aber was behauptet wird und was sich leicht beweisen läßt, ist: daß Menschen, die im Sinne und Geist der „Kreuz-Zeitung“, des „Reichsboten“, des Stöcker'schen „Volk“ und anderer Blätter dieser Dummelänner-Gesellschaft die Religion fortwährend im Munde führen, jeden, der es nicht thut, für einen schlechten verworfenen Menschen erklären, — daß diese Menschen zum großen Theil niederträchtige Gallunken sind, die ihre Nichtwürdigkeit hinter religiösen Phrasen verdecken wollen. Gleichzeitg mit dem Gerlach'schen Ehepaar wurde ein durch Zelotismus ausgezeichnete protestantischer Geistlicher wegen Anzucht mit Kindern verurtheilt. Das Gleiche ist bekanntlich dem „neuen Luther“ Wilhelm a r passiert, der vor vierzig Jahren und mehr eine ähnliche Rolle spielte, wie jetzt Stöcker.

Und durch unzählige Prozesse ist dargethan — daß — was die Wissenschaft beiläufig auch als Sach anerkennt — religiöse Minderheit und viehschäpste Wollust in naher Verwandtschaft zu einander stehen. —

Ein gefährliches Lied. In unserem Hamburger Bruderorgan lesen wir:

Der Sang an Regie kann, wie der Sang der Loreley, auch Leute ins Verderben bringen. Hatte sich da neulich ein Mann über diesen Sang sehr mißbilligend geäußert und dabei einige Bemerkungen über den angeblichen Komponisten gemacht. Als er im hiesigen Stadttheater ein gerade die freie Kritik behandelndes Stück in Augenschein nahm, wurde ihm klar gemacht,

daß heute die freie Kritik noch nicht gestattet ist. Wegen seiner Bemerkungen über den Komponisten des Sanges an Regir wurde er verhaftet. Er soll sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben.

Wir hatten diese Möglichkeit vorausgesehen. Was sind das aber für Verhältnisse, wo solches möglich ist? Merkt man denn nicht, daß durch derartiges auf die Spitze treiben des sogenannten Majestätsbegriffs der Glaube an das Königthum und die Monarchie mehr erschüttert wird, als durch die umstürzlerische Thätigkeit der „Umsturzparteien“?

Fuchsmühl. Unsere bayerischen Genossen haben dafür gesorgt, daß über den charakteristischen Fall von Fuchsmühl die Wahrheit über die offizielle Verschleierung liege. Sie haben einen tüchtigen Genossen zur Erforschung der Verhältnisse nach Fuchsmühl geschickt. Das Ergebnis der Untersuchungen wird demnächst im Verlage von Ernst in München unter dem Titel „Fuchsmühl, eine Skizze aus dem Rechtsstaate der Gegenwart von Adolf Müller“ erscheinen. —

Russischer als russisch. Das „Berliner Tageblatt“ wird Dank seiner hohen reptilischen Veranlagung wohl den Preis davon tragen in dem journalistischen Wettbewerb vor dem Zarenthum. Einer unserer Mitarbeiter hatte schon Gelegenheit, die unwürdige Speichelleckerei dieses Blattes zu brandmarken. Heute treibt das Blatt, in der Person seines Petersburger Korrespondenten, die Knechtlichkeit in der vorsichtigen Form des „man sagt“ so weit, daß es „von unüberlegten Neuerungen“ spricht, die Rußland „verhängnisvoll“ sein könnten, weil „das Volk noch lange nicht reif sei“. Und das nennt sich „fortschrittlich“. Pfui Teufel! —

Die österreichische Wahlreform. Ein offizielles Communiqué des „Fremdenblattes“ meldet, daß heute ein Ministerrath stattfindet, welcher sich in erster Linie mit der Frage der Wahlreform beschäftigen soll. Der Ministerrath ist ferner dazu bestimmt, die Ergebnisse der Konferenzen, welche die Regierung mit den Klubmännern gehabt, nochmals zu prüfen und über das weitere Vorgehen der Regierung zu entscheiden. Das Communiqué konstatiert außerdem, daß bisher eine Uebereinstimmung zwischen der Regierung und den Vertrauensmännern aller Parteien bezüglich eines gemeinsamen Wahlreform-Projektes nicht erzielt werden konnte.

Wir werden in der nächsten Nummer die Situation in Oesterreich ausführlich behandeln und bemerken heute nur, daß die Lage so ungünstig für die herrschenden Klassen, so günstig für unsere Partei ist. —

Bekämpfung des Sozialismus. Aus Ungarn wird der „Frankfurter Zeitung“ telegraphirt: Budapest, 19. November. Die Stadt Belescsaba hat zur Bekämpfung des Sozialismus unter dem Landvolk beschlossen, 3500 Joch Grundbesitz anzukaufen und an besessene Leute nach dem Farmsystem in Pacht zu geben.

Da wäre der Stein der Weisen ja entdeckt. Jetzt sollen unsere Junker nur jedem „Besitzlosen“ ein hübsches Stück Land „in Pacht geben“, — aber genug, so daß der Mann auch leben kann und die Pacht ihn nicht erdrückt; und dann hört „der Zug in die Stadt“ gewiß auf.

Wir kennen übrigens ein noch viel besseres und gründlicheres Rezept: Man mache jeden Proletarier zu einem Kapitalisten! Wir wetten, es giebt dann keine „Umstürzbewegung“ mehr. Freilich, man muß den Kapitalisten auch ihr Kapital garantiren. —

Auch eine Weltanschauung. Mit dieser Unterschrift erschien 1848 eine Karrikatur, die den bekannten Regelschen Abgeordneten Kuge darstellte, wie er den Kopf zwischen den Beinen hindurchsteckte und von unten in die Welt hinaus schaute. In ähnlicher Postur befindet sich ein Korrespondent der „Kreuzzeitung“, der aus Paris folgende Weisheit zum Besten giebt:

Im Augenblick vollziehen sich innerhalb der die moderne Gesellschaftsordnung mit Umsturz bedrohenden Partei in Deutschland so gut wie in Frankreich bedeutende Spaltungen. Herr Wedel ist nicht zufrieden und Guesde auch nicht. Gobel, der sich letzterem mit seiner Partei in den jüngsten Zeiten sehr genähert hatte, sagte ihm kürzlich seine Freundschaft auf, lebhaft Einspruch erhebend gegen die Art, in der Guesde die höchste Autorität der Republik und damit das Autoritätsprinzip, von den Sozialisten bekämpft werde. Diesem Beispiel ist nun auch die Union progressiste gefolgt, wie Ihnen der Telegraph bereits gemeldet hat. Und so sehen wir denn auf der einen Seite Uneinigkeit zwischen den Revolutionären, auf der anderen Seite ein kräftiges Sichscharen um das Banner der staatlichen Autorität.

Die „Spaltungen“ in Frankreich — das brauchen wir unseren Genossen gar nicht zu sagen — sind genau dasselbe, wie die „Spaltungen“ in Deutschland — niemand und nichts „spaltet“ sich ab. Es sind Auseinandersetzungen, die nur zum näheren Anschluß führen. Die „Ordnungsparteien“, die sich „um das Banner der staatlichen Autorität“ scharen, machen es freilich anders. Sie reißen sich die Kleider in Fäden vom Leib, so daß sie besagtes „Banner“ zu Flickklappen sehr gut brauchen können. —

In dem Spionekrieg, der während des bewaffneten Friedens zwischen den „zivilisirten“ Staaten ohne Unterlaß geführt wird, scheint Deutschland sehr vom Kriegsglück verlassen zu sein. Es sind, nachdem neulich ein französischer Generalstabs-Offizier, der an den „Dreibund“ militärische Geheimnisse verkauft hatte, gefaßt worden war, Ende voriger Woche zwei deutsche Offiziere oder Ex-Offiziere verhaftet worden, die der Spionage mehr als verdächtig sind. Beiläufig erwähnen wir die Thatsache bloß deshalb, weil die Verhaftung dieser Spione von keinem französischen Blatt zu einer chauvinistischen Dage gegen Deutschland benutzt wird. Das ist jedenfalls ein großer Fortschritt. Uebrigens sind die Franzosen wohl auch so vernünftig, sich zu sagen, daß das Spionieren eine internationale Institution ist und von den Franzosen ebenso eifrig betrieben wird, wie von Deutschland und anderen Staaten. —

Die Arbeitslosen-Frage vor der französischen Kammer. Man schreibt uns aus Paris unterm 14. November:

Noch nie hat sich Herr Dupuy so flach und so unwissend als in der Frage der Arbeitslosen gezeigt, mit der sich die Kammer fast zwei Tage hindurch beschäftigt hat. Er hat sich da sozusagen selber übertrieben. Das hat aber die Majorität nicht gebindert oder war gerade ein Grund mehr für sie, den mancherlichen Erklärungen ihres Ministerpräsidenten, die in dem Sinne gipfelten: „Hilf dir selber und der Staat wird dir helfen“, beizustimmen und zur Tagesordnung überzugehen. Angeregt ward diese Frage bekanntlich durch den sozialistischen Abgeordneten Brudent Derville. In seiner Interpellation, welche Maßregeln die Regierung gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen gedente, wies er an der Hand von Daten offiziellen Charakters auf die große Prozentzahl der Arbeitslosen in den verschiedensten

Industriezweigen wie in der Landwirtschaft hin und gelangte dabei nach einer längeren Ausführung über die Ursachen dieser Arbeitslosigkeit zu dem Schlusse, daß die Regierung nicht einer vorläufigen materiellen Unterstützung der Arbeitslosen in erster Linie zur Inangriffnahme großer öffentlicher Bauten, die er zum Theil namentlich bezeichnet, aufzufordern sei, sowie zur Errichtung einer Arbeitslosen-Versicherung und Einführung eines Normal-Arbeitstages, verbunden mit einem Minimallohn. Aber da kam er gut an. Die Regierung, die wohl durch Gollgese, Eisenbahngarantien, Ausfuhrprämien u. d. die Interessen der Kapitalistenklasse zu schützen weiß, und für ihre Bureaubeamten einen Normal-Arbeitsstag, verbunden mit einem Minimalgehalt lennt; sie, die wenn es gilt, Grundbesitzern beizuspringen, die durch die Phylloxera, durch große Brände, Ueberschwemmungen oder Hagelschäden zu leiden hatten, gleich mit Steuer-nachlässen und direkten Unterstützungen bei der Hand ist — sie erklärte durch den Mund Dupuy's, daß sie in dieser Frage absolut nichts thun könne. Warum denn auch. Hat doch Herr Dupuy in der vom Arbeitsamt herausgegebenen Statistik gefunden, daß am 15. Oktober 610 Gewerkschaften mit 129 000 Mitgliedern nur 11 pCt. Arbeitslose zählten. Und was sind 11 pCt.? Eine so geringe Zahl kann man doch ruhig ihrem Schicksal überlassen. Sie unterstützen? Pfui doch! Das wäre ein Almosen, antwortet Herr Dupuy, und das wollen die Arbeiter nicht. Und wozu sie überhaupt unterstützen oder gar eine Arbeitslosen-Versicherung einführen? Würden die Arbeiter nicht so viel streiken, wäre ihrem ganzen Glend abgeholfen. Man bedenke auch, nach der vom Arbeitsamt herausgegebenen Statistik vom Jahre 1893 — ich habe dem „Vorwärts“ seinerzeit darüber berichtet — haben die Arbeiter durch die vorjährigen Streiks nicht weniger als 3 174 000 Arbeitstage verloren, was, „um nichts zu hintertreiben“ nicht etwa nach Adam Riese, sondern nach einer der kompetenten Leuten gemachten Enquete“ — wie Herr Dupuy in seiner wichtigthuenden Dummheit ausdrücklich hervorhob — bei einer Berechnung von 2 bis 4 Fr. pro täglichen Arbeitslohn einem Verlust von 6 bis 12 Millionen gleichkommt. Was gäbe das nicht für eine herrliche Arbeitslosenklasse. Daß es die Unternehmer waren, die diese Streiks zum großen Theil provoziert haben, während, wie das Arbeitsamt ausdrücklich hervorhebt, es fast ausschließlich die Arbeiter waren, die das die Einigungs- und Schlichtämter betreffende Gesetz angerufen hatten, das hat Herr Dupuy wohlweislich angeben vergessen, wie er es denn auch vergessen hatte anzugeben, in welchem Verhältnis etwa die Sporer Sammetweber oder die Porzellanarbeiter von Limoges mit den Grubenarbeitern von Pas de Calais oder Graiffessac stehen und wie jene sich nun über ihre Arbeitslosigkeit hinweghelfen könnten, wenn diese nicht wochenlang gestreikt hätten. Was nun den Minimallohn anbelangt, denke die Regierung nicht im mindesten an seine Einführung, denn die Löhne hängen von gar so verschiedenen Ursachen ab, wie es denn auch kein einziges Land, keine einzige Körperschaft gebe, das bisher ein Lohnminimum festgesetzt hätte. Der Zwischenruf Guesde's, daß die Stadt Amsterdam gethan habe, hatte Herr Dupuy ebenso überhört, wie den eines anderen Abgeordneten, daß bei allen Staatsbeamten ein solches Minimum bestehe. Was nun gar den Normalarbeitstag, die Regelung der Arbeitszeit anbelangt, konstatierte Herr Dupuy vor allem — ohne erst bei kompetenten Leuten Nachforschungen angestellt zu haben —, daß es ein Prinzip, das der Freiheit der Arbeit giebt, welches dagegen „energisch protestirt“. Man könne einem Menschen nicht sagen: du darfst nicht mehr länger arbeiten; dein Arbeitstag, dessen Stundenzahl das Gesetz bestimmt hat, ist zu Ende. Die Regelung der Arbeitszeit sei nicht Sache des Staates, sondern der Privatinitiative und der Vertragsfreiheit. Dabei hatte er die Unverfrorenheit — vorausgesetzt, daß man dies nicht seiner Unwissenheit zuschreiben will, die noch größer als seine Unverschämtheit ist — sich auf England zu berufen, dessen Fabrikgesetzgebung fast allen übrigen Staaten um ein halbes Jahrhundert vorausgeeilt ist, und zu behaupten, daß die Regelung bezw. Verkürzung der Arbeitszeit dort privater und nicht gesetzgeberischer Art (d'un maniere privée, non législative) erfolgt sei! Nach einer solchen dreisten Behauptung erscheint es dann fast natürlich, wenn er die Arbeitslosigkeit und deren Folgen nicht dem kapitalistischen Regime, sondern umgekehrt den Kämpfern einer neuen Ordnung, den Sozialisten zuschreibt, die ihm zufolge durch ihre heftige Kritik des Kapitals und ihrer Anklündigung des nahen Zusammenbruchs der herrschenden Gesellschaft die Kapitalisten abschrecken, — oh, ihr armen Panamiten! — langathmige Werke zu unternehmen, wie es denn auch nur zu natürlich ist, wenn ihm die Roche und Kowier da verständnisvoll zujucheln und ihm die ganze Schaar der Proffizjäger und Dividenden-schlucker geräuschhaft Beifall klatscht, als er, das ganze Um und Auf seiner Regierungsweltweisheit zusammenfassend, seine Rede mit den eingangs erwähnten Worten schloß: „Hilf dir selber und der Staat wird dir helfen!“

Was hätte es da, wenn darauf Genosse Vaillant in einer gründlichen kenntnißreichen Rede das ganze Phrasengebälde der ministerlichen Weisheit bloßlegte und dabei nachwies, wie Dupuy ebensowenig die sozialpolitischen Verhältnisse Englands kennt, als er eine Meinung von dem engen Zusammenhang der kapitalistischen Produktion mit der Arbeitslosigkeit bez. industriellen Reserve-Armees und deren Druck auf die jeweiligen Arbeitslöhne hat. Er hatte gut den Nachweis zu führen, daß der Procentsatz der Arbeitslosen im allgemeinen seit ein bedeutend höherer als in den Gewerkschaften ist, deren Mitglieder zumest als gelernter mit technischen Kenntnissen ausgestatteten Arbeitern bestehen; gut auf die stetig vorwärts schreitende englische Arbeiterbewegung, Gesetzgebung sowie auf die Einführung des Achtstundentages in den Arsenal- und sonstigen der englischen Regierung unterstehenden Werkstätten hinzuweisen; gut von dem Londoner Grasschaftsgericht, von Birmingham, Manchester und den anderen zahlreichen Gemeinden mit ihren in bezug auf den Minimallohn und den Normalarbeitstag durchgeführten Reformen zu sprechen; gut das Vorkular mitzubringen, daß der jeweilige Minister des Innern in England seit Jahren bei Eintritt des Herbstes an alle Gemeindeverwaltungen mit bezug auf die Beschäftigung der Arbeitslosen richtet; gut endlich, die Regierung der französischen Republik aufzufordern, wenigstens dem Beispiele des monarchischen England zu folgen — es hätte alles nichts, er fand kein Gehör bei der Partei der Satten, das „Hilf dir selber und der Staat wird dir helfen“ hatte ebenso an diesem Tage wie an dem folgenden den Sieg davongetragen, wo Genosse Dejeante einen Kredit von 5 Millionen zu Gunsten der Arbeitslosen verlangte. Für Madagaskar wird aber der verlangte 65 Millionen-Kredit gewiß gleich flüssig gemacht werden! . . .

Aus dem Lande des Schreckens. Aus Mailand schreibt man uns: Kein Tag ohne Sozialistenprozeß. — Kein Tag ohne einen neuen Crispi'schen Gewaltakt! Er wird täglich fähner, der bigamistische Henker Italiens. Nachdem es ihm gelungen, die besten Männer Italiens kampfunfähig zu machen und sie als „Gefangnisfällsel“ zu verbrauchen, schreit er vor nichts mehr zurück und macht nicht einmal vor der durch die Staatsverfassung verbürgten parlamentarischen Immunität Halt. Seine Helfershelfer in Reggio Emilia dürfen für sich den traurigen Anhim beanspruchen, die ersten gewesen zu sein, die auf „edlester sozialistischer Wilt“ Jagd machten: sie waren es, die unseren Genossen Abg. Brampolini zur Strecke brachten, und ihr Jagdglück erregte den Eifer der Staatsretter in Modena, die sich gleichfalls um das „geringste“ Vaterland verdient machen wollten und daher unseren Genossen Abg. Agnini aufs Korn nahmen. Die Anklage lautete, wie üblich, „auf Ausreizung zum Massenhaß“, und obwohl alle Zeugen, fast ausschließlich politische Gegner der Angellagten, das Verhalten unserer Genossen als durchaus geschnähsig bezeichnen, hatte der Staatsanwalt die Gürtel, gegen Agnini 15 und gegen die anderen Angellagten je 6 Monate Gefängnis zu beantragen. Der Gerichtshof war etwas „mildherziger“ und verurtheilte Agnini „nur“ zu 6 Monaten Haft und

zu 100 Lire Geldbuße; die anderen wurden zu je 5 Monaten verdammt. Auf der Strafe wurde den Opfern der Crispi'schen Justiz eine enthusiastische Ovation dargebracht. Aber was nützt der Beifall aller rechtlich denkenden, wenn ein böshafter Verne-groß ungestraft ein ganzes Volk verweigert darf? Wir haben es so herrlich weit gebracht, daß niemand mehr im eigenen Hause sicher ist. Es giebt heute thatsächlich in ganz Italien keinen sozialistischen Familienvater, der nicht um das Geschick seiner Lieben besorgt sein müßte; und unter den letzteren verstehen wir nicht nur die erwachsenen männlichen, sondern auch die unerwachsenen und die weiblichen Mitglieder des Hausstandes. Klingt es nicht wie ein Märchen, wenn man hört, daß in Castellnuovo die Mutter und der schulpflichtige Bruder des Sozialisten Moriani verhaftet wurden, weil Moriani flüchtig ist und nicht gefaßt werden kann? Wird man sich da noch darüber wundern, daß in Serra sechs angesehene Bürger als „Umstürzler“ verhaftet wurden, deren Verbrechen darin bestand, daß sie einem Vergnügungsvereine angehörten, den ein Polizeispitzel, dessen Gesuch um Aufnahme in den Verein abgelehnt worden war, aus Rache als „stark verdächtig“ denunzierte? So bringt jeder Tag eine neue Ueberraschung. Geben wir nur einen kurzen Ueberblick über das „Programm“ der nächsten Wochen: Reggio Emilia hat zehn Sozialistenprozeße angekündigt; ebenso viele sind dort bereits erledigt worden. In Imola steht ein Riesenprozeß gegen die ehemaligen Mitglieder der aufgelösten sozialistischen Vereine bevor. Novigo läßt, nach dem Beispiele Reggio's und Modena's, einen Abgeordneten, den Genossen Badaloni, vor Gericht; es wird ihm eine Menge von politischen Verbrechen vorgeworfen, die ihm mehrere hundert Jahre Gefängnis einbringen müssen. Aneglia und Rom wollen gleichfalls mit Sozialistenprozeßen brütlern, — und so geht es ins Unendliche. Selbst der gewissenhafteste Chronist kann mit Crispi nicht mehr mithalten; wir haben täglich weit mehr Sozialistenprozeße als sich schriftlich registriren lassen. In Turin wurden am 14. d. M. zwei Duzend Sozialisten zu „Verweisung“ verurtheilt, in Modena an demselben Tage acht oder neun Mann, in Bergamo, in Ravenna, in Bitonto, in — wer zählt die Namen der Städte, in welchen Sozialistenprozeße stattgefunden haben oder demnächst stattfinden werden? Und wenn es nur das wäre! Aber der dunkle Ehrenmann, der die arme Italia zu Grunde regiert, sucht auch noch den moralischen Kredit, den die sozialistische Partei im Lande hat, zu untergraben, indem er durch die von ihm ausgehaltenen Press-bengel, die gleich ihm aus dem Futternapf der Banca Romana aßen, über die Führer der Sozialisten die unsinnigsten Dinge verbreiten läßt und sie vor allem der Furcht und Freiheit zeigt. Leider lassen sich diese Lügengewebe nicht immer so schnell zerreißen, wie in dem Falle Brampolini. Während Genosse Brampolini hier einer Verurtheilung des Riga-Russenschusses beinahte, ließ ihn das Crispi'sche Press-geindel nach der Schweiz durchbrennen; als Grund für die Fahnenflucht wurde angegeben, daß Brampolini sich der über ihn in Reggio verhängten Strafe entziehen wolle. Mit so ordinären Waffen kämpft der Diktator und seine Meute! Aber es ist zu hoffen, daß ihm Italien die Antwort nicht lange schuldig bleiben wird. Die Liga zur Verteidigung der Freiheit“ zählt bereits 202 Tochtervereine mit mehr als 100 000 Mitgliedern, und das scheint uns die beste Bürgschaft dafür, daß der Schreckensmann in Rom, der in seinen alten Tagen ein frömmelnder Betbruder geworden ist, bald abgewirthschaftet haben wird. —

Fortsetzung des Panaminoprozesses. Nach der „Risforma“ verlautet, daß heute die Vorladung an Biolitti und Rosario in der Untersuchung wegen Beiseiteziehung von die Banca Romana betreffenden Dokumenten ergehen dürfte. —

Die Armenischen Grenel entwickeln sich genau in der von uns ange deuteten Weise. Die Zahl der ermordeten Christen wird von Tag zu Tag größer — jetzt sind's schon 10 000 — und ein großer Theil unserer Presse jängt schon an, sich über die Taten zu enträsten. Wir dürfen nicht erstaunen, wenn die Zahl der Ermordeten nächstens das Doppelte und Dreifache beträgt. So wird von der russischen Diplomatie Stimmung und Politik gemacht. Die Wahrheit ist, daß es in jenen Gegenden sehr häufig zu blutigen Reibungen zwischen den verschiedenen Stämmen kommt, wobei die Christen es genau so treiben, wie die Muhamedaner. Zum Glück befinden die Ermordeten sich meistens ganz wohl dabei. Die Völker haben dort viel Phantasia und wenn es zum Blutvergießen kommt, dann müssen immer gleich Tausende auf dem Schlachtfelde bleiben. Und die Russen, durch welche diese Mäuberthaten in die zivilisirte Welt gebracht werden, verstehen sich auf das Lügen noch besser wie die Armenter. —

Vom holländischen Kolonialkriege liegt die folgende Meldung aus dem Haag vor:

Nach einer amtlichen Mittheilung wurde Tzakra-Negea mit vier Kolonnen angegriffen. Die Befestigungen wurden Schritt für Schritt genommen, ebenso die beiden Positionen gegenüber dem besetzten Palaste; die Operationen werden heute fortgesetzt. Die Verluste des Feindes sind sehr beträchtlich, die Holländer hatten 29 Tote und 112 Vermundete.

Ein Telegramm der „Nieuws von den Dag“ aus Batavia meldet:

Das Haus des Radjah von Lombol, das gestern noch vertheiligt wurde, ist heute von den Balinesen verlassen worden. Die Bevölkerung ist zur Unterwerfung geneigt. Durch Unvorsichtigkeit erfolgte die Explosion eines Pulvermagazins, wobei 2 Offiziere und 19 Soldaten getödtet wurden.

Nach amtlicher Mittheilung wurde gestern die Umgebung von Tzakranegra durchsucht und mit der Zerstörung begonnen. Der alte Radjah wurde nicht gefunden; derselbe ist wahrscheinlich verwundet und nach dem Norden entflohen. 230 Kilogramm Gold und 8810 Kilogramm Silber wurden nach Ampanan gebracht. Die Operationen werden fortgesetzt. Das Wetter ist andauernd günstig. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz liegen heute die folgenden Neutermeldungen vor:

Tschifu, 20. November. Am Sonntag fand 20 Meilen nördlich von Port-Arthur ein Gefecht statt. Die Japaner sollen sich schließlich gegen Talienwan zurückgezogen haben. Der Verlust der Chinesen betrage 100 Tote und Vermundete, derjenige der Japaner 300; die Chinesen sollen 10 Gefangene gemacht haben.

Yokohama, 20. November. Die japanische Armee unter Oyama verließ Kinschow am 16. d. M. in der Richtung auf Port Arthur und marschirt in zwei Divisionen auf verschiedenen Wegen. Die Japaner werden vor einem Angriff auf Port Arthur auf dem Wege dorthin die Chinesen besiegen müssen.

Ein Transportschiff mit 600 Mann Infanterie und 500 Küst, welches sich auf der Fahrt nach der Talienwan-Bai befand, ist verbrannt. Bis auf 4 Küst wurden alle Personen, die sich auf dem Schiffe befanden, gerettet. —

Wie die Rache nicht das Mäusen, so kann die „Kreuzzeitung“ das Verleumden und Ehrabschneiden nicht lassen. Nachdem durch die Erklärung unseres Genossen Sanger das Organ „Mit Gott für König und Vaterland“ vor die Alternative gestellt wurde, entweder zu beweisen oder — will es nicht den Makel der Verleumdung und Ehrabschneiderei auf sich sitzen lassen — zu widerrufen, da nimmt das Blatt zwar von der Erklärung unseres Genossen Notiz, schickt

dann aber in echter Baskillo-Manier folgende Einleitung voraus: Herr Paul Singer erläßt im „Vorwärts“ eine Erklärung, die sich wenigstens der Form nach gegen unsere Ausführungen über die Beziehungen der sozialdemokratischen Partei zum „Münchener Brauhaus“ richtet. Wir haben allerdings einmal statt der Bezeichnung „sozialdemokratische Partei“ die gleichbedeutende: „Gesellschaft des Herrn Singer“ gebraucht, und nehmen daher von seiner Erklärung Notiz.“

Die „Kreuz-Zeitung“ macht also gar nicht den Versuch, ihre Angaben über unsern Genossen Singer zu beweisen. Das Organ der Ohme und Gödsche giebt von vorne herein zu, daß es in diesem Falle benutzt gelogen hat. Aber getreu dem Grundsatz aller Verleumder: „es bleibt doch etwas hängen“, versucht das Blatt nun den Anwurf, den es gegen Singer vergeblich richtete, auf die sozialdemokratische Partei abzuladen. Wir aber sind nicht gesonnen, diese feige Auskneiferei ruhig hingehen zu lassen.

Wir bezichtigen hiermit die „Kreuz-Zeitung“ so lange der Lüge und erbärmlichen Verleumdung, so lange sie uns nicht die Vertreter der sozialdemokratischen Partei nennt, welche bei den behaupteten Börsenmanövern der Aktiengesellschaft Münchener Brauhaus ihre Hand im Spiel hatten, oder welche aus den Herrn Direktor Krenndt das Ansehen stellten, 8000 M. für die Brauerei-Arbeiter zu geben. Heraus mit der Sprache!

Parteinachrichten.

Bericht vom Parteitag. Die Mainzer Parteigenossen hatten am 19. November eine Parteiversammlung einberufen, in der der Delegierte Stod einen Bericht über den Parteitag gab. In unserem Mainzer Parteiorgan wird darüber folgendes berichtet: Die Debatte wandte sich der Rede Bebel's in Berlin zu. Genosse Klein erklärte, auf dem Standpunkt Bebel's zu stehen. Genosse Göbel bekämpfte die Art und Weise der Bebel'schen Kritik, der anscheinend übler Laune sei, weil seine Anträge nicht angenommen seien. Die süddeutschen Delegierten hätten gethan, was sie für Recht erkannt. Genosse Jödt wandte sich hierauf scharf gegen Bebel. Er halte den Parteitag für einen der besten, welche bis jetzt stattgefunden, Bebel opponire nur, weil es ihm in Frankfurt nicht nach Willen gegangen. Bebel habe gar kein Recht, über die parlamentarischen Abstimmungen Anderer sich zu entäusern, denn im Reichstag habe er für den Nordsee-Kanal und im sächsischen Landtag für die Arbeiterkolonie Schneidengrün gestimmt. Wenn er (Jödt) im hessischen Landtag durch seine Abstimmung mit habe verhindern helfen, daß 300 000 Mark neue Steuern abgelehnt würden, so sei dies doch wahrlich kein Vertrauensvotum für das Ministerium gewesen. Wenn er beantragt habe, die Fabrikinspektoren zu vermehren und die Regierung summe zu, so könne er doch bei der Abstimmung am Schluß nicht die Mittel verweigern. Auch in Bayern lägen die Verhältnisse anders als in Norddeutschland, dort trieben noch 90 pCt. der Bevölkerung Landwirtschaft. Liebknecht und Bebel hätten in vielen Punkten ihre Ansicht geändert, nur bestche darin der Unterschied, daß Liebknecht dies zugebe, Bebel aber nicht, der mit seinen Prophezeiungen stets Recht gehabt habe. Bebel wolle nur Schulmeister, aber die Partei hänge nicht von Einzelnen ab, sondern wurzle in den Verhältnissen. In seiner Berliner Rede komme ihm Bebel vor, wie „jene Kraft, die stets das Gute will, doch stets das Böse schafft“. Der Parteitag habe in seinen Beschlüssen das Richtige getroffen, er bitte die Versammlung, diesen Beschlüssen zuzustimmen. In einer Resolution wurden hierauf die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses gutgeheißen. Bei der nunmehr vorgenommenen Wahl eines Vertrauensmannes wurde Genosse Joh. Stod und als dessen Stellvertreter Genosse Albert Göbel wiedergewählt.

Breslau. In einer Parteiversammlung, die am 18. Novbr. tagte, sollte die Richterhaltung vom Frankfurter Parteitag erfolgen. Leider wurde, wie wir schon bereits mitgeteilt haben, die Versammlung aufgelöst, so daß in den eigentlich wichtigen Punkt der Tagesordnung gar nicht eingetreten werden konnte. Die Veranlassung zu der Auflösung glaubte der überwachende Beamte während der Debatte über die Wahl der Vertrauensleute zu finden. Ein höchst sonderbarer Grund allerdings. Unser Breslauer Partei-Organ, die „Volkswacht“, schreibt darüber:

Jeder Unparteiische muß eingestehen, daß kein Grund vorlag, die Versammlung aufzulösen, da von einer herrschenden Unruhe nicht die Rede sein konnte. Die Genossen haben, wie immer, ihre Meinung zum Austrag gebracht, ohne dabei im geringsten erregt zu sein, wozu auch gar keine Veranlassung vorgelegen.“

In Eingang der Versammlung hatten die Vertrauensleute vom vergangenen Jahre Bericht über ihre Thätigkeit erstattet. Dem Kassensbericht entnehmen wir folgende Uebersicht: Die Einnahmen im östlichen Wahlkreis betrugen insgesamt 1297,82 M., die Ausgaben 1578,60 M., sodas ein Barbestand von 19,22 M. verbleibt. Die Einnahmen im westlichen Wahlkreis beliefen sich auf 1414,76 M., die Ausgaben auf 1848,25 M., der Bestand beträgt somit 66,71 M. Unter den Ausgaben figurirt ein Posten von 1000 M., die an den Parteivorstand gesandt worden sind.

Mannheim. Genosse Teufel wurde am vergangenen Sonnabend völlig unerwartet der Freiheit wiedergegeben und von den Parteigenossen mit großem Jubel empfangen. Er war im Ganzen 15 Wochen im Gefängnis, wovon 10 Wochen auf abzuhängende Strafe, 5 Wochen auf die über ihn verhängte Unterdrückungshaft in der satzsam bekannten „Hochverrats“-Affäre entfielen. Lange wird „der Teufel in Mannheim nicht los sein“. Denn schon am Mittwoch muß er sich wieder im Mannheimer Amtsgerichtsgefängnis zur Verbüßung einer eifrigigen Haft einfinden.

Nürnberg. Die hiesige Parteiversammlung nahm vorigen Mittwoch einstimmig folgende Resolution an: Die heutige Versammlung beschließt, daß sie mit den Beschlüssen des Parteitags in Frankfurt a. M. einverstanden ist, und daß für sie keine Veranlassung vorliegt, das Verhalten der bayerischen Abgeordneten in der Frage des Finanzgesetzes zu mißbilligen oder die Haltung der bayerischen Delegierten zu tadeln. (Wir geben die vollständige Resolution, weil in unserer ersten Notiz über die Nürnberger Versammlung die auf die Abgeordneten bezügliche Stelle der Resolution übersehen war. N. d. B.)

Wiesbaden. In der Generalversammlung der vereinigten Orts-Krankenkassen erzielte die Liste der organisierten Arbeiter eine große Majorität.

Solingen. Bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abtheilung kommen die sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl.

Leipzig. Der Redakteur des „Wähler“, Genosse Pollender, wurde vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe wegen Verleumdung einer Herrschaft verurtheilt. Die Verleumdung wurde in einer Notiz gesunden, laut welcher die „Dame des Hauses“ ihr 17-jähriges Dienstmädchen gequält habe. In der Urtheilsbegründung des Richters (D.-R. Richter Winkler) heißt es: „Zwar sei erwiesen, daß das Dienstmädchen körperlich gequält worden sei, aber mit Recht sei das geschehen, und das Mädchen hätte für die Züchtigung dankbar sein sollen (I) Statt dessen wurde das „Heimliche“ Vorkommnis in der Presse erörtert. Die Absicht des Angeklagten sei nur dahin gegangen, den Privatläger in seiner Ehre zu kränken und in den Augen seiner Mitmenschen verächtlich zu machen. Denn was gehe es weitere Kreise an, ob ein Dienstmädchen einmal Ohrfeigen erhalte, die die Stellung eines

Strafantrages wegen körperlicher Mißhandlung wahrscheinlich nicht einmal rechtfertigen würden?“

Ihres Amtes als Gewerbegerichts-Beisitzer enthoben sind 4 Genossen in Chemnitz. Die Kreisauptmannschaft Zwickau ist es, welche so getreulich über das Gesetz gewacht und die Enthebung verweigert, weil die Betroffenen nicht mehr, wie zur Zeit ihrer Wahl, gewerbliche Arbeiter sind und daher die Wählbarkeit verloren haben. Drei derselben haben jetzt Stellungen als Beamte von Ortskrankenkassen und der vierte ist Lagerhalter eines Konsumvereins. — Die Chemnitzer Arbeiter werden bei der Neuwahl jedenfalls dafür sorgen, daß wieder Gleichgesinnte in die Listen einrücken.

Die Stadtverordneten-Wahlen in Crimmitschau (Sachsen) sind beendet. Der Sieg ist nochmals den bürgerlichen Parteien zugefallen, freilich nicht ohne einen Tropfen sozialistischen Oels: ein Kandidat der Arbeiterklasse wurde mitgewählt. Die Wahlbeteiligung war zwar prozentual etwas schwächer als im Vorjahre, immerhin aber zeigt sich, wie dieselbe seit Eintreten der Sozialdemokratie von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Unser Zwickauer Partei-Organ veranschaulicht dies durch folgende Tabelle: Es haben gewählt:

1894 von 2390 Würgern	1740 = 74,6 pCt.
1893	2226 „ 78 „
1892	2019 „ 69 „
1891	2092 „ 70 „
1890	1824 „ 22,5 „

Bei den Stadtverordneten-Ergänzungswahlen in Pirna sind die Kandidaten der Sozialdemokraten unterlegen.

Bei der Köpener Gemeindevertreter-Wahl kamen unsere Genossen Spindler und Schulz in die Stichwahl. Wenn die Genossen es an dem nötigen Eifer nicht fehlen lassen, so dürften unsere Kandidaten in der Stichwahl den Sieg davontragen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Verleumdung eines prinzipalen Ehepaars war der Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, Edmund Fischer, am 22. Juni vom Landgericht zu 5 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Die vom Angeklagten eingelegte Revision wurde am Sonnabend vom Reichsgericht verworfen.

— Sechs Monate Gefängnis wegen Verleumdung eines Steigers und Obersteigers wurden dem Genossen Strunz, Redakteur der Vergarbeiter-Zeitung „Glück auf“, vom Landgericht in Zwickau subdiktirt. Der Vergarbeiter Köffel, der in der Verhandlung als Entlastungszeuge auftrat, wurde sofort verhaftet. Ueber die näheren Veranlassungen hierzu können wir gegenwärtig noch keine Mittheilungen machen.

Soziale Uebersicht.

Interessantes aus den Jahresberichten der preussischen Regierung- und Gewerbeämter pro 1893. Aus der Provinz Posen wird über die Wirkung der Maschinen berichtet: In der Zuckersfabrikation ist — wie überhaupt in der Großindustrie — die Tendenz sichtbar, soviel nur immer möglich die menschliche Arbeitskraft durch Maschinenarbeit zu ersetzen. Es ist daher nach Anschaffung großer sehr leistungsfähiger Maschinen dort nicht allein der Gesamtarbeiterstand gegen früher wesentlich gesunken, sondern trotz ungleich verstärkter Produktion auch die Dauer der Kampagnen meist um mehr als ein Drittel gegen frühere Jahre abgekürzt worden. Während früher die Arbeiter in den Zuckersfabriken von September bis Ende März Beschäftigung hatten, ist in diesem Jahre — und zwar bei ganz ausnahmsweise starker Gesamtproduktion — der Hauptstand von Arbeitern erst Ende September oder Anfang Oktober in Arbeit getreten und theilweise schon im Dezember wieder entlassen worden. Die Aussichten auf Arbeitsgelegenheit in den Zuckersfabriken sind hiernach für unsere hiesigen Arbeiter keine trostreichen und die Nothwendigkeit, für den Winter ernstlich auf eine lohnende Beschäftigung für diese Leute Bedacht zu nehmen, ist sicherlich um so dringender, als auch die großen Ziegeleien hiesiger Gegend, wenn sie nicht den Betrieb zeitweise ganz einstellen, doch ihr Arbeiterpersonal im Winter ganz bedeutend reduzieren. Von den inneren Fabrikverhältnissen enthielten die Jahresberichte trotz aller Schonung der Unternehmer doch manche recht kraße Thatsachen. So wird aus dem Regierungsbezirk Breslau berichtet: Die Anbringung und Servollkommnung der Schutvorrichtungen erfolgt höchst selten aus eigener Initiative der Betriebsleiter, es bedarf vielmehr der Anregung der Aufsichtsbeamten. So bestand sich in einer Dampfmühle im Bezirk Reichenbach das Schwungrad der Betriebs-Dampfmachine, durch das vor drei Jahren ein Menschenleben zu Grunde ging, gegen Ende des Betriebes noch genau in demselben ungefähren Zustande wie früher. — Bezüglich der Einrichtungen, die zur Aufrechterhaltung des Anstandes und der guten Sitte vorhanden sind, sprechen sich die Gewerbe-Aufsichtsbeamten mit Ausnahme des in Oels sehr zurückhaltend aus. Offenbar liegt auf diesem Gebiete noch viel im Argen. — Aus dem Regierungsbezirk Liegnitz wird berichtet: Eine Trennung der Anstiebsräume war in einer Zigarrenfabrik erforderlich und in nicht weniger als 21 Fabriken waren die Aborte nicht getrennt angeordnet oder es fehlte die nothwendige Bezeichnung. — Aus dem Regierungsbezirk O p p e l n wird berichtet: Die Beschaffenheit der durch besondere Bestimmungen für viele Betriebe, wie Korkereien, Zuckersfabriken, Zigarrenfabriken, direkt vorgeschriebenen Aufenthalts- und Anstiebsräume läßt noch recht viel zu wünschen übrig. Vielfach sind solche überhaupt nicht vorhanden, an anderen Stellen nur sehr dürftige, ohne Heiz- und Wascheinrichtungen. Auch die Bedürfnisanstalten sind in vielen Werken sehr mangelhaft und lassen stellenweise keinen Verstandnis der Werkleiter für selbstverständliche Pflichten gegenüber den Arbeitern erkennen, soweit Wahrung von Sitte und Anstand und insbesondere Erhaltung der Gesundheit in Frage kommen. Eine drastische Illustration zu dem eben Gesagten giebt die Abortanlage in einem neu angelegten größeren Werke. Dort befanden sich die Aborte für die Frauen und Männer in einer Reihe nebeneinander, die Thüren waren nur 1 Meter hoch, sodas sowohl von den Passanten auf dem belebten Fabrikhofe als auch von den Fenstern der Fabrik aus hineingesehen werden konnte. — Im Regierungsbezirk Merseburg und Erfurt wird auch die Lage der Aborte gerügt. So war in einem größeren Werksaale die Luft dermaßen schlecht, daß es unbegreiflich war, wie die in der Nähe der Aborte arbeitenden Weber den Geruch ertragen konnten. Auf Befragen erklärte ein alter Weber: „das muß man alles gewöhnt werden.“!! Aus dem Regierungsbezirk Magdeburg wird berichtet: Die Unterflurräume für die zugewanderten Arbeiter der Ziegeleien, Zuckersfabriken und landwirtschaftlichen Großbetriebe sind noch immer recht mangelhaft eingerichtet. Aus Schleswig wird berichtet: Bade-Einrichtungen werden selten in den Fabriken angetroffen. Es wäre zu wünschen, daß Anlagen, in welchen Staub oder widerliche Dünste entwickelt werden, allgemein mit Badezimmern versehen würden. Aus dem Regierungsbezirk Koblenz wird berichtet: Mit der Herstellung von besonderen Speiseräumen können sich die Arbeitgeber im Allgemeinen noch nicht befassen. Sie führen namentlich an, die Arbeiter würden einen solchen Raum doch nicht benutzen, da jeder ärgerlich befreit sei, seinen Nachbar nicht wissen zu lassen, was er zu Mittag esse!! — Das sind so einige Bilder aus dem Arbeiterleben!

Die Dampfkessel und Dampfmaschinen in Preußen haben in den Jahren von 1885 bis 1894 eine stete Vermehrung gefunden. Es betrug nämlich in Preußen:

zu Anfang	feststehenden		die Zahl der beweglichen	
	Dampf-kessel	Dampf-maschinen	Dampf-kessel	Schiffs-Dampf-maschinen
1885	41 421	38 830	9 191	1211
1886	42 956	40 308	10 101	1812
1887	44 207	41 736	10 891	1408
1888	45 375	43 370	11 571	1451
1889	47 151	45 192	12 177	1836
1890	48 538	46 554	12 822	2046
1891	49 914	48 440	13 769	2215
1892	51 470	50 491	14 706	2246
1893	53 092	53 029	15 725	1935
1894	55 005	57 224	14 880	1726

Weht aus der obigen Tabelle hervor, daß die Zahl der Dampfmaschinen seit 1885 erheblich stieg, so hat sich doch die Leistungsfähigkeit dieser Maschinen in noch weit stärkerem Maße gehoben, wie folgende Angaben ergeben lassen:

zu Anfang	Zahl der Pferdestärken der beweglichen Dampfmaschinen		Schiffs-Dampfmaschinen
	feststehenden	beweglichen	
1885	1 221 884	88 000	101 349
1894	2 172 250	147 180	219 769

Der Verein schweizerischer Eisenbahn-Angestellten beschloß in einer Generalversammlung in Bern, eine auf Verstaatlichung der Eisenbahnen zielende Volkinitiative eifrig zu unterstützen.

Gewerkchaftliches.

Achtung, Posamentierer! In Ebersfeld ist über die Firma Friedrich Schubert wegen Einführung der Akkordarbeit die Sperre verhängt worden. Den Arbeitern, welche bisher auf Wochenlohn von 18 M. arbeiten, ist es nicht möglich, bei Einführung des Akkordsystems nach besten Kräften mehr als höchstens 12 M. die Woche zu verdienen. Sieben Arbeiter sind ausgeperrt und sämtlich organisiert. Zugang ist streng fernzuhalten.

Der Streik der Korbmacher in Gröplingen bei Bremen gestaltet sich für die Streikenden immer günstiger. Dem Fabrikanten Herrn Bärjen wächst die Arbeit über den Kopf, so daß in nächster Zeit zu erwarten ist, daß den Forderungen der Arbeiter auf Zurechtung des schlechten Materials nachgegeben werden muß. — Der Zugang ist streng fern zu halten.

Die Leipziger Buchdrucker nahmen in einer sehr gut besuchten Versammlung nach einem Referat des Kollegen Riedel gleichfalls Stellung gegen die Gründung einer Invalidenkasse seitens der Prinzipale. In einer hierauf bezug nehmenden Resolution heißt es: Bezüglich der Unterstützungsstellen des Deutschen Buchdrucker-Vereins erklärt die Versammlung im besonderen, daß diese Stellen, deren Bankrott schon heute mit Bestimmtheit vorauszusehen ist, als ein Knebelungsmittel der Gehilfenschaft dienen soll und deren Bestand deshalb als eine Verleumdung der Gehilfenschaft anzusehen ist, und daß diese es mit ihrer Ehre für nicht vereinbar hält, einer solchen Kasse als Mitglied anzugehören und deshalb die Kasse unter allen Umständen zu meiden hat.

Die heute in der Zentralsalle versammelten Buchdrucker-Gehilfen Leipzigs protestiren mit aller Entschiedenheit gegen die Eingabe unserer Prinzipale an das königl. sächsische Ministerium und beauftragen das Bureau der heutigen Versammlung, eine Gegeneingabe an das Ministerium zu richten, in welcher die verschiedenen Unrichtigkeiten, welche sich unsere Prinzipale gegen uns erlaubt haben, richtig zu stellen sind.

Die holländischen Typographen befinden sich in einem Aufstand zu Gunsten des Minimaltarifs.

Versammlungen.

Im Klubhause zu Friedenau hatten sich am Montag Abend die Genossen von Steglitz-Friedenau mit ihren Frauen in großer Zahl eingefunden; angekündigt war ein Vortrag des Genossen W. Liebknecht über: Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. Im Laufe seiner Rede, der lange anhaltender Beifall folgte, berührte der Referent auch die Organisation der dortigen Genossen, den Arbeiterbildungsverein, und sprach sich mißbilligend über die Theilnahmlosigkeit der Mehrzahl der Arbeiter diesem Verein gegenüber aus. Der Redner hofft, daß die Erkenntnis bald allgemein auch in diesen Kreisen Platz greife, daß es für jeden Arbeiter unerlässlich sei, eine möglichst große Summe von Wissen in sich aufzunehmen. Auf eine Anfrage hin äußerte sich der Vortragende gleichfalls mit kurzen Worten zu der Kontroverse über den letzten Parteitag. In die Einzelheiten will er nicht eingehen. Er hält sich aber für verpflichtet, zu erklären, daß die Behauptung Bebel's, die Partei verläge und sei geistig zurückgegangen, entschieden falsch und nur aus augenblicklichem Anmuth zu erklären sei. Ein Vergleich unserer Presse und Literatur von heute mit unserer Presse und Literatur vor dem Sozialistengesetz ist die gründlichste Widerlegung dieser Ansicht. Die Partei ist nicht nur in die Breite, sie ist auch in die Tiefe gewachsen; und sie hat zu keiner Zeit intellektuell so hoch gestanden wie jetzt. Und gerade die geistige Schulung ist das beste Bindemittel. Die durch Bebel hervorgerufene Diskussion kann uns nicht schaden, sie kann die Einheitlichkeit der Partei nur steigern. (Lebhafte Beifall.)

Seine anerkennende Ansicht brachte der Genosse Kaspar Steglitz in längeren Ausführungen über den Parteitag zur Geltung; er brach aber selber ab, weil die Versammlung ungeduldig wurde. In einer Resolution, welche keinen Widerspruch fand, bebandete die Versammlung die Absicht, dem Arbeiter-Bildungsverein neue Mitglieder zuzuführen. Nach Erledigung einer persönlichen Angelegenheit, die das Verhältnis Kaspar's zu dem Schankwirth Gutkin betraf, traten der Erstere und in gleicher Weise der Genosse Schulz mit Wärme nochmals für die Zwecke und Ziele des Bildungsvereins ein und ermunterten zum Beitritt. — Den Ueberschuß der Tagessammlung überwies man den ausgesperrten Brauerei-Arbeitern.

Depeschen.

Privat-Telegramm des „Vorwärts“. Gera (Neuh), 20. November. Bei den Gemeinderathswahlen in Gera wurden 11 Sozialdemokraten und 5 Gegner, in Dessau 9 Sozialdemokraten gewählt.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.) Hamburg, 20. November. In der vergangenen Nacht brach in einem Hause in der Adaltsstraße Feuer aus; sieben Personen wurden verletzt. Ein Kind, welches ebenfalls verwundet wurde, ist infolge der erhaltenen Verletzungen gestorben.

Wien, 20. November. Kladderadatsch-Affäre. Der Gerichtshof verurtheilte Dr. Kiefer und Kestler zu je 2 Monaten Gefängnis und Zimmermann zu 150 M. Geldstrafe.

Wien, 20. November. In dem im Bau begriffenen Gouvernements-Palais stürzten heute zwei Säulen ein, wodurch die inneren Mauern niedergedrückt wurden. Zahlreiche Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben; 5 Tode und 12 Verwundete sind herausbefördert worden. Die Zahl der Verletzten ist unbekannt, die Bergung derselben ist sehr schwierig, man befürchtet, daß alle todt sind. Die Behörden eilten sofort an die Unglücksstätte, wo sich eine große Menschenmenge angeammelt hat; in der Stadt herrscht große Aufregung.

(Depeschen-Bureau Gerold.) Wien, 20. November. In parlamentarischen Kreisen zirkuliren Gerüchte über eine Ministerkrise; man spricht u. a. von dem bevorstehenden Rücktritt Plener's und Wurmbbrand's.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Die Kommission für Arbeiter-Statistik

hat in ihrer Sitzung, welche in der Zeit vom 9. bis 20. November stattfand, und über die Lage der Kellner und Kellnerinnen berathen hat, beschlossen, daß das Material, welches durch die Umfrage durch Fragebogen gewonnen ist, weiter ergänzt werden soll. Die Ergänzung soll dahin gehen, daß bei den weiteren Erhebungen auch die in Gast- und Schankwirtschaften beschäftigten Köche, Köchinnen und Mamsells befragt werden. Die weiteren Erhebungen sollen hier in derselben Weise wie bei den Bäckern und den Handlungsgehilfen vorgenommen werden. Es wird beabsichtigt, an 50-70 Organisationen einen Fragebogen zu senden, in welchem die Mitglieder der Organisationen aufgefordert werden, ein Gutachten darüber abzugeben, ob nach ihren Ansichten die gegenwärtige Arbeitszeit die Gesundheit, das Familienleben und die Sittlichkeit der Angestellten schädigt. Ferner, ob es erwünscht und durchführbar ist, die Arbeitszeit zu beschränken und ob besondere Schutzbestimmungen für Lehrlinge und jugendliche Personen erlassen werden müssen. Gleichzeitig werden die Krankenkassen, in denen im Gastwirthsgewerbe beschäftigte Personen in großer Anzahl als Mitglieder vertreten sind, aufgefordert werden, darüber Aufschluß zu geben, wie viele Kellner oder Köche Mitglieder der Kasse sind, wie viele von diesen Personen erkrankten, an welchen Krankheiten sie litten, wie viele von den Erkrankten starben und an welchen Krankheiten die Betroffenen gestorben sind. Die Berichte der Krankenkassen werden dem Reichs-Gesundheitsamt überwiesen, damit dieses ein Gutachten abgeben kann, ob die Krankheiten auf Ueberanstrengung im Beruf zurückzuführen sind. Wenn diese Berichte eingegangen sind, wird die Kommission darüber zu beschließen haben, ob und welche Maßregeln zu ergreifen sind, um die ermittelten Mißstände zu beseitigen.

Den größten Theil der Sitzungen nahm der dritte Punkt der Tagesordnung, die Verhäre der 84 von den kaufmännischen Vereinen vorgeschlagenen Auskunftspersonen in Anspruch. Einen Umriss, wie die tatsächliche Lage der in Ladengeschäften Angestellten ist, hatten die statistischen Erhebungen ergeben, ein Kolort erhielt das Bild durch diese Verhäre. Leicht erklärlich ist es, daß die Vernommenen zum größten Theile in Geschäften angestellt oder thätig sind, die man als die Besten bezeichnen kann. Denn der Gehilfe, welcher die längste Arbeitszeit und die schlechteste Behandlung hat, ist in den meisten Fällen kein Mitglied dieser Vereine und wenn er es ist, spielt er doch keine so hervorragende Rolle, daß man ihm solche Missionen zu erfüllen giebt. Die Verhäre wurden stenographisch aufgenommen und werden demnächst veröffentlicht werden. Aus den Verhären ging hervor, daß die lange Arbeitszeit nicht nur als eine Nachzeit aufzufassen ist, sondern, daß oft während der ganzen Ladenzzeit von dem Gehilfen oder Lehrling gearbeitet werden muß. Wenn von Prinzipalen über die mangelhafte Ausbildung der jungen Kaufleute oft bittere Klage geführt wird, so sind für diesen Mangel nicht die jungen Leute, sondern deren sogenannte Lehrherren verantwortlich zu machen. Es wurde mitgetheilt, daß in den östlichen Provinzen die Kaufleute in ungeheurer Eile von Morgens 5 Uhr bis Abends 10 Uhr und länger ohne Unterbrechung arbeiten müssen.

Die Frage, ob den Lehrlingen Zeit und Gelegenheit zur weiteren Ausbildung gegeben werden müsse, wurde von fast allen Auskunftspersonen bejaht. Ueber die Regelung der Arbeitszeit der Gehilfen waren die Ansichten getheilt, hierbei kamen durchweg die Anschauungen zur Geltung, welche von den Vereinen in ihren Gutachten abgegeben sind. Einzelne traten für einen 12 stündigen Maximal-Arbeitszeit ein, die Mehrheit war für eine Schlußstunde für das ganze Reich, ein großer Theil wollte eine Schlußstunde, verlangte aber viele Ausnahmen. Sie verlangten, wenn die Geschäfte im Allgemeinen um 8 Uhr geschlossen werden, daß dann Zigarren-Läden, Milch-, Brot- und andere Lebensmittelgeschäfte bis 9 Uhr geöffnet sein müssen, um den Angestellten der übrigen Geschäfte Gelegenheit zu geben, nach Ladenschluß noch einzukaufen zu können. Ebenfalls wurden Ausnahmen für gewisse Zeiten verlangt, so für die Sonnabende, für die Weihnachts-, Oker- und Pfingstzeit, für Markttage und Messen und oft in so ausgedehntem Maße, daß die Ladenschlußstunde nur für zwei Drittel des Jahres gelten würde.

Die Mehrheit der Auskunftspersonen war dafür, daß die Paragraphen des Handelsgesetzbuchs über die Kündigungsfristen dahin abgeändert werden, daß die Kündigungsfrist für beide Theile gleich sein und im Minimum 1 Monat betragen müsse.

Auch wurde es von der übergroßen Mehrheit der Auskunftspersonen als ein Mißstand empfunden, wenn in Kontrakten den Gehilfen es bei hoher Konventionalstrafe untersagt ist, nach Beendigung des Engagements in ein Konkurrenzgeschäft einzutreten.

Die vernommenen Packer, Geschäft- und Hausdiener wußten ebenfalls über viele Mißstände in ihrem Beruf zu berichten und stellten die gewiß bescheidene Forderung, daß für sie ein 12 stündiger Maximalarbeitszeit und eine zweistündige Pause bewilligt werden.

An die Vernehmungen schloß sich eine längere Aussprache der hinzugezogenen Sachverständigen mit den Mitgliedern der Kommission an. Bestimmte Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, da die Mehrheit der Kommissionsmitglieder der Meinung war, daß erst die Verhäre der Vernehmungen gedruckt vorliegen müssen, bevor man in der Lage sei, sich ein Bild über die Verhältnisse und über die Interessen zu machen, welche bei der Gesetzgebung berücksichtigt werden müssen. Erst dann, wenn diese Verhäre vorliegen, sollen die Referenten in Verbindung mit den Vertretern des Reichsamts des Innern einen Entwurf ausarbeiten, der als Grundlage bei den weiteren Verhandlungen dienen soll. Allseitig wurde anerkannt, daß die statistischen Erhebungen sowie die weiteren Ermittlungen bewiesen hätten, daß im Handelsgewerbe Mißstände bestehen, die dringend der Abhilfe bedürfen.

Lokales.

Die Liste der boykottfreien Gastwirthe und Restaurateure wird der am Sonnabend erscheinenden Nummer des „Vorwärts“ wieder beigelegt werden. Veränderungen in der Liste müssen von den hierzu beauftragten Kontrolleuren bis spätestens Freitag Vormittag 10 Uhr in der Druckerei von Max Bading, Beuthstraße 2, Hof 3 Treppen, abgeliefert werden.

Berliner Lokalliste.

1. Wahlkreis. Köllig, Neue Friedrichstr. 44.
2. Wahlkreis. Zubeil, Lindenstraße 106. Specht, Markgrafenstr. 23. Kraß, Schönleinstr. 6.
3. Wahlkreis. Möring, Admiralstr. 18a. Schneider, Annenstr. 16. Wienecke, Alte Jakobstr. 83. Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a. Schmiedel's Festfäße, Alte Jakobstr. 82. Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Dranienballen, Dranienstraße 51. Stehmann, Melchiorstraße 15. Schönherr, Admiralstr. 38.
4. Wahlkreis (Osten). Rebellin, Langestraße 108. Tempel, Langestr. 65. Rieft, Weberstr. 17. Bolzmann, Lichtenbergerstr. 16. Heise, Lichtenbergerstr. 21. Fiebig, Große Frankfurterstr. 23. Breuer, Große Frankfurterstr. 74. Busch, Große Frankfurterstr. 85. Albrecht, Memelerstr. 67. Wille, Andreasstr. 26. Gynjum, Landsberger Allee 40/41. Göbel, Landsberger Allee. Feindt, Weinstr. 11. Robert Schneider, Proskauerstraße. Gesellschaftshaus, Rüdersdorferstraße. Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72. Keller, Kopenstraße. Freischuh, Fruchtstraße.
4. Wahlkreis (Süd-Osten). Ulrich, Waldemarstraße 75. Döberlein, Mariannenstraße 31/32. Rau, Staligerstr. 126. Hoffmann, Dranienstr. 180. Sanssouci, Kottbuserstr. 4a. Koll, Adalbertstr. 21. Saueremann, Adalbertstr. 8. Henke (Kenz), Raunowstr. 27.
5. Wahlkreis. Bräning, Rosenthalerstr. 12. Neumann, Liniestr. 19. Reißner, Liniestr. 142. Buhle (Seefeld) Genadienstr. 33.
6. Wahlkreis. Jägerhaus, Schönhauser Allee. Frölig, Schönhauser Allee. Kelle, Schönhauser Allee 28. Schneider's Gesellschaftshaus, Belforterstraße 14. Stämme, Ackerstr. 123. Neumann, Tonhalle, Basenwallerstraße 3. Gähner, Söwinmünderstr. 35. Grändel, Brunnenstr. 188. Feiß, Brunnenstr. 196. Behlich, Bergstraße 12. Reichert, Müllerstr. 7. Kolberger Salon, Kolbergerstraße. Wille, Hochstraße. Kranz, Viktoria-garten, Labstraße, Gesundbrunnen. Hochstadt-Kasino, Gerichtstraße. Viktoria-Salon, Perlebergerstraße 13. Moabit. Wedding-Kasino.

Alle Zuschriften, die Lokalliste betreffend, sind an den Unterzeichneten zu richten.

Die Lokalkommission.

J. A. Carl Scholz, Brangelstr. 32.

Weißbier-Brauereien und Bierboykott. Zu den Nutznießern des Berliner Bierboykotts gehören auch die Berliner Weißbier-Brauereien. Als der Bierkrieg gegen die Bayerische Bier-Brauereien, soweit sie dem „Ringe“ angehören, hier selbst ausbrach, war es ganz naturgemäß, daß sich der Konsum in ganz bedeutend gesteigertem Maße dem Weißbier zuwandte, da ein hinreichender Ersatz für das bayerische Bier anfangs nicht vorhanden war. Auch jetzt, da der Bedarf an boykottfreiem bayerischen Bier vollausgedeckt werden kann, wird noch Weißbier in gesteigertem Maße, d. h. über das gewöhnliche Maß hinaus konsumirt, zum nicht geringen Theile aus dem Grunde, weil die Arbeiter noch vielfach in die Zwangslage verlegt sind, Weißbier zu trinken, um dem Trinken von Boykottbier aus dem Wege zu gehen. Es sei hier nur an große Fabriken erinnert, z. B. die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, in denen neben Ringbier auch Weißbier geführt und dieses von den Arbeitern bevorzugt wird. Ein derartiger Massenkonsum muß sich bei den Weißbier-Brauereien wohl bemerkbar machen und befruchtend auf die finanzielle Lage derselben wirken. Diese Annahme wird denn auch voll und ganz bestätigt durch die Geschäftsberichte einzelner Brauereien, wie sie zur Zeit vorliegen. Da ist zunächst die Weißbier-Altienbrauerei vormalig S. A. Völle. Von dieser wurden dem Geschäftsberichte zufolge 14 820 Zentner Malz gegen 13 560 Zentner im Vorjahre verbraucht. Der erzielte Gewinn hat sich dementsprechend ebenfalls erhöht. Während derselbe im Vorjahre 37 711 M. betrug, stellt sich derselbe im abgelaufenen Geschäftsjahre auf 53 389 M. Infolge dessen ist die Brauerei auch in die Lage verlegt, an Tantime 5731 M. gegen 851 M. im Vorjahre und 33 750 M. = 4 1/2 pCt. gegen 15 000 M. = 2 pCt. als Dividende vertheilen zu können. — Die Berliner Weißbier-Brauerei Altien-Gesellschaft (Geride) erzielte nach dem zur Vorlage gelangten Geschäftsberichte einen Bruttogewinn von 72 503 M. gegen 57 500 M. im Vorjahre. Davon können 6419 M. zu Tantimenabgaben und 52 700 M. = 8 1/2 pCt. gegen 6 1/2 pCt. im Vorjahre zur Dividendenzahlung verwendet werden. Der Abschlag betrug 24 590 Hektoliter gegen 22 668 Hektoliter im Vorjahre. — Die Berliner Weißbier-Brauerei Altien-Gesellschaft, vormalig Karl Landré, hat ihre sofort zahlbare Dividende sogar auf 10 1/2 pCt. festsetzen können. Der diesbezügliche Geschäftsbericht konstatirt obendrein die Thatsache, daß der Absatz in den ersten beiden Monaten des neuen Geschäftsjahres gegenüber dem Vorjahre sich eher noch etwas vermehrt als vermindert habe. Hierin dürfte eine Bestätigung der Richtigkeit unserer eingangs kundgegebenen Annahme, daß der Weißbierkonsum auch weiterhin über das gewöhnliche Maß hinaus andauert, zu finden sein. Außer allem Zweifel aber dürfte es liegen, daß die Weißbier-Brauereien ihre gesteigerten finanziellen Ergebnisse lediglich dem Boykott der Banerisch-Brauereien, der Berliner Ringbrauereien, zu verdanken haben. Wenn dem aber so ist, so ist für wahr nicht zu ersehen, was die Weißbier-Brauereien für ein Interesse daran haben sollten, den Sirenensolungen der Herren Rösche und Genossen Folge zu leisten und dem „Ringe“ beizutreten und dadurch die finanziellen Vortheile mit finanziellen Verlusten zu vertauschen. Die erhöhten Dividenden dürften auf die Weißbier-Brauereien eine ungleich größere Anziehungskraft ausüben, als die platonische Liebe der Herren Kollegen vom „Ringe“, und wenn von einer Wohlgenetheit der Weißbier-Brauer, dem „Ringe“ beizutreten, fabulirt wird, so dürfte diese Version mehr dem Wunsche als dem Vater des Gedankens, als den Thatsachen entsprechen.

Zur Lokalliste. Gastwirth Kleeblatt wohnt nicht Dörlherstraße 6, sondern Röriger Ufer 6. Köchler, Dranienburgerstraße 169, schänkt ringsherum Bier. Durch ein Versehen ist Köchler aus der letzten Liste ferngeblieben.

Zum Besten der angepörrten Brauerei-Arbeiter veranstaltet der Gefangenen-Liedesfreier I am nächsten Sonnabend in Fiebig's Ball-Salon, Große Frankfurterstraße 28, ein Konzert, dem sowohl in Hinsicht auf das gutgewählte Programm als auch des wohlthätigen Zweckes wegen ein zahlreicher Besuch zu wünschen ist.

Ueber die Regelmäßigkeiten wird seit einiger Zeit in den Spalten der „Vossischen Zeitung“ dabattirt. In der Dienstags-Nummer bestreitet ein Regelmäßig-Besitzer in einer Zuschrift die von dem genannten Blatt über Dauer, Schwere und Bezahlung

der Thätigkeit dieser Jungen gebrachten Angaben. Zu der Behauptung, daß sie „körperlich und geistig verkommen“, sagt er, daß er „aus eigener Erfahrung und aus dem Munde vieler doch gewiß hierin ein Urtheil besitzender Gemeindelehrer das Gegentheil vernommen habe, daß nämlich gerade die Regelmäßigkeiten durch ihre gesunde Beschäftigung eine auffallende körperliche wie auch geistige Entwicklung zeigten“. Das wäre allerdings neu! Wie jedermann weiß, ist gerade in den Kreisen der Berliner Gemeindefchullehrer seit langer Zeit darüber gellagt worden, daß die Beschäftigung von Schullindern in den späten Abend- oder in den frühen Morgenstunden den Erfolg des Unterrichts schwer beeinträchtigt. Die Frage, wie dem zu steuern sei, hat auch mehrere Jahre hindurch die Schulkommissionen, die Schuldeputation und die Polizei lebhaft beschäftigt. Soviel wir wissen, ist infolge dessen die Beschäftigung von Schullindern wenigstens nach 10 Uhr Abends thätig, auch für die Regelmäßigkeiten verboten worden. In der Schulkommissionsvorsitzer-Versammlung vom 18. November 1890 ist beschlossen worden, „der Schuldeputation zur geeigneten Beachtung zu empfehlen, daß möglichst Vorsorge getroffen werde, den Handel, das schulpflichtige Kinder mit Blumen, Zündhölzern u. in Bierlokale betreiben, sowie das Ausräumen von Zeitungen und Frühlindern durch dieselben unmöglich zu machen“. Darauf konnte in der Vorsitzer-Versammlung vom 17. Februar 1891 der Kommissar der Schuldeputation mittheilen, daß man auf Veranlassung der Versammlung beim Polizeipräsidenten vorstellig geworden sei, und daß dieses eine erneute Bekanntmachung in bezug auf die Verwendung schulpflichtiger Kinder im Hausirhandel erlassen, dieses Verbot auch auf das Ausräumen von Zeitungen durch Kinder erweitert habe. In der Versammlung vom 21. Februar 1893 theilte dann der Kommissar mit, daß die Polizei bei der Schuldeputation angefragt habe, ob diese Polizeiverordnung länger aufrecht erhalten werden solle, worauf die Versammlung, der die Anfrage von der Deputation zur Begutachtung unterbreitet worden war, nicht nur fernere Aufrechterhaltung empfahl, sondern sogar bat, den Gewerbetreibenden im allgemeinen Beschäftigung von Schullindern vor 6 Uhr Morgens zu verbieten. In der Versammlung vom 16. Mai 1893 wurde dann weiter mitgetheilt, daß die Verordnung aufrecht erhalten worden sei, aber dem Antrage, auch das Ausräumen von Milch und Nachwaare in den Morgenstunden zu verbieten, „glaube die Schul-Deputation nicht nachkommen zu dürfen, weil sie darin einen Eingriff in die Rechte der Eltern sehe.“

Seitdem ist die Angelegenheit nicht wieder erörtert worden, wenigstens haben wir in den durch die Schuldeputation veröffentlichten Protokollen der später abgehaltenen Versammlungen nichts darüber gefunden. Die Polizeiverordnung muß also noch bestehen. Oder sollte sie doch wieder aufgehoben sein? Es scheint beinahe so; denn sonst würde sich ein Regelmäßig-Besitzer wohl kaum öffentlich rühmen, daß er seine Regelmäßigkeiten bis gegen Mitternacht beschäftigt, und daß diese Jungen infolgedessen „eine auffallende körperliche wie auch geistige Entwicklung zeigten“.

Gegen die in Berlin gegründeten Unfallkassen der Berufsvereine wendet sich sowohl die „Medizinische Reform“ in einer Reihe fortlaufender Artikel, als auch die Versammlungen unserer Ärzte. Nach den Angriffen der oben erwähnten medizinischen Zeitschrift sind die Unfallkassen weniger zur schnellen Hilfeleistung bei Unglücksfällen geschaffen, als zur Spekulation für einzelne Personen. „Nothverbände“, so sagt die „Reform“, welche einem verunglückten Patienten auf der Unfallkassen angelegt werden, könne jeder Heilgehilfe ebenso gut zu Stunde bringen. Wie der Verunglückte auf den Unfallkassen behandelt werde, schildert die „Medizinische Reform“ in einer Reihe von Beispielen, aus denen wir einzelne Fälle entnehmen: „Ein Patient bringt sich bei der Arbeit eine Stichverletzung bei, durch welche die Schlagader durchschnitten wird; der Verwundete erhält auf der Unfallkassen Verband, ohne daß die Schlagader unterbunden wird. Der Zustand des Verletzten verschlimmert sich nun derartig, daß derselbe auf Anrathen eines hinzugezogenen Arztes die Klinik aufsuchen muß, wofür ein dem verletzten Gliede eine schwere Operation vorgenommen werden muß. — Ein Arzt wird zu einem Brauer, der sich den Fuß verrenkt hat, gerufen; als er am Tage darauf den Patienten besucht, findet er ihn nicht zu Hause. Man hatte den Kranken einfach nach der berufs-gesellschaftlichen Unfallkassen geschleppt. Ein Arbeiter M. batte sich in einer Brauerei eine Verletzung zugezogen und ließ sich von Dr. F. verbinden. Auf der Unfallkassen in der Fleißburgerstraße wurde ihm der Verband als nicht ordnungsgemäß abgenommen und erneuert. Der Zustand des Arbeiters verschlechterte sich, er begab sich wieder zu Dr. F., welcher ihn weiter behandelte, und der Patient weigerte sich, die Unfallkassen wieder aufzusuchen. Jetzt aber trat die Berufs-gesellschaft dazwischen und wollte den M. zwingen, sich auf der Unfallkassen weiter behandeln zu lassen, widrigenfalls der Patient im Invaliditätsfalle keine Rente erhalten werde. M. hielt es aber trotzdem für richtig, die Unfallkassen zu meiden und ist auch ohne deren Hilfe gesund.“

Im städtischen Krankenhaus am Urban wurden im Jahre 1893/94 735 Kranke verpflegt, wovon 491 aus 1892/93 übernommen und 7244 in 1893/94 neu aufgenommen wurden. Von letzteren wurden 2493 (34 1/2 pCt.) auf eigene Meldung, 804 (11 pCt.) auf Veranlassung der Armenverwaltung, 636 (9 pCt.) auf Veranlassung der Dienstherrschafft, 192 (2 1/2 pCt.) auf Veranlassung der Polizei, 3119 (43 pCt.) auf Veranlassung der Krankenkassen aufgenommen. Krankenkassen-Mitglieder waren also beinahe die Hälfte. Unterscheidet man die Kranken in männliche und weibliche, so wurden von 4061 männlichen allein 2418 (60 1/2 pCt.), aber von 8138 weiblichen nur 701 (22 1/2 pCt.) auf Veranlassung von Krankenkassen aufgenommen. Unter den 4061 männlichen waren, außer 484 Kindern und 59 ohne Angabe, 73 Almosenempfänger, 906 Arbeiter, 1630 Handwerker (augenscheinlich meist Gehilfen), 137 Hausdiener, 154 Rutscher, 56 Kellner u. s. w. u. s. w.; unter den 8138 weiblichen waren, außer 390 Kindern und 105 ohne Angabe, 181 Almosenempfängerinnen, 473 Arbeiterinnen, 258 Arbeiterfrauen, 83 Arbeiterwitwen, 1012 Dienstmädchen, 280 Handwerkerfrauen, 78 Handwerkerwitwen, 40 Verkäuferinnen u. s. w. u. s. w. Dagegen sind die Bessersituirten mit ganz geringen Zahlen vertreten; wer es sich leisten kann, geht meist, wenn es die Krankheit irgend erlaubt, die Pflege im Hause der Anstaltsärzte vor. Von 7244 Behandelten starben 1209 (15 1/2 pCt.). Von diesen starben schon in den ersten 6 Tagen 632, und von diesen wieder vor Ablauf der ersten 24 Stunden 85, nach einem Tage 184 u. s. w. Die Beschäftigung in den städtischen Krankenhäusern ist bekanntlich von einigen als vorzüglich, von anderen wieder als schauerhaft bezeichnet worden. Das mag daran liegen, daß die Diätform sowie

die Waage und Güte der verordneten Extradiät bei verschiedenen Krankheiten verschieden ist. Die Krankenbelästigung erforderte pro Kopf täglich 75 Pf., wovon 49 1/2 auf die „regulativmäßige“ Kost und 25 1/2 auf die „Extradiät“ kamen. Bei Verteilung auf die verschiedenen Diäten ergeben sich für Form I 57 1/2, für Form II 48 1/2, für Form III 38, für Form IV 34 1/2 Pf. Wer nach Form III oder IV belästigt wird und wenig oder keine „Extradiät“ bekommt, kann allerdings nicht fett werden.

Ueber den Hängeboden als Dienstmädchengelast lesen wir im „Berliner Lokal-Anzeiger“: „Die unter dem Namen „Hängeboden“ bekannten Schlafräume sind eine architektonische Brutalität. Aber die gutmütigsten Herrschaften bedienen sich ihrer für ihre Dienstmädchen, weil eben die bannmeisterliche Fürsorge in Berlin für Dienstmädchengelast eine ästhetischere und den hygienischen Gesetzen entsprechendere Form als die der „erböhten“ Hundebetten aufweisen nicht zu finden vermochte. Der „Hängeboden“ ist ein Kind der raumparenden Berliner Baupopulation, nicht der hausfraulichen Herzensrohheit.“ Also sie können nicht anders, die „gutmütigen“ Herrschaften, sie müssen die Mädchen auf den Hängeboden schicken, auch wenn ihnen das Herz das warme, dabei blutet. Der Mann hat Recht, — sie können wirklich nicht anders. Die Räume im Vorderhause müssen ja als „Salons“ eingerichtet und für Gesellschaften reserviert werden; die Räume im Seitenflügel braucht man für Schlafzimmer, Schlafstuben, Ankleidekabinen, Küche, Vorrathskammer, Badelabiet u. s. w.; die Räume im Quergebäude, ja die gehören leider den Kindern, von denen doch eigentlich jeder, sobald es in das rechte oder zehnte Lebensjahr tritt, schon sein eigenes kleines Zimmerchen haben muß. Was kann unter diesen Umständen für die Köchin, das Stubenmädchen, die Kinderfrau übrig bleiben? Natürlich nichts, wenigstens kein es von den Zimmern. Knapp, daß man für die Schwestern ein es erbringt hat. Die Köchin und die Kinderfrau schaffen natürlich mit den Jungfrauen zusammen, aber dem übrigen Personal kann die „gutmütige“ Hausfrau beim besten Willen nichts anderes einräumen, als eine „fliegende“ Bettstelle in der Küche, einen Strohsack auf dem Hängeboden oder — auch das soll in Berlin vorgekommen sein — in dem Badelabiet ein Lager in der Badewanne. Es ist wirklich bloß „architektonische“ Herzensrohheit, nicht etwa hausfrauliche. Da sieht man, was bei der „raumparenden Berliner Baupopulation“ und bei einer zu weit getriebenen „bannmeisterlichen Fürsorge“ heraustritt. Selbst die „gutmütigsten“ Herrschaften zwingen sie, ihre Dienstmädchen nicht viel besser als ihren Hund zu betten — — — doch Scherz bei Seite! Es gehört nicht nur eine tüchtige Portion Rohheit dazu, einen Diensthofen so zu betten, wie es viele Berliner Hausfrauen thun, sondern mindestens ebenso viel Unverschämtheit, diese Rohheit so zu beschützen, wie es das erwähnte Blättchen versucht. Das Wunderlichste an der Sache ist, daß dieser dreiste Versuch, jene herzensrohen Hausfrauen weiszuwaschen, in einem dem Fall „Verlach“ behandelnden Artikel gemacht wird, dessen Verfasser darin vorher sein vorgeschriebenes Persum an Entrüstung über die Brutalität des so großartigsten Oberförster-Ghepaars abfolvert. Hinterher wird sogar behauptet, in Berlin seien die meisten Dienstmädchen dermaßen genuschlicht, verwöhnt und gleichgültig gegen ihre Pflichten, daß in sehr, sehr vielen Fällen nicht das Mädchen, sondern die Herrschaft der leidende und lüdnende Theil sei. Wollte der Artikelschreiber die Waschweiber, die das Blättchen lesen, und von denen manche auch etwas von einer Frau Verlach an sich haben mag, nach der immerhin bedenklichen Entrüstung über dieses Schensal wieder ausföhnen?

Befuch vom Alexanderplatz erhielt gestern Mittag der Genosse Krüger, der Vertrauensmann des 5. Wahlkreises. Zwei Kriminalbeamte betreten gegen 1 Uhr das Lokal Krüger's und stellen an ihn das Verlangen, ihnen zum Polizeipräsidenten zu folgen, was selbstverständlich verweigert wurde, da ein schriftlicher Haftbefehl nicht vorgezeigt werden konnte. Es blieb nichts übrig, als vom nächsten Polizeirevier einen uniformirten Beamten zu Hilfe zu holen, worauf dann die Eskortierung vor sich ging. Man entließ ihn dann ohne jedes Verhör, so daß Krüger jetzt noch nicht weiß, warum man ihn so plötzlich vom Mittagessen fortholte.

Ueber eine Konfiskation weiß die „Staatsbürger-Zeitung“ zu berichten: Beschlagnahme wurde in einer Buchdruckerei in der Neuen Schönhauserstraße von dem Kriminalkommissar Schöne eine größere Anzahl (etwa 6000) Arbeiter-Viederbücher. Eine Sammlung sozialdemokratischer Lieder und Vorträge. Die beschlagnahmten Bücher stammen aus der Buchdruckerei von Schimmer, Brunnenstr. 164, und enthalten falsche Angaben über Druck und Verlag. Uns ist über die Konfiskation nichts näheres bekannt.

Ein eigenartiges Liebesdrama hat sich am Montag Nachmittag um 12 1/2 Uhr in dem Hause Kleine Markusstraße 4 abgespielt. Der 18 jährige Richard Ringeltaube, der in der Fruchtstraße 24 bei den Eltern wohnte, war vor längerer Zeit mit der um ein Jahr jüngeren unverheirateten Emma Jahn ein Liebesverhältnis eingegangen. Die Jahn gab sich nach und nach einem leichtsinnigen Lebenswandel hin und kam auch mit der Polizei in Berührung. Aus dieser Veranlassung entstanden Zwistigkeiten zwischen beiden, in deren Verlauf Ringeltaube am Montag Morgen die Jahn aus der Straße überfiel und mißhandelte. Später erschien er vor der Wohnung des Mädchens Kleine Markusstr. 4, bat vor der verschlossenen Thür um Verzeihung und verlangte Einlaß. Da sich aber die Jahn fürchtete, weil Ringeltaube schon vor einigen Tagen gedroht hatte, daß er erk sie und dann sich erschießen werde, so versagte sie ihm den Eintritt. Gleich darauf fiel auf dem Treppentritt ein Schuß. Der jugendliche Liebhaber hatte sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe gejagt und war gleich tot liegen geblieben. Die Leiche ist nach dem Schauhause gebracht worden.

Ein zweiter Selbstmord eines jungen Mannes wird in folgendem gemeldet: Der 19jährige Buchbinder Alwin Große, der Wilhelmstr. 120 bei Triller wohnte, kehrte am Montag Nachmittag gegen 2 Uhr von der Arbeitstätte nach Hause zurück, suchte gleich darauf einen entlegenen Ort auf und erschoss sich mittels eines Revolvers. Ein bestimmter Grund für die That wird nicht angegeben.

Schumann und Feuerwehler. Zuerst polizeilich festgehalten und dann mit drei Mark belohnt wurde gestern ein Mann auf dem Moritzplatz. Er hatte den Feuerwehler am Moritzplatz in Thätigkeit gefest und war, da er einem Schumann die Stelle der vermeintlichen Feuergefahr nicht genau angeben konnte, kurzer Hand noch vor Eintreffen der Feuerwehler zur Wache gebracht worden. Die Feuerwehler wollten auf die Benachrichtigung, daß böswillige Meldung vorliege, schon wieder abdrücken, als mächtig aufsteigender Rauch ihr zeigte, daß wirklich in der Nähe, in der Ritterstraße, ein recht bedenkliches Feuer ausgebrochen war, dessen verderbende Wirkung nur durch die schnelle Meldung gemildert wurde. Auf Veranlassung der Feuerwehler wurde der Anschuldige nicht nur sofort entlassen, sondern erhielt auf die Anweisung auch die übliche drei Mark-Prämie.

Bezüglich der Verhaftung des Gastwirthes Schwanke ergiebt an diejenigen Personen, welche im Laufe des 6. Novembers in dem Restaurant Oranienburgerstr. 45, gewohnt haben, die Aufforderung, sich bei der Kriminalpolizei oder bei Frau Schwanke, Oranienburgerstr. 45, zu melden, um eventuell Auskunft über Anwesenheit des Verhafteten in Berlin an jenem Tage zu geben. Herr Rechtsanwalt Dr. Tillin, Unter den Linden, welcher die Interessen des verhafteten Schwanke wahrnimmt, hat gestern mit dem Gesangenen gesprochen und konnte diesem mittheilen, daß seine Entlassung sich nur noch um einige Tage verzögern dürfte. Die Akten über den Fall „Schwanke“ sind, so weit sie bis jetzt erledigt, der Breslauer Polizeibehörde zugestellt worden. Das Entlastungsmaterial für Schwanke ver-

größert sich von Tag zu Tag; neudings hat sich die Frau eines Handwerkers Stills gemeldet, welche mittheilte, daß ihr Gatte am 5. November Abends 10 Uhr mit Schwanke gesprochen habe, als dieser gerade im Begriff war, die Einladungen für den am folgenden Tage stattfindenden Abendstich abzusenden. Als weitere Zeugen dafür, daß der Restaurateur am 6. November hier anwesend war, haben sich die Bierfahrer der Gregor'schen Brauerei gemeldet. Bezüglich des erwähnten Doppelgängers des Schwanke sei noch zu erwähnen, daß dieser auch von der Braut des Breslauer Kaufmanns Wohl in Pirscham bei Breslau gesehen worden ist. Dieser Zeugin ist aufgefallen, daß sich der Unbekannte sehr kühl und abgemessen gegen seine Begleiterin Elsa Groh benommen hat. Auch diese Zeugin befindet sich in Berlin und dürfte heute von dem Untersuchungsrichter vernommen werden. Schließlich wird noch erwähnt, daß Elsa Groh im Frühjahr 1894 in Begleitung eines fremden Mannes in Berlin gewesen ist. Sie besuchte die damals in der Friedrichstraße wohnenden Schwank'schen Eheleute, während ihr Begleiter in der Droschke zurückblieb. Nach der Angabe des Mädchens war der damalige Begleiter, der übrigens schwarzes Haar hatte, ein Offizier.

Polizeibericht. Am 19. d. M. Nachmittags erschossen sich zwei Männer, und zwar der eine in seiner Wohnung, in der Wilhelmstraße, und der andere auf der Treppe eines Hauses in der Kleinen Markusstraße. — An der Ecke der Schul- und Reinoldendorferstraße wurde ein Mädchen durch einen Geschäftswagen überfahren und am Bein erheblich verletzt. — Auf dem Küstrinerplatze gerieth ein Kind unter die Räder eines Bierwagens und wurde auf der Stelle getödtet. — In der Jerusalemstraße wurde ein Arbeiter durch einen Milchwagen überfahren zu Boden geschleudert, gerieth unter die Räder des Geschäftswagens und erlitt eine bedeutende Quetschung am Arm. — Am 20. d. M. Morgens wurde auf dem Plur eines Hauses in der Stalhoferstraße ein Mann mit einer Schußwunde im Munde todt aufgefunden. Es liegt ungewisselhaft Selbstmord vor. — Im Laufe des Tages fanden zwei kleine Brände statt.

Druckfehlerberichtigung. In unserem Lokalartikel vom Sonnabend „Die Zahl der Gestorbenen“ befindet sich ein sinnentstellender Druckfehler. Statt von einer internationalen Sterblichkeit ist natürlich von einer unternormalen Sterblichkeit die Rede.

Witterungsübersicht vom 20. November 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (M. = 49 F.)
Swinemünde	775	SO	4	Nebel	3
Hamburg	771	SO	2	Nebel	5
Berlin	772	SO	2	Regen	4
Biesbaden	773	SO	1	bedeckt	4
München	773	SO	2	Nebel	1
Wien	774	SO	1	Nebel	2
Saparanda	768	SEB	4	Regen	2
Petersburg	776	S	1	Schnee	-1
Cork	763	SW	4	wollig	11
Aberdeen	757	S	4	wollig	9
Paris	773	W	1	Dunst	7

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 21. November 1894.
Ein wenig wärmeres, vorwiegend nebeliges Wetter mit leichten Regenschauern und südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Theater.

Im **Zentral-Theater** führte sich in einer am Sonntag veranstalteten Nachmittagsvorstellung Herr Direktor Klappa als ein recht gewandter und umsichtiger Orchesterdirigent ein. Was das aufgeführte Werk, Meißner's braver Waffenschmied von W. v. W. auch gerade keines derjenigen, die eine über das gewöhnliche Maß hervorragende Umsicht beim Dirigenten voraussetzen, so stellt es doch eine Aufgabe an den Leiter, die in unserer, an Reifezeit gemühten Zeit nicht so leicht zu lösen sein mag: Ein liebevolles Eingehen in das Gemüth des gerade in seiner Einfachheit und Bescheidenheit großen Komponisten. Soweit unsere Beurtheilung reicht, hat Herr Klappa den orchestralen Theil der lousischen Oper vollumfänglich im guten Sinne des Wortes zu bereichern verstanden. Etwas anderes war es mit der Gewalt des Dirigenten über seine mitwirkenden Künstler. Hier fehlte es an manchem, wenn auch gewiß nicht durch seine Schuld. Einer Gesellschaft, deren Mitglieder sich wahrscheinlich vorher kaum gekannt haben, und die auch nicht durch genügende Proben mit einander vertraut worden sind, muß man zwar manches hingehen lassen, aber ihr Alles verzeihen, das hiesie ihr ein Unrecht und dem guten Lorying ein Leids anthun. Die Künstler thaten zu Anfang meist sehr bescheiden und tappten, unsicher des Erfolges, im ersten Akt auf den weltbedeutenden Brettern herum, als ob sie aus glühenden Eisenplatten beständen. Aber nach dem ersten unvermeidlichen Beifallstürmen legte sich die Schüchternheit und je freudwilliger das Publikum sich im Händel'schen Aße, je ausgelassener wurden die Herren und Damen auf der Bühne. So kam es, daß die Künstler sich zum Theil in Mänschen ergingen, die in einer Gesangsposse hier und da am Platz sein mögen, die aber in einer lousischen Oper nimmermehr gebildet werden sollten. Wir erinnern an den Knoblauchwirth des im Gange ungenügenden Herrn Hobart (Stadiger) und den Schnapsstabschefen Anachronismus, der Herrn Grassynski (Bremer) vielen Spaß zu machen schlen. Auch hätte Frau Küsterle ihre Irmentraut in manchen Dingen ein wenig bändigen sollen. Zu tabeln ist ferner die Vobpreisung Meißner's, der sich Herr Hobart in der Zugabe zu dem berühmten Liede von der köstlichen Zeit schuldig machte. Das mag in einem Solovortrage in Gesangsverein hingehen; in der Oper sollte solches nimmermehr vom Dirigenten gebildet werden. Häßliche Leistungen boten Herr Dolany als Ritter Adolph und Hermine Perry als Waffenschmiedtochter. Besser im Gesang als im Spiel zeigte sich Herr Rominsky (Was Liebenau); brav war Herr Burhardt als Knappe Georg. Die dekorative Ausstattung war so ärmlich, wie man es im Zentraltheater kaum für möglich halten sollte.

Gerichts-Beitrag.

Wegen Gendarmenbeleidigung hatten sich am 19. November unsere Parteigenossen Jubel und Wagner. Rieder-Schönweide vor dem Schöffengericht in Köpenick zu verantworten. In einer öffentlichen Versammlung, die am 18. August d. J. in Johannisthal abgehalten wurde, kam Jubel auf sanitäre Mißstände in unseren Vororten zu sprechen. Unter anderem rügte er, daß die Leiche eines Selbstmörders tagelang unbedeckt im Walde liegen geblieben sei. Nach dem beschworenen Zeugniß der Gendarmen Hauschild und Steinbacher soll Jubel gesagt haben: „Die Gendarmen sehen wohl, wenn ein armer Lutscher die Herde nicht abgesträngt hätte, eine Firmmentafel schieb am Wagen hänge, oder ein Wagen nicht richtig auf der Straße stehe, bielten sich auch allerwärts für zuständig, machten bei anderen Sachen das Gegenstück und hätten sich auch um die Leiche nicht bekümmert.“ Wagner soll sich nach dem beschworenen Zeugniß der Gendarmen folgender inkriminirten

Äußerung schuldig gemacht haben: „Er könne den Gendarmen nicht so große Schuld geben, daß sie die Leiche nicht fortgeschafft oder wenigstens beaufsichtigt hätten, diese hätten mehr zu thun. Es seien ja wieder zu unserer Verformung verschiedene Fettel angeleibt, die sie abtragen müßten und welche, da sie zum Theil sehr fest angeleibt waren, schwarz überföhren werden müßten.“ Beleidigt fühlten sich die als Zeugen vernommenen Gendarmen. Obgleich die Angeklagten entschieden in Abrede stellten, daß ihre Ausführungen in der Versammlung so gelaunt hätten, wie von den Gendarmen beschworen worden, verurtheilte der Gerichtshof doch Jubel zu 20 M. und Wagner zu 30 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte für jeden der Angeklagten 20 M. beantragt. Gegen dies Urtheil wird von unseren beiden Parteigenossen Berufung eingelegt werden.

Die Höhe preussisch-deutscher Kultur. Wegen Majestätsbeleidigung wurde gestern der Malermeister Anton Paul Schabran aus Straußberg von der ersten Strafkammer am Landgericht II zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt, nachdem in nicht öffentlicher Verhandlung festgestellt worden war, daß der Angeklagte am 27. Juli d. J. in dem Restaurationslokal von Magnus in bezug auf den Kaiser beleidigende Äußerungen gethan hatte.

Die Kladderadatsch-Affäre vor Gericht. Aus Köln wird vom 20. d. M. berichtet: In der Zeit vom Dezember v. J. bis April d. J. erschienen im „Kladderadatsch“ heftige persönliche Angriffe gegen hohe im Auswärtigen Amt und in der Diplomatie angestellte Reichsbeamte, namentlich den Wirklichen Geheimen Legationsrath von Holstein und den damaligen Geheimen Legationsrath von Riederlen-Wächter, beide vortragende Räte bei der ersten politischen Abtheilung des Auswärtigen Amtes. Die Veröffenlichungen, die in der verschiedensten Form erschienen, enthielten anfänglich unter dem Schein des Wises, bald mit heisendem Hohn und Spott, bald mit ausgeprochenem Ernst, gehässige, ehrenrührige Auspielungen und Verdächtigungen der beiden genannten Beamten aus ihrem privaten Leben und ihrem amtlichen Wirken. Die Verdächtigungen betrafen das amtliche Wirken bezogen sich hauptsächlich auf die Besetzung von Botschafter- und Gesandtenposten bei anderen Bundesstaaten und fremden Mächten. Die Angriffe wurden schließlich auch gegen das Auswärtige Amt selbst gerichtet, an dessen Spitze der Freiherr von Marschall steht. Dabei wurde mit Nachdruck betont, daß das Auswärtige Amt wegen der Beleidigungen nicht gerichtlich vorgehe, daß dies Verdacht erregen müsse, zumal sich doch jeder ruhig denkende Leser sagen müsse, daß von einem gerichtlichen Vorgehen seitens der vorgehenden Dienstbehörde der Beamten von diesen selbst um deswillen abgesehen würde, weil dieses Vorgehen zur Folge hätte, daß über die Zweckmäßigkeit hoher diplomatischer Posten gerichtlich hätte verhandelt werden müßten, was selbstredend im Interesse des Reichs und in Rücksicht auf die theilhaftigen fremden Regierungen ausgeschlossen erscheine.

Die hier erscheinende „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ machte nun die Kladderadatsch-Affäre in zahlreichen Artikeln zum Gegenstande von Erörterungen und zwar in dem Sinne, daß sie den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes als den „wahren Urheber“, den Leiter der Intriguen, „den falschen Wiederhalm“, „der die ganze Intrigue eingefädelt habe“, bezeichnete. Es geschah dies zunächst in der Form von Anspielungen und Hindeutungen, allmählich in bestimmten Hinweisen und schließlich mit namentlicher Kennzeichnung. Vorgenommene Hausfuchungen, Handschriften-Vergleichungen u. dergl. haben ergeben, daß der Verfasser des einen inkriminirten Artikels der Chefredakteur der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“, Dr. Hans Klefer, Verfasser eines anderen inkriminirten Artikels der Redakteur Franz Kestler zu Nürnberg ist, und daß überhaupt alle Artikel theils von Klefer, theils von Kestler geschrieben, alle aber von Klefer glossirt und in Druck gegeben worden sind. Diese haben sich daher heute in Gemeinschaft mit dem verantwortlichen Redakteur der erwähnten Zeitung, Otto Zimmermann, wegen verleumdender Beleidigung auf grund der §§ 185, 186 und 196 des Strafgesetzbuches vor Eingang des bezeichneten Gerichtshofes zu verantworten. Dr. Klefer ist bereits wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Reichskanzlers Grafen Caprivi mit zwei Monaten Gefängniß bestraft worden. Diese Strafe ist jedoch noch nicht rechtskräftig. Kestler, der früher der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ Hopsenberichte eingesandt, ist noch unbekannt, während Zimmermann wegen Beleidigung mit 30 M. Geldbuße bestraft worden ist. — Es hat in dieser Angelegenheit bereits Ende Oktober ein Termin anstanden, dieser ist jedoch auf Antrag der Angeklagten, da dieselben zum Beweise der Wahrheit verschiedene Zeugen vorschlugen, vertagt und beschloffen worden, den Freiherrn von Marschall persönlich als Zeugen vorzuladen und den früheren Reichskanzler Grafen v. Caprivi, den Gesandten v. Riederlen-Wächter, den Abgeordneten Eugen Richter und den Redakteur und den Verleger des „Kladderadatsch“, die Herrn Polstorff und Hoffmann, kommissarisch vernehmen zu lassen.

Versammlungen.

Der Verband aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter hielt am 13. d. M. eine Versammlung ab, in der Genosse Wurm über „Kapital und Arbeit“ sprach. Redner entlegte sich seiner Aufgabe, den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit darzustellen, in treffender Weise. In der Diskussion wurde namentlich auf die Nothwendigkeit der Organisation hingewiesen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Haus- und Straßenhändler und Händlerinnen, zu der an alle Vorstände und Mitglieder bestehender Vereine besondere Einladungen ergangen waren, tagte am 16. November in „Freiök“, Fruchtstr. 36a. Der Besuch war ein schwacher. Ueber „Statistik und Ergebnisse der Strafmandate“ referirte Schröder. Die eingelaufene Zahl von 647 Strafmandaten, im Gesamtbetrage von 2118,18 M. stellt nach Ansicht des Redners nur etwa den 10. Theil der in der Zeit von Anfang Januar bis Ende Oktober d. J. seitens der Behörden über Berliner Straßenhändler verhängten Strafen dar. Beweis für seine Behauptung ergebe sich aus dem Umstand, daß viele Händler, von denen er bestimmt wisse, daß sie Strafmandate erhielten, solche an die Kommission nicht eingesandt haben. So erhielt beispielsweise eine Frau innerhalb von vier Monaten Strafbefehle in Höhe von 144 M. Die Gründe dafür sind mannigfache: Das Einnehmen eines festen Standplatzes, Handeln am Sonntag, unleserliches Schild am Wagen und dergl. Häufig stützen sich die Strafbefehle auf die Zeugenaussagen von Personen, die aus Geschäftszweck bei Polizeibeamten den Denunzianten machen. Infolge Mittellosigkeit der meisten Händler wird der größte Theil der Strafen „abgebrummt“. Für die 647 Mandate, welche die Kommission im Besitz hat, wurden etwa 200 Tage „verbüßt“ und ca. 1170 M. Geldstrafen erlegt. Der Zweck der permanenten Chikanierung könne nach Meinung des Redners nur der sein, die Händler gänzlich von der Straße zu verdrängen, resp. sie zu zwingen, andere Beschäftigung zu ergreifen. Wegen eine beabsichtigte Beschränkung des Haus- und Straßenhandels Front zu machen, die vielen armen Tausend die Ertritten rauben würde, sei mit die Hauptaufgabe des neuen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereins der Straßenhändler und Händlerinnen, der außerdem das Bestreben habe, lichtscheue Elemente aus den eigenen Reihen fernzuhalten und die betrügerischen Manipulationen der Grossisten zu bekämpfen. — In der Debatte theilhaftigen sich Deinemann, Saff, Döwensstein und Jahn. Sodann erfolgte die Wahl eines Vertrauensmannes. Gewählt wurde Saff, Döwensstein, dem alle Klagen aus Berufskreisen zu unterbreiten sind.

Rixdorf. Am 13. November fand hier eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ statt, in der Genosse Türl einen recht beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Unter „Verschiedenem“ kritisierte Genosse Stiller das Verhalten eines erst vor kurzem in den Verein eingetretenen Mitgliedes, das sich trotz aller Ermahnungen nicht veranlaßt fühlte, den konfottirten Lokalen fern zu bleiben. Zur Unterfuchung dieser Angelegenheit wurde eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt. Ferner theilte der Vorsitzende mit, daß für Anschaffung der Bibliothek 34,90 M. verausgabt seien. Sodann wurden 12 Mark zur Agitation für die Boglokkommission bewilligt.

Wilmersdorf. Im Saale des Herrn Klingenberg, Berlinstr. 41, tagte am 17. November eine öffentliche Volksversammlung. Wie aus dem Bericht der Lokalkommission hervorging, verfehren leider noch viele Arbeiter in gesperrten Lokalen, trotzdem acht Wirthe ringsherum Bier führen. Aus diesem Grunde stieß auch die Neuwahl der Lokalkommission auf Schwierigkeiten, da keiner der vorgeschlagenen Genossen einen derartig unanfechtbaren Posten annehmen wollte. Schließlich übernahmen die Genossen F. Elisch, Blünderke, Jakobs, Orlob und Elias das Amt. Nunmehr erhielt der inzwischen erschienene Referent Genosse Auer das Wort zu einem Referat über den Parteitag in Frankfurt a. M. In der Annahme, daß die Versammlung durch die ausführlichen Berichte im „Vorwärts“ über die Verhandlung gut unterrichtet sei, beschränkte sich der Vortragende auf ein kurzes Resümee der einzelnen Punkte. Der Besuch des Parteitages sei wohl infolge der zentralen Lage des Ortes speziell aus Süddeutschland ein zahlreicherer gewesen als sonst, doch möge zum Theil hierbei auch die bairische und bayerische Angelegenheit Ursache der verstärkten Theilnahme der süddeutschen Genossen sein. Daß der nächste Parteitag in Breslau stattfinden soll, hält Redner für verfehlt; infolge der hierzu ungeeigneten geographischen Lage des Ortes wird die Theilnahme aus West- und Süddeutschland eine bedeutend schwächere werden. Zu den Verhandlungen übergehend, bemerkte Genosse Auer, daß abgesehen von rein persönlichen Streitigkeiten an einzelnen Orten, wie z. B. unter den bairischen Genossen oder in Burg- Magdeburg, absolut keine Gründe vorhanden waren, welche die Meinung gegnerischer Kreise: „es werde auf diesem Parteitage zur Spaltung kommen“, rechtfertigen konnten. Selbst die Haltung der Genossen im bayerischen Landtage gab zu solchen Befürchtungen dem mit den Verhältnissen vertrauten keine Veranlassung. Auch was Genosse Bebel in der Versammlung des 2. Kreises sagte: die Partei werde wohl quantitativ, aber in der Qualität nicht besser, trifft nicht zu. Die Befürchtungen, welche man aus den Worten Bebel's herleiten könnte: „wir stehen am Anfang eines Bruchs“, sind durchaus unberechtigt. Bebel sehe etwas zu schwarz; Dinge, die er geändert wissen will, seien schon alt. Immer sei es nöthig, bei allen Erscheinungen sich vor Augen zu halten, daß sie ein Produkt der jeweiligen Verhältnisse sind. Zur Sache selbst kommend, berichtete Auer, daß der Punkt: die Reise der Partei eine sehr kurze Diskussion hervorrief. Der Antrag: Die Parteigeschäfte am 1. Mai zu schließen, gleichwohl aber den darin Beschäftigten den Lohn zu zahlen, fand keine Annahme, obgleich schon meist danach gehandelt wird. — Die Agrarfrage sei für uns ebenfalls nicht neu. Der Ruf: „Aus! Land!“ ertöne schon Jahre lang aus unseren Reihen. Zwei Genossen, die diese Frage gründlich studirt haben, S. Kollmar und S. Schönlank, hielten die Referate. Die eingehende Diskussion hatte die Einsetzung einer Fünfzehner-Kommission zur Ausarbeitung eines besonderen „Bauernprogramms“ zur Folge. Die Agitation auf dem Lande, im allgemeinen eine schwere, müsse sich je nach den Verhältnissen und der Art der Beschäftigung der Bewohner des betr. Landstriches richten. Der Redner nahm hierbei Gelegenheit, die verschiedentlichen Kleinbäuerlichen Agrarinteressen auseinander zu setzen. Die bayerische Angelegenheit habe eigentlich nicht die Wichtigkeit, daß man sich darüber sonderlich erregen brauche. Die Bewilligung des Finanzgesetzes im bayerischen Landtag ging von falschen Voraussetzungen aus; den politischen Gegnern und Gewaltthätern für ihre Bedrückung obendrein noch ein Vertrauensvotum zu geben, wie es durch die Bewilligung des Budgets sich darstellt, wäre wenig staatsmännisch. Kollmar habe die Meinung des Parteitages in dieser Frage geäußert, es sei keine Gefahr, daß er sich abseits der Partei stellen werde. Bei Punkt Truß's, Ringe, Karteile u. s. w. war der Parteitag mit dem Referenten S. Hippel der Meinung, daß, wie schon Marx sagt, die Ringbildung die notwendige Folge der wirtschaftlichen Entwicklung ist, die sich durch kein noch so reaktionäres Gesetz aufhalten läßt, und kann deshalb zu dem Beschluß, daß als Gegengewicht volle Koalitionsfreiheit und weitgehender Arbeiterschutz für alle Arbeiter gefordert werden muß. — Zu den Anträgen kommend, bedauerte Auer, daß sich sogar Fraktionsmitglieder herbeiließen, Anträge, die sich auf die parlamentarische Thätigkeit beziehen, an den Parteitag zu richten, onkstatt sie der Fraktion direkt zuzustellen, wo sie besser und schneller erledigt werden können. Dieses Ueberhäufen mit überflüssigen Anträgen verhindere die eingehende Behandlung der wichtigeren Anträge. So sei dieses Jahr über die Parteipresse kein Wort geredet worden. Redner forderte zum Schluß auf, alle Kräfte zusammen zu nehmen, damit wir imstande sind, allen Bedrückungen Stand und den von allen Seiten andringenden Feind uns vom Leibe zu halten. Auch die Frankfurter Beschlüsse werden der Partei zum Segen gereichen. (Lebhafter Beifall.) Nach kurzer Diskussion und dem Schlußwort des Referenten, worin dieser nochmals den prinzipiell einigungsbereiten Standpunkt in der Budget-Angelegenheit zergliederte, fand eine Resolution einstimmige Annahme, worin die Versammlung sich mit den Ausführungen Auer's und den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärte, gleichzeitig aber die Hoffnung ausdrückte, daß die Genossen im bayerischen Landtag in Zukunft dem Finanzgesetz ihre Zustimmung versagen werden. — Der Vertrauensmann K. Müller verlas hierauf seine Abrechnung, welche eine Einnahme von

239,80 M. und eine Ausgabe von 180,80 M. aufwies. Von letzterer Summe wurden 128 M. an die Parteikasse abgeliefert. Zur Zeit ist ein Bestand von 58,50 M. vorhanden. Nach Ertheilung der Decharge erfolgte die Wahl zum Vertrauensmann; gewählt wurde Hermann Wehrndt.

Vermischtes.

Henric Ibsen's neues Drama. Herr Dr. Henric Ibsen bittet uns durch einen hiesigen Vertrauensmann, der sein neues Drama in der Korrektur mittheilt, festzustellen, daß die auf unbekanntem Wege in die Presse gelangte Inhaltsangabe Irrthümer enthält und geeignet ist, das allgemeine Urtheil über dieses Schauspiel im voraus zu trüben. Auch lautet der Titel anders.

Anton Rubinstein, der berühmte Komponist und Meister des Klaviers ist, wie aus Petersburg berichtet wird, am Dienstag in Peterhof am Herzschlag gestorben. Rubinstein wurde am 28. November 1839 zu Wschowotynje in Bessarabien geboren; in Moskau, wohin bald darauf seine Eltern übersiedelten, erhielt er den ersten Klavierunterricht von seiner Mutter, später von dem namhaften Musiker Billoing. Dieser führte den zehnjährigen Knaben nach Paris, wo der jugendliche Virtuose allgemeine Anerkennung fand. Auf Liszt's Rath hin ging Rubinstein, nachdem er eine Konzertreise durch Holland, England, Skandinavien, Deutschland gemacht hatte, mit seinem achtjährigen Bruder Nikolaus, der hervorragendes Kompositionstalent verrieth (er starb 1881 in Paris) im Jahre 1844 nach Berlin, wo das Brüderpaar auf den Rath Meyerbeer's bei Dehn und Kullak studirte. Nach längeren Studienreisen in das Ausland lehrte er nach Rußland zurück, übernahm 1859 die Leitung der Petersburger russischen Musikgesellschaft und gründete 1862 das Petersburger Konservatorium, an dessen Spitze er bis 1867 stand. Sodann begannen seine großen Konzertreisen, auf denen er Europa und Amerika im Triumphe durchzog und die er nur während der Zeit von 1887-90, in welcher er nach Davidow's Weggang wieder die Direktion des Petersburger Konservatoriums führte, unterbrach.

Banknotenfälscher. Der Polizeibericht theilt mit, in München wurden fünf Personen, in Stuttgart eine Person verhaftet, welche seit dem Frühjahr 1893 gefälschte Fünfsigmarkscheine hergestellt und vielfach verbreitet haben. Ein siebentes Mitglied der Bande ist flüchtig, ein achttes Mitglied ist bereits verstorben. Der gesammte Fälschungsapparat ist beschlagnahmt.

Ein sensationelles Geständniß hat vor einigen Tagen ein Eisenbahner in Ußbundes bei Jasterburg abgelegt, der sich dem Tode nahe fühlte. Auf dem Krankenlager hat der Greis gestanden, daß er vor etwa 36 Jahren den herzoglich Anhalt-Bessauischen Oberförster Paul v. Reichenthal hinterläßt erschossen habe. Der Mörder, der übrigens seiner Genesung entgegengeht, war damals als verdächtig in Untersuchungshaft genommen worden, mußte aber wegen mangelnder Beweise wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Erdbeben. Aus Serajewo wird berichtet: In Prozor wurde Sonntag Nachmittag 2 Uhr 47 Min. ein Erdbeben verspürt. Dasselbe verlief in der Richtung von Nordost gegen Südwest und dauerte zwei Sekunden.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Wuchshaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

A. 2. Strafverfolgung von Majestätsbeleidigungen verjährt in 5 Jahren. Jede gegen den Thäter gerichtete richterliche Handlung unterbricht die Verjährung.

B. A. Am beschuldigten Aufenthalt darf der Betreffende nicht gehindert werden.

B. 2. 100. Der freiwillige (nicht im Wege der Subhastation erfolgte) Verkauf eines Hauses hebt den Miethsvertrag keineswegs auf. Sie können auf Wohnbleiben auf Grund des Vertrages bestehen und können, in welcher Höhe Sie wollen, Abfindung für das Aufgeben ihres Rechts, den Vertrag auszuwählen, fordern.

B. 2. 99. Von 150 Mark ab.

B. 100. 1. Ja. 2. Nein.

B. 58. C. D. Lassen Sie sich vom Bezirksvorsteher die Bescheinigung zum Armenvorsteher geben, daß Sie zur Tragung der Projektkosten unvermögend sind, und beantragen Sie sodann beim Landgericht Ertheilung des Armenrechts.

B. Brinkm. Lassen Sie Eisenbahnstulps und Unternehmer verklagen; ersterer haftet auf Grund des Haftpflichtgesetzes, letzterer wegen Uebertretung eines auf Schadensverhütung abzielenden Polizeigesetzes.

B. 2. 99. 1. Wenn Sie die rechtzeitige Zurverfügungstellung beweisen können, aber auch nur dann, dürfte die Klage abzuweisen sein. 2. Tragen Sie dem Fabrikinspektor und der Polizeibehörde den Sachverhalt vor.

2. Landgenießer. Durch Kontrollversammlung versäumte Arbeitszeit ist vom Wochenlohn nicht abzuziehen.

Paul 2. Es hat der Wirth für Ertrag zu sorgen.

Schneider 130. 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja — soweit solche Fragen ohne Kenntniß des Wortlauts des Testaments sich beurtheilen lassen.

J. A. 80. Für Sie steht es wie für jeden unserer Leser frei, ohne besondere vorherige Anfrage, zwischen 12 und 1 Uhr vorzusprechen.

R. 1. 100. Der Ausgang des Rechtsstreites war ein ungewisser.

Gummi. Die Kolonisten können, soweit ersichtlich, zur Tragung der für ihren von der Regierung versehenen Lehrer erforderlichen Umzugskosten nicht gezwungen werden, es vielmehr auf einen Prozeß ankommen lassen.

St. A. A. Falls etwa die Konzeption verweigert wird, können Sie Klage erheben.

A. 166. Stellen Sie den Antrag bei Gericht; dasselbe ist befugt, aber nicht verpflichtet, Ihnen in Ihrer Sache einen Verteidiger auf Ihren Antrag beizugeben.

A. 2. 100. Der Wirth darf seit dem 1. Oktober nur die für jeden Gläubiger pfändbaren Gegenstände pfänden und einbehalten. Das Nähere ist im „Vorwärts“ vom 29. Juni und seitdem wiederholt an dieser Stelle dargelegt. Wegen der weiteren Fragen sprechen Sie gelegentlich zwischen 12 und 1 Uhr vor.

2. 400 Norden. Geben Sie sich Wochentags mit Ihrer Braut auf das Amtsgericht Neue Friedrichstr. 13, nehmen Sie ein Verzeichniß des Eigenthums Ihrer Braut mit, versprechen Sie vor dem Richter sich gegenseitig die Ehe, anerkennen Sie das Eigenthum Ihrer Braut, verzichten Sie ausdrücklich auf Ihre zukünftige eheliche Vermögens- und Verwalterrechte — dann ist Ihre zukünftige Frau soweit thunlich vor Zugriffen Ihrer Gläubiger in ihr Vermögen geschützt.

C. M. 1. Zweck Ausgebots bedürfen Sie Ihres Geburtscheines und, da Sie noch nicht 25 Jahre alt sind, der Einwilligungserklärung Ihres Vaters. Da letztere Ihnen verweigert wird und Sie großjährig sind, so können Sie bei dem Landgericht des Bezirks, in dem Ihr Vater wohnt, auf Ergänzung der Einwilligung zur Verehelichung klagen. Die Klage müßte durch einen Rechtsanwalt erhoben werden. Ueber die Zeitdauer, die die Klage bis zur rechtskräftigen Entscheidung in Anspruch nehmen kann, läßt sich nichts voraussagen; sie kann in wenigen Monaten erledigt sein, kann aber auch Jahre lang dauern. Sie können sich zwecks Durchführung der Klage das Armenrecht bewilligen lassen. Zu diesem Behufe müßten Sie sich zunächst an die Gemeinde Ihres Wohnortes mit dem Antrage auf Bewilligung Ihres Unvermögens zur Tragung der Projektkosten wenden, sodann einen Antrag um Bewilligung des Armenrechts an das zuständige Landgericht richten; es wird Ihnen alsdann ein Anwalt beigeordnet.

B. G., Trebbin. 1. Campe'sche Ausgabe; dieselbe werden Sie wohl antiquarisch erhalten. 2. Ja. 3. Darüber wird wohl eine ortspolizeiliche Verordnung bestehen und im Amtsblatt für Ihren Kreis veröffentlicht sein. Fragen Sie bei Ihrem Polizeiamt an. 4. Zur Zeit nicht zu beantworten; gelegentlich wird nachgeschlagen werden.

Brockreier. Die Verordnung einer „Lex Gerlach“ zum Schutze der Diensthöfe ist seitens des Bundesraths nicht beschlagnahmt. Daß die sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf Aufhebung der Gefinde-Ordnungen und Gleichstellung der ländlichen Arbeiter und des Gefindes mit den gewerblichen Arbeitern einbringt, ist bekanntlich auf dem Parteitag beschloffen. Der Fall Gerlach ist kein Einzelfall, sondern ein typischer. Der Mann der Frau Gerlach heißt nicht: Peiß.

1000 Charlottenburg. Theilen Sie der Versicherungsgesellschaft den Irrthum mit. Nachtheile erwachsen durch den Irrthum nicht.

F. Zimmer. Der Wirth ist verbunden, die Firma, die er hat auslösen lassen, wieder anmelden zu lassen.

F. 2. 38. Befassen Sie bei Entnahme der Fische nicht hinreichende Mittel zu deren Zahlung, stellen sich aber so, so können Sie allerdings wegen Betruges — Fehlpflichterei — bestraft werden.

Prodm. Den Namen zu nennen ist unthunlich.

B. 5. Sie können auf Zahlung gegen Ihren Bekannten klagen; Unterschlagung scheint nicht vorzuliegen.

Briefkasten der Expedition.

Wir ersuchen den Kassirer des Verbandes deutscher Zimmerleute, Lokalverband Berlin, um gefällige Angabe seiner Adresse.

Für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter gingen ferner ein:

Interessen-Verein der Buchdrucker-Gesellen 30.—, Verein der Metallschleifer Berlins und Umgegend: Amerikanische Auktion 9.—, Statthalter C. M. durch Wille 5.—, von den Wäbelpolitern und 1 Tischler von der Equitischen Möbelfabrik, Frankfurterstr. 125, 10. Rate 4.—, Gesell. Verein Brüderlichkeit, Ueberdau vom Stistungsfest, 2. Rate 9.—, Polamentenfabrik C. G., 2. Rate 3.—, Apothe Hochzeit b. Kraft, gesammelt durch Krebs 1,90, Ueberdau einer Sammlung 0,70, Ueberdau, Marktgrafenstr. 88 3.—, Nordmacher, Ritterstr. 86, dritte Rate 10.—, Billardspielen bei dem Publiker Weiser durch Speisebecher 1,10, Amerikanische Auktion gesammelt durch Goh, Schwerinstraße 17 3,80, Marmorsteiner Fabrik, Köpenickerstraße 109a, 11. Rate 3,50, Schubert 0,50, Streiber 3.—, Rauchklub blaue Wolle, Weinstraße 22, 4,50, Theaterverein Nora, Amerikanische Auktion 8,50, Pöschel C. G. — 50, von den Gerberarbeitern in Elmshorn 53,30, von vier Satiridern aus den Katalomben von der Zegeler Chaussee 4.—, Geseßel C. 5.—, von den Genossen in Bonn, gesammelt durch R. M. 10.—, Coburg, durch W. Gauer, 1. Rate 16,35, von den organisierten Tabakarbeitern Altona's 29,95, von den Mitgliedern des Gesangsvereins „Unverzagt“, Noabit 13,95, Rauchklub „Unita“ durch John 1,60, Wahlbezirk 563 4.—, von einer Rindtaube bei Klein 3,30, vom Krugtag bei Scheibe 2.—, Bierprozent Alexandrinenstr. 25 6,50, Gesangsverein Oranienburger Vorstadt für einen Herrtentag durch Tanzlehrer Hartmann 3,10, vom Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Weissenhof. Ein Vortrag des Genossen Wagner 3.—, von den Arbeitern der Fabrik Kleinewesky (darunter Ueberdau der Krauspeude für den verstorbenen Genossen Vendschneider 1.—) 8,50, Pastor von Venedig auf dem Abendisch bei Kessler 2,70, Am Bierlich gesammelt durch R. M. 2.—, Gesammelt auf dem Geburtstags eines Nothen 1,10, durch Gängel von einigen Wästen bei Salzwedel 1.—, Aus der Werkstatt Nr. 11, von Selling und Hirsch 10.—, Gärtler von O. Uundershausen 1,75, Summa 287,95 Mark. Bereits quittirt: 17 088,90 Mark; in Summa 17 326,85 Mark.

Arbeiter-Bildungsschule (Nord).

Versammlung

am Mittwoch, 21. Nov., Ab. 7 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.

Vortrag des Genossen Schriftsteller Heinrich Schulz (Steglitz). Thema: Prügel-Pädagogik.

Nachher: Geselliges Beisammensein. — Mitglieder werden ausgenommen. Herren und Damen als Gäste willkommen.

Achtung! Hausdiener, Packer, Kutscher. Achtung!

Mittwoch, den 21. November:

2 gr. öffentliche Versammlungen.

In Rixdorf:

Nachmittags 3 Uhr, bei Mitschke, Steinmeyerstraße 45.

Tagesordnung: 1. Die Mißstände im Handels- und Transportgewerbe und wie ist eine Besserung derselben möglich? Referent: Kollege Kamp.

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In Berlin: Abends 6 Uhr, bei Gründel, Brunnenstr. 188.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Volksaberglauben“. Referent: Waldeck Manasse.

2. Diskussion. — Nach dieser Versammlung: Geselliges Beisammensein, verbunden mit Tanz und humoristischen Vorträgen, arrangirt vom Verband aller im Handels- und Transportgewerbe beschäft. Hilfsarbeiter.

Gäste willkommen. Der Einberufer.

Ein dreimal donnerndes Hoch der kleinen, bicken Subitfertrau Krause, Gieshainerstr. 93, zu ihrem heutigen Wiegenfeste. 1119b

Unserem Vorsitzenden, Sangesbruder Adolf Riedecke zu seinem heutigen Wiegenfeste die besten Glückwünsche und ein dreimal donnerndes Hoch. 1118b

Unserm Kollegen Klähne genannt Donau-Graupe ein dreimal donnerndes Hoch. 1134b

Mehrere Kollegen. J. M. M. R. B. D. A. Z. R. Sch. C. S. G. B. R. D. S. R. H. D.

Zeugen, welche gesehen haben, wie am Donnerstag, den 1. November, Abends gegen 7 Uhr, sich mehrere Wagen Ede Bräuden- und Jungfrauen freuzten und 2 Frauen, die den durch die Bräudenstraße zur Jannowigbrücke fahrenden Rollwagen ausweichen wollten, plötzlich gegen den durch die Jungfrauenstraße über die Bräudenstraße fahrenden rothen Geschäftswagen rannten, werden dringend gebeten, ihre Adresse gütigst abzugeben bei dem Kutscher Weber, Köpenickerstraße 37, Hof 3 Tr. 1120b

Achtung! Mechaniker. Achtung!

Donnerstag, den 22. November 1894, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schneider, Annenstraße 16:

Öffentliche Versammlung der Mechaniker.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Millarg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 174/13

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann.

Neue Welt. DGM 12069

Tragvorrichtung für Schultornister

(für Knaben und Mädchen) erleichtert das Tragen der Bücher, verhindert das Schiefwerden der Kinder, ist an jedem Tornister anzubringen. 1007L Pro Stück 1 M. 50 Pf. (inkl. Befestigung). Porto 20 Pf.

A. Herzberg, Berlin SW, Jerusalemstr. 55, Hof rechts part.

Jaquet-Anzüge in Kammer und Cheviot zu billigen aber festen Preisen empfiehlt Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 139.

Rohtabak. Größte Auswahl. Billigste Preise. Formen, Sockfaçon, wieder vorräthig.

Heinrich Franck, Brunnenstr. 185.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 21. November. Opernhaus. Konzert des Igl. Opern-Chors. Donnerstag: Hänsel und Gretel. — Die Jahreszeiten. Schauspielhaus. Geschlossen. Donnerstag: Wie die Alten sungen. Deutsches Theater. Geschlossen. Donnerstag: Daniela Beert. Berliner Theater. Geschlossen. Donnerstag: Zwei glückliche Tage. Lesing-Theater. Geschlossen. Donnerstag: Zwei Wappen. Schiller Theater. Geschlossen. Donnerstag: Talmi. Neues Theater. Geschlossen. Donnerstag: Das neue Stück. Friedrich-Wilhelmshädi. Theater. Geschlossen. Donnerstag: Jabuta. (Das Apfelsaft). Residenz-Theater. Geschlossen. Donnerstag: Der Unterpräsident. Vorher: Villa Vieliebchen. Theater Unter den Linden. Geschl. Donnerstag: Meißener Porzellan. — Die Fledermaus. Bellealliance-Theater. Geschlossen. Donnerstag: König Krause. Central-Theater. Geschlossen. Donnerstag: O! diese Berliner! Adolph Ernst-Theater. Geschl. Donnerstag: Charley's Tante. — Vorher: Die ewige Braut. Alexanderplatz - Theater. Geschl. Donnerstag: Ein Modell. — Die Chansonnette. National - Theater. Geschlossen. Donnerstag: Der Tod als Pathe. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. American - Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo - Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Parodie - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Wallner-Theaterstrasse. Mittwoch, den 21. November, bleibt das Theater geschlossen. Donnerstag, 22. November, Abends 8 Uhr: Zum I. Male: Talmi. Freitag, den 23. November, Abends 8 Uhr: Talmi.

Central-Theater

3te Jakobstraße Nr. 30. Direktion: Richard Schulz. Heute geschlossen. Donnerstag, den 22. November 1894: Emil Thomas a. G. Anna Bäckers. Josefine Dora. Zum 84. Male: O! diese Berliner!

Adolph Ernst-Theater

Mittwoch: Keine Vorstellung. Donnerstag: Charley's Tante. Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die ewige Braut. Lieber Spiel mit Tanz in 1 Akt von W. Mannstädt und J. Kron. In Scene geföhrt von Ad. Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Freitag: Diefelbe Vorstellung.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20. Säle und Vereinszimmer von 20-600 Personen.

Circus Renz

Carlstrasse. Mittwoch, den 21. November 1894: Geschlossen. Donnerstag, 22. November 1894, Abends 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En. Sensationelle Tänze, u. a. les grolots vivants, jeu des barbichons etc. Außerdem: Das Feuerpferd EHMAR, vorgeführt vom Dir. Fr. Renz. Colmar, geritten von Herrn Ernst Renz. Das Schulpferd Beantiful, geritten von Frau Renz-Stark. Jeu de barre, komische Reitstücke, ausgeführt von den Herren Krenbser, Bayer und William. Der sensationelle Handequilibrist Mr. Jules Keller. Die beliebten Clowns Gehr. Villand etc. Freitag: Tjo Ni En. Fr. Renz, Kommissionsrat.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Heute geschlossen. Donnerstag, den 22. November 1894: Sensationelle Novität! Der Tod als Pathe. Ausstattungs-Komödie in 5 Akten von Ernst Blum mit theilweiser Benutzung einer Idee von August Blanche. Dekorations von Müller und Schäfer. Beleuchtungseffekte vom Ober-Beleuchter Collander. Maschinen von Theatermeister Weiss. Lichtbilder von Ludwig Richter. Tanz- und Flugevolutionen vom Balletmeister G. Zinner arrangirt. Die lebenden Land- und Wasserthiere aus dem Aquarium-Institut von Otto Prensse, Alexanderstr. 28. Garderoben und Requisiten vom Ober-Garderobier Paul Hildebrandt. Musik von Adolph Wiedesko. Regie: Max Samst. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Freitag: Diefelbe Vorstellung.

Castan's Panopticum.

Hassan Ali der grösste Mensch der Welt. Prinzess Topase das kleinste Menschenkind. Merikanische Riesen-Cacteen in noch nie gesehener Größe.

Alcazar

Variété- und Spezialitäten - Theater. Dresdenstr. 52/53 (City-Passage). Bornehmster Familienaufenthalt! Neu! Sensationell! Neu! Unsere Garde. Große Poffe mit Gesang u. Tanz und militärischen Aufführungen in 1 Akt von Beders. Auftreten sämtl. Spezialitäten. Anfang: 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochent. 20 Pf., Sonntags 40 Pf. R. Winkler.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey. Die Hexenschaukel, neueste Illusion.

Orts-Krankenkasse der Schneider in Berlin.

Die Vertreter der Orts-Krankenkasse der Schneider zu Berlin werden zu der am 30. November 1894, in Specht's Restaurant, Marktgrafenstraße 83, stattfindenden ordentlichen Generalversammlung hierdurch eingeladen. 1125b Abends 8 Uhr: In getrennter Versammlung für die Vertreter der Arbeitgeber. Tages-Ordnung: Neuwahl von 3 Vorstandsmitgliedern und 1 Stellvertreter. Abends 8 1/2 Uhr: In getrennter Versammlung für die Vertreter der Rassenmitglieder. Tages-Ordnung: Neuwahl von 6 Vorstandsmitgliedern und 2 Stellvertretern. Abends 9 Uhr: Gemeinschaftliche General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Wahl eines Ausschusses von sechs Personen zur Vorprüfung der Jahresrechnung. 2. Festsetzung einer Entschädigung für Ueberschreiben der Rassenbücher. 3. Nachträgliche Genehmigung der Entschädigung an den Vorsitzenden für baare Auslagen und Zeitverlust im Jahre 1893 gemäß § 41 des Statuts. 4. Regelung der Beamtenegehälter. 5. Uebertragung der jahresärztlichen Behandlung an den Verein für Einführung freier Zahnarztwahl. 6. Anstellung eines zweiten Kranken-Kontrollseers. 7. Verschiedenes. Der Vorstand. F. Mathis, Vorsitzender, An der Jerusalemerstraße 3. E. Schröter, Schriftführer, Belle-Alliancestr. 71a. Buchführung, auch stundenweise, Kassen, Saarbrückerstr. 7. 1121b

Todes-Anzeige.

Den Parteigenossen des 4. Wahlkreises (Osten) zur Nachricht, daß unser langjähriger Parteigenosse, der Weber Otto Pilkenroth am 17. November an der Proletariatskrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 21. November, Vormittags 9 Uhr, vom städtischen Krankenhaus am Friedrichshain aus nach Friedrichsfelde statt. Um zahlreiche Theilnahme ersuchen 268/6 Die Vertrauenspersonen.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied, der Zimmerer Robert Herbst am 20. d. Mts. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Pasenkastr. 9, aus nach dem Neuen Nazareth-Kirchhof in Reinickendorf statt. Um rege Theilnahme bittet Der Vorstand der Filiale II.

Dankagung.

Für die vielen Beweise der Liebe und Achtung, sowie der reichen Blumen-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen allen Freunden und Verwandten, sowie den Genossen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises und den Kollegen der Tischlerwerkstatt Seger u. Co. ihren innigsten Dank. Ww. Anna Schnapfe nebst Tochter. 1121b

Bekanntmachung.

Orts-Krankenkasse des Töpfergewerbes zu Berlin. Mittwoch, den 23. November 1894, Abends 6 1/2 Uhr: Generalversammlung der Delegirten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) im Saale des Herrn Buske (früher Seefeldt), Grenadierstraße Nr. 33. Tagesordnung: 1. Neu- bzw. Ergänzungswahl von a) 4 Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber, b) 4 Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer. 2. Wahl der Rassenrevisoren zur Prüfung der Rechnung des Jahres 1894 (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer). 3. Ermächtigung des Vorstandes: a) zur Abschließung eines Vertrages mit dem Verein der frei gewählten Rassenärzte, b) zum Beitritt zu einem Verbande gemäß § 46 ff. des N.-V.-G. 4. Statutenberathung, § 1-68. 5. Beschlußfassung und Aufstellung eines Tarifs für Wohngebühren. Bei der Reichhaltigkeit der Tagesordnung ist es nothwendig, daß die Delegirten zahlreich und pünktlich erscheinen. Die Versammlung wird präz. 7 Uhr eröffnet. 244/12 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Gürtler.

Zu der am Sonntag, den 25. Nov., Vorm. 10 Uhr, Oranienstr. 51, stattfindenden ordentlichen General-Versammlung werden die Herren Delegirten ergebenst eingeladen. 220M Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. Nach Schluß dieser Versammlung findet dafelbst eine General-Versammlung der Mitglieder der Invalidenkasse statt. Tagesordnung wie oben. Der Vorstand. J. A. G. Kneiff, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Möbelpolirer.

Sonntag, den 25. November, Nachm. 2 Uhr, bei Wille, Andreasstr. 26: General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Mandanten. 2. Erfah-wahl des Vorstandes. 3. Wahl von 5 Revisoren. 4. Verschiedene Anträge. Berlin, den 18./11 1894. 199/9 Der Vorstand. Möbelschleierei wegen Verzug nach auferhalb sofort billig zu übernehmen. Nr. L. V. 146 an R. Woffe, Prinzenstr. 41. 216M Singer-Maschine f. 20 M. z. verk. Oranienstr. 59, 3 Tr. r. 216M

Grosse Volks-Versammlung

am Mittwoch, den 21. November 1894, Abends 8 1/2 Uhr, im Elysium, Landsberger Allee 40, zum Besten der Arbeiter-Bildungsschule. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen August Bebel über: Kapital und Einkommen-Konzentration. 2. Diskussion. Die Versammlung wird präzise 8 1/2 Uhr eröffnet. 55/4 Frauen haben Zutritt. Der Einberufer.

Achtung! Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Oeffentliche Versammlung

am Donnerstag, 22. Nov., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Gröndel, Brunnenstr. 189 am Rosenthaler Thor. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wilhelm Liebknecht über: Prinzip und Taktik. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 277/10 NB. Die Mitglieder des Vereins, welche sich noch nicht im Besitz der neuen Mitgliedsbücher befinden, werden ersucht, vor Ablauf des Jahres dieses zu veranlassen. Die Zahlstellen des Vereins sind folgende: Richter, Neue Königsstraße 90; Levi, Marienburgerstraße 32; Weber, Landsbergerstraße 41; Fritz Krüger, Hirtenstr. 10; Wittschow, Al. Hamburgerstr. 27; W. Schmidt, Louisestr. 5. Der Vorstand.

Winter-Paletots

zu billigen aber festen Preisen empfiehlt Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 139. 66. Resterhandlung. 66. Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Früh-jahrs- und Sommermänteln, Jaqueté, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen. Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge 66. Karle, Waldemarstrasse 66. Achtung! Kein Laden. Kontroll-Spühmarke. Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 70 Pfg. 71L* G. F. Dinslage, Kottbuserstr. 4, Hof part.

Unfallfaden, Putzger, Steglitzerstr. 65

Oberjohanni's Bierhaus, Weinbergsweg 11D. Milchfäbel, Kannen, Saiten, Waage, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen Butterknetter, Drehrollen. Jordan, Al. Markuststr. 28. Achtung! Zahnarzt, auch Theilzahl, wöchentl. 1 M., Guckel, Lausitzer Pl. 2, Eljaferstraße 12. Möbel, gebrauchte, lauft Bartsch, Schützenstr. 2. Winter-Ueberzieher, Dofen, spottbillig. Pfandleihe, Stalitzerstr. 13. 10228* Restaurant Lindenhof. Für bevorzogene Herrenpartien empfehle mein Lokal. 1019b Stolpe 6. Wannsee. Mattausch. Vereinszimmer mit Piano zu vergeben Gdrlitzerstr. 86 b. Messer. Gute Weisse und ringfreies Bier wird verzapft. 1142b Freunden und Genossen theile hierdurch mit, daß ich das Schankgeschäft von Spindler, Reichenbergerstr. 118, übernommen habe. Hermann Köppen. Vereinszimmer mit Piano zu vergeben bei Ksmus, Blumenstr. 43. 1140b Guitarenspieler, welche einem Klub beitreten wollen, mögen sich melden Rylestr. 38 bei Dietrich. 1136b Restaurant 1128b ist krankheitshalber unter günstigen Bedingungen zu verkaufen, sechs Vereine, passend für größere Versammlungen. Näheres zu erfragen bei Altemppstein, Joachimstr. 16 im Bierverlag. 1124b Halt! 1124b Donnerstag Abend: Grosses Gänseauspielen auf d. Billard bei Gustav Schulz, Doffterhorstr. 55. Ausschank Münchener Brauhaus. Billard (?) zu verkaufen Fichtestr. 29 b. Portier. 1123b Betten, guter Stand, sof. f. 22 M. Reichenbergerstr. 6, v. 1 Tr. b. Praybiski. 1138b

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Genth-Strasse 2. Neue Erscheinungen: Ein Färlsten-spiegel zu Ruh und Lehr der deutschen Arbeiter. Von Fr. Mohring. Preis 30 Pf. Porto 3 Pf. „Postillon“ Nr. 24 10 Pf. Glühlichter Nr. 131 10 Pf. (Trefflich ausgestattet.) Warum der Kampf gegen die Sozialdemokratie? 20 Pf. Paskaloff's Ideen über Arbeiterbildung und soziale Frage. 40 Pf. Hans Sachs. Ein Erinnerungsblatt. 25 Pf. Der Hochverrathprozess gegen die „Rannheimer Volksstimme“. Preis 20 Pf. Kautsky, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Theil. Brosch. 1.50, geb. 2.— Naturkräfte und Naturgesetze. Heft 5. Zu herabgesetzten Preisen: Gedichte von Ludwig Pfau. Prachtband 2.40 M. Leinenbd. 2 M., eleg. brosch. 1.20 M. Ladenpreis früher 5,60 M. Konfessirt und wieder freigegeben: Soziale Weckrufe von F. Kunert. 40 Pf. Am Freitag gelangt zur Ausgabe: Hochverrathprozess Heft 15.

Apfelwein

(feinste Qualität) herb oder süß, 10 große od. 20 kleine Flaschen 3 Mark liefert R. Rother, Sophienstraße 18 frei ins Haus. 43/28 Wegen Mangels an Platz ist eine gut erhaltene Bettst. mit Matr. bil. z. verk. Dögle, Briegerstr. 15 1 Tr. 1129b Schlafstelle Alexandrinenstr. 85, S. IV. r. Eine möbl. Schlafstelle a. Herrn od. Damen Kottbuser Ufer 59, I. Quergeb. 8 Tr. L. a. d. Admiralstraße. 1157b Ein gut möbl. Hinterzimmer a. H. zu verm. als Schlafst. Krausenstr. 8, Hof 4 Tr. Pollack. 1141b

Arbeitsmarkt.

Wäschenähen. 1135b Junge Mädchen können bei uns das Nähen und Borrichten von Herrentragen unentgeltlich erlernen. Meldungen von 8-1 Uhr. van Laack, Schmitz & Eltschig, Greifswalderstr. 13. Farbigmacher verl. Kretschmann, Köpnickestr. 109a. 1152b Farbigmacher verlangt Kottbuser-Damm 100. 1130b Verfilberer verl. Göpfert, Marlusstraße 44. 1135b Puschelwiderinnen, tüchtige, sofort gesucht. 217M W. u. G. Kehler, Elisabeth-User Nr. 19. Gesucht von unserer Brandenburger Fabrik einige Um- und Andrucker. Forderung Berlin, Gerson, Schiffbauerdamm 6/7. 1125b

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboikotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte aufs Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreiunddreißig Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreiunddreißig Mann, von denen keiner Schuld an dem Boikott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppeldeutigkeit des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreiunddreißig Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinne ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter dulden, daß ein

ehroloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boikott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Boikott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boikotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth appellieren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thätige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handstich aufgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boikott!

Die Boykott-Kommission.

Boikottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlöberg, Friedrich Reichenkon, Char-Lottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Jub. Max Demhardt, N.W., Hannoverstr. 18a, Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenuwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liefenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. D., Niederlage Greifswalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, G. Radon, Lichtersfelde.
- Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Kenter, Ewinemünderstr. 45.
- Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernack, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Königshausen, Niederlage Reichenbergerstraße 33.
- Brauerei Danz, Freiwalde a. D., Vertreter: B. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Ludenwalde, Niederlage Gust. Spielermann, Krautstr. 48, Tel. VII. 1487.
- Export-Brauerei Grabow a. D. bei Stettin, Niederlage Marten, Bellermannstr. 6.
- Brauhaus Hohen-Schönhausen bei Berlin.

Boikottirt sind die folgenden, dem Ring angehörenden Brauereien:

- Aktien-Brauerei Friedrichshain, Berlin.
- Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe, vorm. Pakenhofer, Berlin.
- Aktien-Brauerei-Gesellschaft Moabit, Berlin.
- Aktien-Gesellschaft Schloßbrauerei Schöneberg, Schöneberg.
- Bergschloß-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Hochbrauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Kronen-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Unions-Brauerei, Berlin.
- Böhmisches Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch, Berlin.
- Brauerei Oswald Berliner, Berlin.
- Brauerei Julius Bölow, Berlin.
- Brauerei Borussia, Aktien-Gesellschaft, Niederschönweide bei Johannisthal.
- Brauerei Gambrius, Aktien-Gesellschaft, Charlottenburg.
- Brauerei Carl Gregor, Berlin.
- Brauerei F. Hoppoldt, Berlin.
- Brauerei Königstadt, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Brauerei Pfefferberg, vorm. Schneider u. Hillig, Berlin.
- Brauerei A. Borm, Berlin.
- Bürgerliche Brauerei, Berlin.
- Bürgerliches Brauhaus, Otto Müller, Berlin.
- C. Habel's Brauerei, Berlin.
- Gebüder Jolly, Berlin.
- Norddeutsche Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Schultheiß' Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin, Abth. I Schönhauser Allee.
- desgl. Abth. II Tivoli.
- Brauerei Schweizergarten, Berlin.
- Spanbauerberg-Brauerei, vorm. C. Wechmann, Westend bei Charlottenburg.
- Bereinsbrauerei Rixdorf.
- Versuchs- und Lehrbrauerei, Berlin.
- Viktoria-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Germania-Brauerei, David u. Martin, Berlin.
- Brauerei Stralau.

Ein agrarisches Kulturbild.

Gar oft ist von Unkundigen die Frage aufgeworfen worden, warum denn das Landproletariat in die Städte zieht, wo seiner eine viel größere Erwerbsunsicherheit harret, als sie ihm auf dem Lande fühlbar geworden. Die Antwort des Landproletariats lautet zwar immer, daß er es satt sei, von seiner Gutsherrschafft, oder wie sich sonst sein Hauptausbeuter nennt, als ein Wesen betrachtet zu werden, das im Werth tief unter dem Vieh stehe und daß daher sein beleidigtes Ehrgefühl ihm gebiete, eine problematische Erwerbsmöglichkeit aufzugeben, die sich ihm nur unter dem Zeichen der Buttermilch-laktose und der Gesunde-Ausnahmefese bemerkbar gemacht habe. Es finden sich zwar in seltenen Fällen ja auch auf dem Lande Ideologen, die das patriarchalische Regiment für Menschen erträglich machen möchten. Ein solcher Menschenfreund mag z. B. der Landrath des Kreises Pöln (Polska) sein, von dem das amtliche Teltower Kreisblatt in seiner Nr. 235 berichtet, daß er sämtliche Amtsvorsteher seines Kreises ersucht habe, dahin zu wirken, daß im kommenden Winter dem ländlichen Gesinde für den Abend stets eine warme Stube von der Dienstherrschafft zum Aufenthalt eingeräumt werde. Er will zum 1. März kommenden Jahres Bericht darüber haben, in wieweit dieser Vorchrist von der Dienstherrschafft freiwillig oder auf behördliches Eingreifen nachgekommen worden ist. Man sollte es kaum für möglich halten, so meint das Kreisblatt, daß derartige selbstverständliche Forderungen der Menschlichkeit und zugleich des eigenen Interesses der Dienstherrschaffen noch erst durch behördliche Verfügungen erzwingen werden müssen.

Wir sind der Ansicht, daß die Gutsherrschafft und Großbauern nicht verwundert genug thun werden über eine derart unerhörte Zumuthung. Und solche landrätlichen Interventionen sind noch im Pölnischen, also in einer Gegend nöthig, die sich weit abhebt vom ostelbischen Agrarier-Gidarado; die selbstverständlichen Pflichten werden vom Gutsherrschafft selbst unter einer Bevölkerung, die sich durch die Jahrhunderte hindurch ein Stück stolzer Steinfestigkeit bewahrt und sich auch einen Standard of life zu erhalten gewohnt hat, der hoch über dem Grad von Unkultur steht, unter dem der Landarbeiter in Preußen und Polen vegetirt. Man möge aus diesem Beispiel schließen auf die Zustände, die im eigentlichen Ostelbien herrschen. Die Folge ist die allbekannte. Die Kulturbedürfnisse sind selbst auf dem Lande denn doch schon zu hoch, als daß der Unternehmer ungestraft die in

seinem Dienste stehenden Menschen auf dem Standpunkte einer mit Religion dünn überzuckerten Bestialität niederhalten könnte. Eine weise Ausnahme-Gesetzgebung verbietet es dem Landproletariat, seine Lage an Ort und Stelle zu bessern und die Folge ist zum Glück für die Kultur die Einwanderung in die großen Städte, die, mag sie auch für die einzelnen noch so harte Schläge mit sich bringen, den vegetierenden Proletariat nach Verlauf einer mehr oder weniger langen Zeit zum Klassenbewußten Proletariat macht, zu einem Mann, der redlich und mit Eifer bemüht ist, die heutige Herrlichkeit der Dinge baldmöglichst ihrem wohlverdienten Ende entgegenzuführen. Aber der Agrarier? O, dem ist es zu Zeiten zwar unangenehm, daß ihm nicht die gewünschte Anzahl Auszubehnder zur Verfügung steht, aber zu Grunde gehen braucht er noch lange nicht. Ja, er hat nicht einmal nöthig, merktbar tiefer in die durch Viebesgaben zuweilen doch noch leidlich gefüllte Tasche zu greifen. Denn das ist es, das auch den verdorrtesten Feind der Gesellschaft von rechts wegen immer noch mit Bewunderung vor ihrer Ordnung erfüllen möchte, daß diese bis zu einem gewissen Grade aus sich selber die Wunden heilt, die sie dem Agrarier schlägt. Der Weisheit unserer Gesetzgebung sowohl, wie dem ganzen Gesellschaftsmechanismus überhaupt ist es zu danken, daß die Elemente, die ihren angestammten Gutsherrn in schänder Ueberhebung verlassen haben und dem vermaledeiten Juge in die Großstadt gefolgt sind, wenigstens insoweit sie bereits dem anscheinenden Untergang verfallen waren, reuig und in geläutertem Zustand sich wieder der heimathlichen Gutsherrschafft zuwenden. Man lese nachstehende, gegenwärtig durch die Presse gebende Notiz, um unsere, vielleicht ein wenig vermessen klingende Behauptung bestätigt zu finden:

Ueber 1000 landwirthschaftliche Arbeiter sind von dem Arbeitsnachweise-Bureau des Vereins für Besserung der Strafgesangenen für den 24. Oktober, wo in Mecklenburg Gefängnißwechsel ist, und für den 10. November, dem Ziehtag in der Priegnitz, verlangt worden, und noch fortgesetzt laufen nachträgliche Gesuche um Zuweisung von Arbeitsträften ein, am gestrigen Tag deren allein 54. Das Bureau ist, infolge dessen noch nicht in der Lage gewesen, allen Wünschen zu entsprechen, obgleich seit Mitte September von 887 überhaupt Untergebracht 706 der Landwirthschaft zugeführt worden sind. Die Nachfrage nach ländlichen Arbeitern wird nach den Erfahrungen des Bureau von Jahr zu Jahr stärker, und die Land-

Diesseits der Sozialdemokratie.

Protokoll über die erste allgemeine Vertrauensmännerziehung der vereinigten Patrioten. Aufgenommen am 7. November 1894 im Hotel „Zu den 3 Halbägeln“, Friedrichstraße, Berlin.

Um 8 Uhr 30 Minuten ergriff Herr Maligsen die Äußerung, das Wort und spricht: „Verehrte Anwesende! Nach einhändiger, anregender Debatte haben Sie mir den Vorschlag übertrugen, wie ich mir schmeichle, wohl deshalb, weil ich bei allen Männern von Bildung und Verstand als der kommende Retter des Vaterlands gelte. Ich danke Ihnen und verspreche Ihnen, die Versammlung zu leiten mit all der Staatsmännlichkeit, die mir zugeschrieben wird seit meinen politischen Kinderjahren. Bevor wir aber die Beratung beginnen, möchte ich Sie auffordern, mit einzustimmen in den Ruf: ...“

Herr Schwarz (scherzend): „Zur Geschäftsordnung! Ich protestire! ... Der heilige Vater ist der König der Könige. Er hat die Gewalt, zu binden und zu lösen im Himmel und auf Erden. Sein Name muß zuerst genannt werden!“ „Hört!“ ... „Hört!“ ... „Freiheit!“ ... Tumult. Allgemeines Durcheinander. Die Versammlung wird auf fünf Minuten verlagert.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung ergriff das Wort Herr Maligsen: „Meine Herren! ... Sei es! Wir fahren fort in unserer Verathung. Meine Herren! Wie Sie gehört haben, soll für Religion, für Sitte und Ordnung, und gegen die Parteien des Unsturzes endlich einmal Generalmarsch geschlagen werden. Und, verehrte Anwesende, wir sind hier versammelt, um, wenn ich mich so ausdrücken darf, für diesen Marsch die Noten, den Text, den Rhythmus, anzugeben.“ „Bravo!“ „Sehr gut!“ ... Allgemeine Heiterkeit. „Meine Herren! Ich bitte um Ihre Vorschläge ...“

Herr Anti IV: „Heil! Ich und meine drei anwesenden Freunde (Zuruf: „Na! Na!“) sind die Hauptfeinde unserer germanischen Kultur und der teutonischen Nation in den Juden.“ „Oho!“ „Zur Ordnung!“ Herr Regenbogen II springt auf und redet erregt auf den Vorsitzenden ein. Anti IV leert ein Seidel Boikottbier auf einen Zug und fährt dann fort: „Zawohl! Die Juden und noch einmal die Juden! Sie sind

der Ugrund alles Bösen, das unser herrliches Volk bisher getroffen hat, jetzt trifft und treffen wird in alle Ewigkeit. Darum: Klaus mit ihnen! Klaus!“

Der Redner muß abbrechen, da ihm vom Vorsitzenden das Wort entzogen wird. Mit dem Rufe: „Freunde, verlassen wir das Lokal, es ist nicht unfrüh!“ springt er vom Podium und konzentriert sich mit seinen Gesinnungsgenossen zur Thür hinaus.

Herr Regenbogen II. Ich danke dem Herrn Vorsitzenden vielmals, daß er die Ehre jener staatsverhaltenden Elemente, die leider hier nicht vertreten sind, so energisch gewahrt hat. Uebrigens begreife ich ganz und gar nicht, wie man die Anti-Vereine überhaupt einladen konnte. Die sind ja ärger wie die Anarchisten! Ich komme nun zu den Sozialdemokraten. Es ist selbstverständlich, daß man diese Herren unter die Umsturzer rechnen muß. Wir haben sie auch schon bisher bekämpft. Leider haben die angewandten Mittel nicht angeschlagen. Meine Herren! Wenn mein Freund, der Ehrenbürger von Danzig, noch Reichskanzler wäre, wüßte ich schon, was wir zu thun hätten. Was der beschließen und beantragen würde, wäre wohl gethan. Leider ist er nicht mehr Reichskanzler. Nun, ich werde meinen Freund Carl fragen, und wir werden Ihnen dann, zur gelegenen Zeit, die Meinung des deutschen, freisinnigen Bürgerthums schon mittheilen ...“

Herr v. Lautstummberg: „Um die Sozialdemokratie kurzer Hand zu unterdrücken, beantrage ich: Jeder Deher wird eingekerkert und bekommt solange nichts zu essen, bis er sich bekehrt hat. Dann wird er nach Afrika transportirt und dort unter das Kommando des Herrn Leif gestellt. Ob nicht auch der Vorredner sammt seinen elf vereinigten Freunden unter die Deher zu zählen ist, werde ich in einem Was bestimmen, sobald ich nach meiner Residenz Sieben-Wirthshäuser zurückgekehrt bin.“

Herr v. Weiß: „Meine Herren! Der Begriff Umsturz scheint mir hier denn doch etwas zu eng umgrenzt zu werden. Ich bin königstreu bis in die Knochen und Kandorath. Auf Ehre! Aber ich muß sagen, es giebt auch außerhalb der Sozialdemokratie noch Leute und Faktoren, denen die Heiligkeit des Eigenthums nicht über Alles geht. Von der Börse (Zuruf des Herrn Regenbogen II: „Nicht demuziren!“) ... Ich demuzire nicht, ich beweiße ... Von der Börse will ich hier gar nicht einmal reden.“

leute sind jetzt schon zufrieden, wenn sie als Hofgänger auch ganz junge ungeübte Leute erhalten."

So kommt die alte, als Manchestertum verdamnte Weisheit doch wieder zu Ehren, daß das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte schließlich alles zum besten führt.

Der Junker erhält die Landarbeiter, die froch zu höherem Genuß gelangen wollten, als sie die erbeigehämliche Buttermilch-Kartoffel bietet, in einem Zustand wieder zurück, der das Beste für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung im Sinne des Agrarierthums erhoffen läßt.

Der landwirtschaftliche Arbeiter, der aus den Muster-gefängnissen der großen Städte mit gebrochenem Rückgrat entlassen wird, wird die Hand des Herrn küssen, der ihn, den Verworfenen, wieder in Gnaden aufnimmt.

Und sollte sich doch noch Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften bemerkbar machen und sollte doch hier und da ein verwegener Bursche auf den Gedanken kommen, daß es im Gefängnis am Ende noch eher auszuhalten sei, als unter dem patriarchalischen Regiment des Gutsherrn, so wird die zunehmende Proletarisierung einerseits und eine durch Lattenarbeit weise gekrümmte Verschärfung unserer Strafgesetze andererseits schon für die nötige Remede sorgen.

Nur Geduld, lieber Agrarier, was auch in Preußen-Deutschland geschehe, es fällt schließlich doch zu Deinem Besten aus.

Gerichts-Beitrag.

Gewerbegericht.

Gegen den Aktien-Bauverein Unter den Linden" klagte der frühere Schürmeister des Theaters Unter den Linden" auf Zahlung eines Monatsgehalts im Betrage von 150 M. Der Klage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde. Der Kläger schloß am 28. August des vorigen Jahres mit dem Aktien-Bauverein, vertreten durch den Direktor Arendt, einen Vertrag für die Dauer eines Jahres, und zwar für die Zeit vom 1. September 1893 bis zum 1. September 1894. Der Vertrag enthielt die Bestimmung, daß die Direktion das Recht hätte, den Schürmeister Feldner in der Zeit vom 1. Mai bis zum 1. September auf drei Monate zu beurlauben, ohne ihm für die Urlaubszeit sein Gehalt zahlen zu brauchen. Als Entschädigung für den event. Ausfall der dreimonatlichen "Besüge" wurde ihm das Recht zugesprochen, während des Urlaubs auf jedem Theater außerhalb Berlins Beschäftigung nehmen zu dürfen. Der Vertrag sah u. a. auch fest, daß im Falle eines Direktionswechsels das "Mitglied" Feldner verpflichtet sei, seinen vertragsgemäßen Obliegenheiten auch unter der neuen Leitung nachzukommen. Feldner erhielt nun am 4. Juni tatsächlich seinen Urlaub ohne Besüge" dekretiert, und zwar wurde er bis zum 31. Juli beurlaubt. Als er sich am Morgen des 1. August beim Direktor Frische meldete, an den inzwischen das Theater durch Pachtvertrag übergegangen war, wurde ihm von diesem ein weiterer Urlaub von einem Monat "ertheilt". Hierbei ist nicht zu vergessen, daß mit diesem Monat auch der Vertrag abließ, den Feldner und der Aktien-Bauverein mit einander geschlossen hatten. Ersterer glaubt deshalb auf die Bezahlung des Monats August Anspruch erheben zu können, weil die anfängliche Beschränkung des Urlaubs auf zwei Monate und die erst nach Ablauf dieser Frist erklärte Verlängerung desselben seine Dispositionen über die freie Zeit wesentlich beeinflusst habe. Er ist der Meinung, daß die ganze Dauer des Urlaubs von vornherein hätte bestimmt werden müssen, damit er sich "danach einrichten" konnte. Der Vertreter des Beklagten erhob den Einwand, nicht an ihn, sondern an den neuen Theaterdirektor hätte der Kläger seine Forderung zu richten. Das Gericht schloß sich dem an und wies deshalb den Kläger ab wegen mangelnder Passivlegitimation, wie die juristisch-technische Bezeichnung lautet. Assessor Leo, unter dessen Vorsitz die Kammer VI am 16. November die Sache verhandelte, begründete das Urtheil damit, daß des Klägers vermeintlicher Anspruch aus der Zeit der Direktion Frische stamme, zu welcher tatsächlich sein Vertrag mit dem Aktien-Bauverein auf Frische übergegangen gewesen sei.

Es steht Feldner nunmehr frei, gegen die Entscheidung Berufung einzulegen oder eine neue Klage, und zwar gegen Frische, beim Gewerbegericht anzustrengen. Hoffentlich zieht er letzteres vor.

Schiebung. Die Näherin Kemler hatte vom 16. Mai bis zum 12. September bei den Mamlock'schen Eheleuten, Luise-Wer Nr. 22, gearbeitet, welche ihr 22,25 M. an Lohn schuldig blieben. Sie ersucht beim Gewerbegericht eine Verlaufsbescheinigung gegen Herrn Hilfer Mamlock auf Zahlung dieser Summe. Die einen Gerichtsvollzieher übertragene Zwangsvollstreckung des Urtheils fiel fruchtlos aus; es wurde nämlich dem Beamten ein Vertrag vorgelegt, welcher bestimmt, daß vom 14. August 1894 ab Georg Mamlock (der Sohn des Hilfer Mamlock) Inhaber des Geschäfts und der Geschäftsräume sei. Die so hintergangene Näherin strengte nun gegen Georg Mamlock eine Klage an. Im Termin vom 14. November wandte dessen Vertreter ein, die Klägerin habe zwar in den bewußten Räumen gearbeitet, aber nicht für Georg Mamlock, sondern für die Mutter desselben, Frau Mathilde Mamlock. Konstatirt wurde ferner, daß Georg Mamlock als Geschäftsvorfahre fast nie "zu Hause" ist. — Der würdige

Sohn würdiger Eltern wurde mit der Begründung verurtheilt, daß er mit dem Geschäft auch die Pflichten und Lasten desselben übernommen habe und deshalb auch für Arbeitslöhne aufkommen müsse.

Für Arbeiter, welche die Arbeitsnachweise ihrer Gewerkschaften benutzen, ist ein Urtheil von Interesse, das die Kammer III unter dem Vorsitz des Assessor Volmeyer am 18. November fällte. Der Maler Lange beanspruchte eine Lohnschädigung mit der Begründung, er sei am 19. September durch Vermittelung des Zentral-Arbeitsnachweises der Maler vom Malermeister Caspar engagirt, jedoch sofort wieder entlassen worden. Lange behauptete ferner, der Beklagte hätte mit ihm einen Wochenlohn von 34,50 M. vereinbart. Letzterer bestritt dies, indem er erklärte, gerade deshalb den Kläger nicht engagirt zu haben, weil dieser nach dem zu erwartenden Lohne frag. Mit Nachdruck hob Beklagter hervor, daß er dem Kläger auf dessen Frage geantwortet hätte: "Solche Leute, die immer gleich nach dem Lohne fragen, stelle ich prinzipiell nicht ein." (Eine nette Moral!) — Der Gerichtshof legte dem Beklagten den Eid darüber auf, daß kein Lohn zwischen ihm und dem Kläger vereinbart sei. Derselbe leistete den Eid, worauf ihm das Gericht verurtheilte, 5,75 M. als angemessenen Tageslohn eines Malergehilfen dem Kläger zu zahlen. Mit der Mehrforderung wurde der Kläger abgewiesen. Gründe: Nach dem Schwur des Beklagten habe das Gericht angenommen, daß ein Arbeitsvertrag zwischen den Parteien nicht zu Stande gekommen war, denn zu einem solchen gehöre die Lohnvereinbarung. Dadurch, daß der Beklagte sich an den Nachweis wandte, hätte er jedoch den Kläger veranlaßt, zu ihm zu kommen, deshalb müsse er diesem den einen Tag entschädigen. Der Kläger hätte möglicherweise in der ihm verloren gegangenen Zeit eine andere Stellung nachgewiesen erhalten können.

Der Maler Mendelski hatte vom 2. bis zum 10. Oktober beim Malermeister Rihmann gearbeitet und war dann ohne weiteres entlassen worden, weshalb er Lohnschädigung wegen unberechtigter sofortiger Entlassung verlangte. Der Beklagte überreichte dem Gerichtshof als Beweis dafür, daß mit dem Kläger die Kündigung ausgeflossen worden sei, eine Engagementskarte des Arbeitsnachweises der Maler; er behauptete, dieselbe vom Kläger beim Engagement, zum mindesten aber am Tage desselben, ausgehändigt erhalten zu haben. Der Kläger stellte dem die Behauptung gegenüber, er hätte die Karte nicht Herrn Rihmann übergeben, dieselbe rühre von einem früheren Engagement her; er, Kläger, habe sie vielleicht im Betriebe Rihmann's verloren und dieser sie gefunden. Daß der Name des Meisters, an den die Karte adressirt gewesen, durchstrichen sei und daß der Name Rihmann neben dem durchstrichenen Namen sich befinde, rühre vermutlich von einer Fälschung her. Zu Rihmann habe ihn ein Kollege gebracht. — Der Vorsitzende konstatierte, daß die Karte nicht vom 2. Oktober, sondern vom 17. September datire. Infolge dessen sah das Gericht von einer Beweiserhebung über die sich widerstreitenden Behauptungen der Parteien ab und verurtheilte den Beklagten zur Zahlung von 51 M. Es hielt für erwiesen, daß der Kläger nicht durch den Nachweis der Maler zu ihm gekommen sei. Beklagter hätte sich, führte der Vorsitzende aus, die Karte ansehen müssen, wenn er sie wirklich vom Kläger erhielt. Er hätte dann gefunden, daß sie einen halben Monat vor dem Engagementstage ausgeflossen worden sei; die Annahme, Kläger sei nicht vom Bureau geschickt, wäre die Folge gewesen.

Unter der Auflage, den Eisenbahnstiel um 20 Pf. geschädigt zu haben, stand der Arbeiter Carl Janzki aus Rixdorf dieser Tage vor dem dortigen Schöffengericht. Die Beweisaufnahme ergab folgenden Thatbestand: Der Angestellte hatte sich im Januar d. J. eine Monatskarte für die Ringbahnstrecke Rixdorf-Schmargendorf gelöst. Am 18. Januar mußte er nach dem Schlesischen Bahnhof fahren und da J. glaubte, die Karte gelte auch für eine Zehnpendelstrecke in entgegengesetzter Richtung, so unterließ er die Lösung einer Fahrkarte. In seinem Glauben wurde J. bestärkt, weil er zweimal unbeanstandet die Kontrolle auf dem Schlesischen Bahnhof passierte und erst bei seiner Rückkunft in Rixdorf angehalten wurde. Unter diesen Umständen vermochte der Gerichtshof in dem Verhalten des Angestellten einen Betrug nicht zu erblicken und sprach denselben daher frei.

Wegen Hausfriedensbruchs, begangen auf dem in Rixdorf gelegenen Friedhof der Thomas-Gemeinde zu Berlin, hatte sich dieser Tage der Gärtner Karl August Julius Rückheim auf Rixdorf vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Der Angestellte war von einem Herrn Benno Hoffe in Berlin beauftragt worden, ein auf dem Thomas-Kirchhof belegenes Grab mit Epheu zu besetzen, welchen Auftrag Rückheim am 12. Mai d. J. ausführte. Raun hatte er jedoch mit der Arbeit begonnen, als ein Kirchhofs-Arbeiter erschien und ihm erklärte, das Besetzen und Befestigen der Grabhügel dürfe nur von Angehörigen des Kirchhofs oder von den Angehörigen des Verstorbenen selbst ausgeführt werden, weshalb er sich sofort entfernen müsse. Diese Erklärung erschien dem Angestellten jedoch so unangenehm, daß er derselben keine Beachtung schenkte, sondern ruhig weiter arbeitete. Bald darauf erschien der Kirchhofs-Inspektor

Stärke und forderte Rückheim auf, die Arbeit einzustellen und den Kirchhof zu verlassen, da fremde Personen nach einer Verfügung des Konsistoriums der Provinz Brandenburg die Gräber nicht besetzen oder besetzen dürfen, dies vielmehr Sache der Kirchhofs-Verwaltung sei, sofern die Angehörigen sich nicht selbst damit befassen wollen. Rückheim erklärte jedoch dem Inspektor, daß er den ihm gewordenen Auftrag erst ausführen werde, ehe er den Kirchhof verlasse, und so geschah es auch. Die Folge war die obige Anklage. Das Schöffengericht war der Ansicht, daß hier von einem Hausfriedensbruch keine Rede sein könne, da der Angestellte seinen Auftrag in einer Zeit ausführte, in welcher der Kirchhof für die Allgemeinheit geöffnet war. Dadurch, daß die Kirchhofs-Verwaltung eine Grabstelle verkauft oder verpachtet habe, müsse sie auch das Recht der Ausschmückung des Grabhügels gewähren, eine Verfügung des Konsistoriums, welche der Kirchhofs-Verwaltung hierzu ein Monopol einräumt, sei daher unberechtigt und unzulässig. Jedermann könne seiner Angehörigen Gräber schmücken lassen, von wem er wolle. Aus diesen Gründen wurde der Angestellte kostenlos freigesprochen.

Vom Landgerichte Essen a. N. ist am 25. Mai der Redakteur der "Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung", Heinrich Hanninghaus in Gelsenkirchen wegen Verleumdung der Bergbeamten und Landräthe, die im Jahre 1889 nach Beendigung des großen Streiks eine Enquete veranstaltet hatten, zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Die Verleumdung wurde erblickt in einem von dem Angeklagten nicht selbst verfaßten Artikel der genannten Zeitung vom 8. Februar 1894. Hauptsächlich intrinmirt war eine Stelle, in welcher es hieß, daß die konventionelle Pöbe und Heuchelei im empfindlichen Maße plagreife und daß gewisse Bergleute von den Pöben als Partas behandelt würden. — In seiner Revision behauptete der Angeklagte, durch Ablehnung von Beweisunterlagen in seiner Vertheidigung beschränkt worden zu sein. — Das Reichsgericht erachtete die Klage für begründet und hob am Sonnabend das Urtheil auf.

Vom Reichs-Versicherungsausschuss. Der Steinschläger Weichert, welcher auf einer Chaussee Steine zerstückte, wurde im August des vergangenen Jahres bei seiner Thätigkeit von einem schweren Gewitter überfallen. Er verließ eilig seinen Steinhaufen, um ein schützendes Obdach zu suchen, wurde jedoch unterwegs vom Blitz erschlagen, und zwar befand er sich nur wenige hundert Meter von dem verlassenem Steinhaufen. Den Antrag seiner Wittve, ihr eine Rente zu gewähren, lehnte die Steinbruchs-Versicherungsgesellschaft ab, ebenso das hierauf angerechnete Schiedsgericht. Die Berufsgesellschaft wie das Schiedsgericht machten geltend, daß Unfälle der fraglichen Art nur dann als Betriebsunfälle angesehen werden könnten, wenn ihre Thätigkeit die Betroffenen ganz besonders der Blitzschlaggefahr aussetze. Außerdem legten Berufsgesellschaft und Schiedsgericht noch Werth darauf, daß sich der Erschlagene, wie sie annahmen, in dem für ihn so unglücklichen Moment nicht mehr im Banne des Betriebes befunden habe. Das Reichs-Versicherungsausschuss, welches die Klägerin schließlich anrief, verwarf am 12. November die schiedsgerichtliche Entscheidung; es sah in dem Weichert Unfälle einen Betriebsunfall. Insbesondere hob der Vorsitzende hervor, daß der Betrieb bei der Meinung, Weichert sich solange im Banne des Betriebes befunden, als er auf der betreffenden Chaussee war.

Versammlungen.

Unsere politische Lage. Ueber dieses Thema referirte Genosse Zubeil am 14. November vor einer gutbesuchten Versammlung im ersten Wahlkreis. Die gegenwärtigen Bestrebungen der Regierung gegen unsere Partei verleiht Redner mit der in manchen ähnlichen Perioden, die im Jahre 1878 über die Sozialdemokratie hereinbrach. Ein Vorspiel des Kampfes gleicher Art spielt sich gegenwärtig in Italien ab, wo ein von senatsmäßigem Haß gegen die Arbeiterfrage erfüllter Minister die Organisation der Arbeiter mit allen Mitteln zu zerstreuen sucht. Der Ausgang des Kampfes wird kein anderer sein, als wie ihn Bismarck in Deutschland erleben mußte. Redner geht dann zu einer eingehenden Besprechung der gemäßigten Parteien und politischen Zustände in Deutschland über, um am Schluß zur regen Propaganda für die Sozialdemokratie aufzufordern. Von der Diskussion wurde allseitig abgesehen und erfolgte deshalb frühzeitig der Schluß der Versammlung.

Für die Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen fand am 19. d. Mts. im Ewinemünder Gesellschaftsbaue eine Parteiversammlung statt, in welcher ein Vortrag über: "Die Presse und ihr Beruf" und die Uebernahme des Betriebes des "Vorwärts" für die genannten Stadttheile in eigene Regie zur Tagesordnung standen. Ueber beide Punkte gemeinsam referirte Genosse Kiesel. Derselbe knüpfte an den Passivischen Ausspruch: "Der die Presse hat, hat die Macht" an, veranschaulichte in eingehender Weise die Wichtigkeit dieses Sages und wies nach, daß sich die ganze bürgerliche Presse einig sei in der Bekämpfung der Arbeiterbewegung und in dem Bestreben, die Arbeiter von ihren wahren Interessen abzulenken. Leider würde die bürgerliche Presse noch vielfach von Arbeitern gelesen und mit ihrem sauer

Aber ich frage Sie, war und ist der russische Handelsvertrag nicht der reinste Haubzug auf Kosten der Agrarier? Meine Herren, wir haben den Mann, der ihn veranlaßt, zu einer Schweizerreise im Winter verholzen; ich glaube, das war Machtprobe genug. Meine Herren! Wir Junker stützen Thron und Altar, seit wir existiren, wir sind die Edelsten und Besten und das Rückgrat der Nation. Wir erklären uns bereit, mitzukämpfen für die höchsten Güter der Menschheit, aber uns muß die Führung überlassen bleiben. Und wir werden bestimmen, wer alles zu den Umsturzparteien zu rechnen ist. . . . (Bravo und Jüchen.)

Vorsitzender Maligsen: "Vervor ich dem nächsten Redner das Wort ertheile, möchte ich die Herren ersuchen, sich doch etwas zu nähigen. Nur immer Staatsmänn'ch, verehrte Anwesende! Nur immer Staatsmänn'ch!"

Herr Regenbogen I: "Ich möchte wirklich wissen, weshalb man und hierher berufen! Damit wir die vorhinmündlichen Ansichten ostelbischer Ritter anhören sollen, die mit Kind und Regel aus den Tälchen anderer Leute leben? . . ."

Herr v. Weiß: "Ich werde Ihnen morgen meine Zeigen schicken."

Herr Regenbogen I: "Gut, ich werde Ihnen meinen neuesten Zeitartikel vorlesen, damit Sie etwas lernen."

v. Weiß: "Ich verzichte! Ich verzichte!"

Herr Regenbogen I: "Na, denn nicht! . . . Ueber die Bekämpfung des Umsturzes selbst ist weiter nichts zu sagen. Alles Wissenswerthe ist zusammengestellt in meinen "Jerklehren". Mit diesen, dem neuen Programm der freisinnigen Volkspartei, meinen Budgetkenntnissen und meinen Freunden Permes und Öhrle fordere ich das ganze Jahrhundert in die Schranken. Dixi!"

Herr Schwarz: "Ich bitte um Wort!"

Vorsitzender Maligsen: "Ich weiß wirklich nicht . . . Ob die geachtete Versammlung . . ."

Herr Schwarz: "Bogo verbum. Das Wort will ich, oder ich komme Euch bayerisch!"

Vorsitzender Maligsen (nach einigem Hörgen): "Habens!"

Herr Schwarz: "Ich hab' mir es ja gleich gedacht, daß die Geschichte so kommen wird. Dornen tragen keine Trauben, und von Dileta lassen sich keine Freigen lesen. (Unruhe und lebhaftes Gemurmel.) Ach was! Wer sind Sie denn? Ist etwa Einer unter Ihnen, der seinerzeit nicht in das Feuer des Kulturkampfes gestiegen? (Stöße des Vorsitzenden.) Wer von Ihnen glaubt an einen persönlichen Got und an eine Unsterblichkeit der Seele?"

Sie, die die höchste Autorität vernichtet haben, wollen gegen den Umsturz predigen? Aber ich sage Ihnen . . ."

Vorsitzender Maligsen: "Ich entziehe dem Redner das Wort."

Herr Schwarz: "Das können Sie, Sie Witternacht-Reiter von Frankfurt . . . Aber ich sage Ihnen . . ."

Allgemeines Durcheinander. Die Anwesenden erheben sich und drängen schreiend auf Schwarz ein.

Vorsitzender Maligsen (schwingt unmaßgeblich die Glode): "Aber, meine Herren! Wo bleibt die Staatsmännigkeit! . . ."

Meine Herren! . . . Wir müssen zusammenhalten . . . Die- . . ."

Alle: "Alles . . . Schaf . . ."

An dieser Stelle bricht das Protokoll plötzlich ab. Von dem Buchstaben hinter dem f ist nicht genau zu erkennen, ob er ein e oder s sein soll. Wie uns mitgeteilt wird, hat das eine sehr natürliche Ursache. Dem an der Thür stehenden Wirth war von dem tosenden Anti-Umsturz-Geschrei ganz wie im Kopfe geworden. In seiner Angst machte er einen Satz und drehte mit einem Griff das Gas ab.

So ist es gekommen, daß Staat und Gesellschaft, Sitte und Ordnung auf ihre Rettung noch einige Tage warten müssen. —s.

Literarisches.

Bilderbuch für große und kleine Kinder. 42 S. 40. Mit zahlreichen bunten Beilagen. Stuttgart 1894. J. D. Nees' Verlag. Preis 75 Pf.

Als vor Jahresfrist der Dieck'sche Verlag sein erstes Bilderbuch auf den Markt brachte, fand dasselbe überall einen freundlichen Begrüßung. Zum ersten Mal lag uns ein trotz billigen Preises prächtig ausgestattetes Werkchen vor, dessen Inhalt sorgsam alles vermied, was sich zur Anergiebung der Liebe zum angestammten Herrscherhaus, der Bewunderung von Reichthum und toller Pracht, der Unterscheidung zwischen den zivilisirten oberen Gehirntausend und dem rohen Arbeitervolk u. s. w., in den heutigen Jugendschriften breit macht. Freilich schien es dem Schreiber dieser Zeilen schon damals, als ob das Bilderbuch etwas zu einseitig belehrend gehalten war; außer den naturgeschichtlichen Skizzen zu wenig tendenzfrei, rein zum Gemüth des Kindes sprechendes, seine Phantasie anregendes ent-

hielt, obwohl sich die Verfasser wohl bewußt waren, daß es nur allzuhäufig das einzige Buch des Kindes sein würde.

Bielorbeisend blatte uns deshalb das hübsche Umschlagsbild des zweiten sechsen vom gleichen Verlag zum gleichen Preise herangegebenen Bilderbuch an. Aus äppigen Waldboden erhebt sich da eine mächtige Felswand, in welcher sich ein weiter Eingang öffnet; aber nicht in eine dunkle Öbhe schauen wir, nein, da strahlt uns Licht und Farbenpracht entgegen; auf spiegelblankem See lassen sich Kinder von einem Schwaan umher fahren, während am Ufer auf den zu einem prächtigen Palast führenden Stufen eine Wasserreize ihr Spiel treibt. Vor der Felswand, deren Oeffnung jedoch erfolgte auf das Zaubertwort eines Zwerges mit würdig weiß-wollendem Bart — der nur deshalb nicht am Boden schleift, weil sein Träger auf einem rothen Fliegenpilz steht — vor der Felswand stehen Brüderchen und Schwesterchen — Schwesterchen gern bereit, der Einladung des Zwerges zum Aufsteigen seiner Wunder zu folgen, während das jüngere Brüderchen sich noch etwas ängstlich zurückhält, bis der Jura des munteren Eickelchens und die Stimme des bedächtigen Raben seinen Muth belebt haben werden.

Leider entspricht der Inhalt nicht recht diesem anziehenden Bild; nur sehr wenig ist es, das sich ganz vom belehrenden Ton frei hält. Ausgerechnet sind auch diesmal wieder die naturgeschichtlichen Darstellungen; in den meisten Erzählungen aber macht sich meines Erachtens die Tendenz zu breit, man sieht auf den ersten Blick, sie sind nicht um ihrer selbst willen, sondern um der Tendenz halber da. Das schlimmste Beispiel dafür ist das sogenante "Märchen", "Der Vagabund und das Glüd", das weiter nichts ist als eine noch dazu recht ungeschickte Allegorie — die holde Fee im Zauberschlaf trägt den poetischen Namen: "Das schlaumächtige Glüd", und der Held Vagabund muß sich freuen, daß seine Mutter und Schwester begraben sind, denn sie heißen "Vergewissung" und "Armut"! Solche Dinge leßt das Kind wohl einmal durch, daß es aber wieder und wieder danach greift, wie nach einem wirklichen Märchen, halte ich für völlig ausgeschlossen. Viel besser wäre es gewesen, ein Volksmärchen hierher zu setzen und, wenn durchaus alles original sein soll, dasselbe durch den geschickten Stift der Zeichner illustriren zu lassen. Unser Gesamturtheil lassen wir dahin zusammen, daß die diesjährige Ausgabe des Bilderbuches gegen die vorjährige sicherlich keinen Fortschritt bedeutet; es ist vielleicht das Beste, das wir unseren Kindern in die Hand

Gesangverein Liederfreiheit I.

(Mitgl. d. Arb.-S.-V. Berlin u. Umg.) Dirigent: R. Fietz.
Sonnabend, den 24. November
 nicht Donnerstag, den 22., wie irrthümlich in der vorigen Anzeige steht!
 Zur Feier des 33. Stiftungsfestes:

Grosses Vokal- und Instrumental-Concert

in Fiebig's Ball-Salon, Grosse Frankfurterstrasse 28.
 Zur Aufführung gelangt u. a.:

Bannerlied von Sahn, **Vor dem Sturm** von Engelsberg (mit Orchesterbegleitung).
 Nach dem Concert: **Großer Ball.**
 Anfang 8 1/2 Uhr. 129/7. Billet 25 Pfennig.
 Der Ueberschuss ist für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter bestimmt.
 Ausschank von ringfreiem Bier. Das Komitee.

Gesangverein Männerchor St. Urban.

(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.)
Sonntag, den 25. November 1894, Nachmittags 5 Uhr:

Gr. Vokal- u. Instrumental-Concert

in den Sälen des Etablissements **Märkischer Hof**,
 Admiralstr. 18c. 129/8

Nach dem Concert: **Tanz.**
 NB. Als Mitwirkende u. a. Gesangshumorist Herr Geströck und
 Geschwister Fr. Friedrich, sowie der kleinsten Liedersängerin
 der Welt.
 Einen genussreichen Abend versprechend ladet zu regem Besuch ein
 Das Komitee.

Programme sind in allen bekannten Lokalen und Zigarrenhandlungen à 30 Pf. zu haben.

Bekanntmachung.

Sonntag, den 16. Dezember 1894, Mittags 12 Uhr:

Grosse Matinée

zum Besten der ausgesperrten Brauerei-Arbeiter
 in den neuerbauten Pracht-Festsälen, Koppenstr. 29
 (5000 Sitzplätze).

Veranstaltet vom **Gesangverein Männerchor St. Urban**
 unter Mitwirkung geschätzter Kräfte.
 Alles Nähere Plakate und Programme.

Arbeiter - Stenographen - Verein

Eintracht. 108/7
Sonnabend, den 24. November 1894:

II. Stiftungs-Fest

im Märkischen Hof, Admiralstraße 18c.
Gr. Ball. Während der Kaffeepause **Plüsch-Concert**
 und komische Vorträge.
Kein Ringbier. Anfang 8 Uhr. Entree: Herren 50 Pf., Damen 25 Pf.
 Parteigenossen ladet hierzu ein Der Vorstand.

Achtung! Elysium, Achtung!

Landsberger Allee 40.
Sonnabend, den 24. November 1894:

Gr. Vokal- und Instrumental-Concert

zum Besten der ausgesperrten Brauereiarbeiter.
 Veranstalter vom **Zitherklub Gleichheit** (Dirigent Herr O. Potzoldt)
 und dem **Karthaus'schen Gesangverein.**
 Die Musik wird von Mitgliedern der freien Vereinigung der
 Zivil-Berufsmusiker ausgeführt.
 Nach dem Concert **Großer Ball.**
 Anfang 8 1/2 Uhr. Programm 25 Pf. Das Komitee.
 1197b

Buss' Salon,

Gr. Frankfurterstr. 85, empf. sich zu Versammlg., auch
 sind noch einige Sonnabende zu Maskendällen frei.

Baer Sohn BERLIN

24a. Chausseestraße 24a.
 am Friedrich-Wilhelmsstädtisch. Theater.
11. Brüdenstraße 11.
 Ecke Düngestraße.
16. Gr. Frankfurterstraße 16.
 Gegenüber dem National-Theater.

Herren- u. Knaben-Bekleidung.

Gegeündet 1891

Geschäfts-Häuser.

Feste Preise.

Preise in Zahlen.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher
 in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten
 Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99 und
Rosenthalerstr. 63/64
 in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten
 Preisen verkauft. Wir bitten uns durch reichliche
 Einkäufe zu unterstützen. 1102L.
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.



Pelzwaaren-Fabrik, Göbel & Reinecke

Verkaufsstellen direkt in der Fabrik
Stallschreiber-Strasse No 50 51, 1 (Ecke Alexandrinenstraße) und
Jerusalem-Strasse 65 (Laden, an der Kirche).
 Sämtliche Waaren sind aus besten Winterfellen unter unserer eigenen
 fachmännischen Leitung hergestellt. Telephon Amt IV 9790.

Halb und Halb.

Mampe mit Pomeranzen

Feinste Likörmischung
 Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
 Likörfabrik Berlin, N. 28
 In allen Colonialwaarenhandlungen

Fritz Bock, Herren- u. Knabengarderobe,

Schneidermeister, Oranienstr. 204.
 fertig und nach Maß. — Garantie für tadellosen Sitz.
 Große Auswahl in deutschen und englischen Stoffen.
 Bestellungen in kürzester Zeit. — Billigste, feste Preise. 9829

Haben Sie schon
Erste Berliner Malzkorn-Bremerei
Sandmann & Co.
 BERLIN S.
 Neuenbachtstr. 35
probirt?

Feinster Malzbranntwein

Preis per Literflasche 1,20 M. [216M] Zu haben in allen Delikatessen und Kolonialwaaren-Geschäften.

5000 Damen-Winter-Jaquets

eigener Fabrik, neueste Façons, enorm billig.

Stoff-Jaquets sehr scharfe Façons in den neuesten Farben und Stoffen, 9 M., 10 M., 12 M., 15 M.

Carl, Cheviot, Diagonal u. Ratiné-Jaquets in allen neuen Farben u. schwarz 10, 12, 15, 18 Mk.

Plüsch-Jaquets in nur neuen Façons 25, 30, 35, 40 Mark.

Golf Cape leichte Neuheit in leichten, warmen Stoffen. Große Farbenswahl, 7,50, 9, 12, 15 u. 20 Mk.

Winter-Capes große Auswahl in Façons u. Stoffen, bequemer Frauen-Umhäng 15, 20, 25, 30 Mark.

Plüsch-Capes 30, 40, 50 Mk.

Lange Winter-Paletots mit wattiertem Seidenfutter und echt Corer Coating, Eskimo und Double 20, 25, 30 Mark.

Winter-Pelerinen-Mäntel für Frauen, leicht und warm, 20, 25, 30, 35 Mark. Große Auswahl.

Seid.-Plüsch-Umhänge wattierte Theater- u.

Abend-Mäntel grosses Lager in allen neuen Farben u. Façons mit den neuesten Pelzarten garnirt 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk., 30 Mk., 40 Mk.

Regen-Mäntel jetzt nach beendeter Saison, so lange der Vorrath reicht zu halben Preisen, sehr geeignet für Weihnachts-Geschenke.

Mäntel-Fabrik
Sielmann & Rosenberg
 Berlin, Kommandantenstr., Ecke Lindenstraße.

Möbel-Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen.
 Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleiderstühle u. Vertikals 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matrache 20 M.; Waschtisoleiten, Küchenstühle, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaus 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneelsophas 80 M.; Buffets, Silberschränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand versäumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Januar kostenfrei ausbewahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für Gold-, Silber-, Altéidewaaren (Eg. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich

H. Gottschalk,
 Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Rock- und Gesellschafts-Anzüge

in besten Stoffen u. größter Auswahl zu billigen aber festen Preisen empfiehlt
Julius Lindenbaum,
 Große Frankfurterstrasse 139.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4180L
 am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
 Garantie für sicheren Brand.
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Montasche sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Stempel

Bereits-Abzeichen u. H. Guttman, Oranienstr. 9.
 Monatl. 10 M. liefert
Teilzahlung. Anzüge nach Maass
Temporowski, Schneidermeister,
 Berlin O, Südenstr. 37 L.

1000 Modell-Regenmäntel!

von 8—18 M., elegante Winter-Jaquets 7—15 M., Modell-Jaquets 10—18 M., Wattierte Röder mit Pelzbesatz 8—20 M., elegante Golf-Capes 7—15 M. Ladenpreis das doppelte. Leipzigstr. 91, I.

Sonntags-Hosen

Engl. Leder- von 1,50 an
 in großer Auswahl zu billigen, festen Preisen empf. **Julius Lindenbaum,**
 Grosse Frankfurterstrasse 139

Silber

Unstrotzig beste u. billigste Bezugsquelle
 Acht Herrenarmstuhle.
 2 Jahre Garantie,
 kein Risiko, da
 Umtausch gegen
 gestatt. Geg. Nachn.
M. 10, 50.
 Verl. gH. Preisliste.
 N. Lorenz v. s.
 Regulateur v. s.
 Louis Lehrfeld, Pforzheim, 188

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsstr. 59, vorn l., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verließen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Auszahlung Kleiderstühle 15, Küchenstühle, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Springsfeder-Matrache 18, Nußbaum-Kleiderstühle 30, Stühle 3 M., hochseine Ruschleiderstühle 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Zylinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspenden, Paneelsophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Couffentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis Januar kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Meiner geschätzten Kundschaft zur Nachricht, daß ich meine

Rohtabak-Handlung

von Neue Friedrichstr. 9 nach

Alexanderstr. 22

verlegt habe, wovon gefälligst Kenntniß zu nehmen bitte.

W. Hermann Müller

Berlin O.

Nachweislich kauft man am **allerbilligsten Herren- und Knaben-Garderobe**, gut sitzend, modern und reell bei
Max Riese,
 1048L 95 Grüner Weg 95.

Feith's weltberühmte Harmonikas

Senfationell!

mit Metall-Schwingen, wodurch ein
 Zerknirschend der Halbsaiten wunderbar
 sich 19. Gohlrigant, brachvoll im
 Ton. Größtes Format mit 10 Klappen,
 2 Registerzügen, doppeltwändig,
 in hochleiner Umfassung, nur
 M. 5.—. Diejele stund feiner
 M. 6.50. Diejele mit 8 Klappen,
 2 Registerzügen, doppeltwändig,
 M. 12.—. Diejele mit 4 Registerzügen,
 2 Registerzügen, doppeltwändig,
 M. 14.—. Diejele mit 21 Klappen,
 4 Registerzügen, M. 20.—.

Ariophon

(Möden-Harmonika) D. R. P. 50765
 mit 10 Klappen rein 230-Harmonen
 Einzigartig, wodurch eine un-
 berechbare Modulation ergibt wird.
 Modulationsform auch abgelehrt werden.
 1. Klappen, 2 Register, doppeltwändig
 M. 16.—. In jeder Harmonika
 gratis eine leicht löstliche Schale
 zum Selbstzerlegen. Vermeidt gegen
 verzer. Weibem, oder Vollschwingen

durch Feith's Neuheiten Vertrieb,
 Dresden, Pirnaischerstr. 34.
 Filiale: Berlin O, Stralanderstr. 41.